Landesfrauenrat Hamburg e.V.

Die Zukunft gehört den Frauen

60 Jahre Landesfrauenrat Hamburg

INHALT

Die Macht den Frauen: wem gehört das 21. Jahrhundert? 5

Christa Randzio-Plath – Frauen steigen an die Spitze 6

Christa Goetsch – Die Macht den Frauen 8

Gleichstellung und Feminismus im Wandel 10

Elke Peine – Feminismus heute 10

Maria Jepsen – Auch Witwen haben Rechte 12

Lore Maria Peschel-Gutzeit – Frauen und Recht 14

Ingrid Kolb – Generation Doppelname 15

Rita Bake – Nach Frauen benannte Straßen in Hamburg 18

Paraskevi Grekopoulou – Feminisierung der Migration 21

Christa Randzio-Plath – Nachhaltige Sicherheits-
politik braucht die Genderperspektive 24

Hamburg – eine Stadt für Frauen 26

Eva Kohlrusch– Die Hamburgerin, ein unbekanntes Wesen? 27

Kersten Artus – Mut, Alternativen zu denken 28

Gabriele Dobusch – Genderpolitik in Hamburg 29

Nebahat Güçlü – Genderstrategien in Hamburg 31

Karen Koop – Genderkonzepte erforderlich 33

Alexandra Czerner – Frauen planen Hamburg 34

Hannelore Wilke – Pionierinnen des Frauenstudiums in Hamburg 36

Frauen verdienen mehr 38

Mechthild Pingler – Frauenarbeit in Hamburg 39
Jutta Blankau – Frauen in der Arbeitswelt 40
Margret Mönig-Raane – Erwerbsquote erhöhen 42
Agnes Schreieder – Arbeit in Würde 43
Corinna Nienstedt – Unternehmerinnen in Hamburg 44
Claudia Leske – Frauen – Chefs der Zukunft?! 46
Elke Holz – Frauen im Management 47
Cornelia Creischer – Gläserne Decke durchbrechen 50
Katerina Lipka – Frauen können alles 51
Annegret Sanders – Frauen in Wirtschaft und Handwerk 53
Eva Kohlrusch – Medienfrauen in Hamburg 55
Elisabeth von Dücker – Prostitution in Hamburg 56

Frauen verändern die Gesellschaft 59

Ursula von der Leyen – Vereinbarkeit von Beruf und Familienarbeit 60
Christiane Blömeke – Familie planen 61
Friederike Föcking – Von „Babyboom“ zu „Plötzlich Papa“? 62
Carola Veit – Mehr Partnerschaft gefordert 63
Marlies Brouwers – Nicht nur die Sache der Frauen! 65
Monika Bullinger – Geschlecht und Gesundheit 66

Franziska Holz, Regina Jürgens, Berit Köhler – Hamburg (k)ein Ort für Frauengesundheit? 68

Ingrid Mühlhauser – Informationen für Patientinnen 70

Elfie Mayer, Bärbel Ribbert – Sexuelle Selbstbestimmung der Frau 72

Dorothee Vieth – Wiedereinstieg ins Leben 73

Wiebke Oeltjen – Informatik ist spannend! 75

Gewalt gegen Frauen 77

Annemarie Schlimm – Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter 78

Veronica Munk – Gewalt gegen Frauen – eine unendliche Geschichte 79

Christiane Paul – Sexualisierte Gewalt an Mädchen 81

Heidemarie Grobe – Weibliche Genitalverstümmelung 82

Christa Randzio-Plath – Frauenhandel 83

Anhang 85

Statistiken zur Situation von Frauen in der Politik und auf dem Arbeitsmarkt 85

Autorinnenverzeichnis 88

Frauenpolitische Meilensteine in Hamburg 89

Mitgliedsverbände des Landesfrauenrates Hamburg 93

Wir über uns 95

Der Vorstand des Landesfrauenrates Hamburg e. V. 96

Impressum

Herausgeber:
Landesfrauenrat Hamburg e. V.
Grindelallee 43, 20146 Hamburg
Tel: (040) 422 60 70
Fax: (040) 422 60 80

E-Mail: landesfrauenrat@onlinehome.de
Web: landesfrauenrat-hamburg.de

Redaktion:
Ilse Behrens, Christa Randzio-Plath (V. i. S. d. P.), Heidemarie Thiele,
Ann-Kathrin Trappenberg

Layout: Karin Kröll, Petra Bartmann
Druck: HPS Hamburger Print Service e.K.
Auflage: 1.500 Stück

März 2009

Die Broschüre wurde mit Mitteln der Behörde für Soziales, Familie,
Gesundheit und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt
Hamburg erstellt.

DIE MACHT DEN FRAUEN: WEM GEHÖRT DAS 21. JAHRHUNDERT?

© photocase.com

© iStockphoto

Christa Randzio-Plath
Frauen steigen an die Spitze

In Hamburg ist der Erste Bürgermeister ein Mann. Dem Senat gehören die Zweite Bürgermeisterin und zwei weitere Senatorinnen an. Im Europaparlament sitzen für Hamburg zwei Männer, im Deutschen Bundestag gibt es nur zwei weibliche Bundestagsabgeordnete aus Hamburg. Das muss sich ändern. In der Bundesrepublik Deutschland sind 2009 16 Wahlen: die Wahlen zum Europaparlament, zum Bundestag, zu Landtagen und zu kommunalen Parlamenten. Kommen Frauen endlich an die Spitze oder verharrt Deutschland mit der Kanzlerin als einziger Spitzenkandidatin der politischen Parteien im ewigen frauenpolitischen Frühling? Jedenfalls werden Frauen in Spitzenpositionen in Politik und Gesellschaft gebraucht, in Hamburg und für Hamburg in Berlin und Brüssel. Auch Verbände und Kammern, die Zivilgesellschaft und die Privatwirtschaft sind auf die gleichberechtigte Teilhabe der vielen kompetenten Frauen angewiesen, um ihre Zukunftsfähigkeit zu stärken.

Frauen und Macht

Im internationalen Vergleich schneiden die Bundesrepublik Deutschland und auch Hamburg nicht so schlecht ab. Durchschnittlich 18,2 % beträgt der Frauenanteil in nationalen Parlamenten – Deutschland liegt bei einem Frauenanteil von 32 % weitaus darüber. Die Hamburger Bürgerschaft mit ihren 43 weiblichen Abgeordneten steht noch besser da: 35,5 %. Wenige Staats- und Regierungschefinnen kennt die Welt. In

den 27 Staaten der Europäischen Union (und Norwegen) gab es seit 1945 nur neun Regierungschefinnen. Mit Ausnahme von Maggie Thatcher, Gro Harlem Brundtland und Angela Merkel hatten sie äußerst kurze Regierungszeiten. Das war in Asien anders. Sri Lanka, die Philippinnen, Indien, Bangladesch und Pakistan sind Beispiele dafür. In Lateinamerika gibt es einflussreiche Präsidentinnen oder Premierministerinnen wie in Chile, Argentinien und Haiti. In Afrika regieren in Liberia und Mosambik Frauen.

Deutschland hat sich im Weltranking zur Geschlechtergerechtigkeit verschlechtert, weil zu wenige Anstrengungen unternommen werden, um die Gender-Lücke in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen zu schließen. Das gilt für die Partizipation an politischen Entscheidungen genauso wie für die Teilhabe der Frauen an wirtschaftlichen Entscheidungen und ihre Situation im Arbeitsleben. Schließlich beträgt der Unterschied zwischen Frauen- und Männerlöhnen 23 % und über 70 % der prekären Arbeitsverhältnisse sind Arbeitsverhältnisse von Frauen. Ohne Entgeltgleichheit, Gleichheit bei Bildung und Gesundheit und dem Empowerment von Frauen steigt niemand selbst im wenig gleichstellungsverliebten Weltwirtschaftsforum von Davos an die Spitze. So sind es die skandinavischen Staaten, die nach wie vor mit den USA auf den vorderen Plätzen der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit stehen und gleichzeitig mit Südafrika die ersten Plätze zur Gleichstellung von Frau und Mann im internationalen Vergleich besetzen. Mängelrügen gab es für Deutschland auch bei der Durchsicht der Berichterstattung über die Gleichstellung von Frauen und Männern durch die entsprechenden UN-Gremien. Die Absicht der Bundesregierung, die Gleichstellungspolitik strategisch neu zu ordnen, ohne irgendwelche Konzepte bzw. Ergebnisse vorzulegen, führte zu Kritik. Auch wurde bemängelt, dass es weder Gender-Mainstreaming noch eine Umsetzung des Gender-Budgeting auf europäischem Niveau gibt. Anders als in anderen Staaten fehlt es auch an einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Die innerministerielle Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming wurde abgeschafft. Veränderungen für mehr Frauen in Führungspositionen nach dem Vorbild Norwegens wurden vom Landesfrauenrat Hamburg gestellt. Gesetzesiniativen folgten nicht. Damit ist der frauenpolitische Skandal noch nicht perfekt: die Lohnunterschiede von Frauen und Männern machen Deutschland zu einem frauenpolitischen Entwicklungsland. Die Tatsache, dass über 21% der deutschen Frauen unter der Armutsrisikogrenze leben müssen, schmerzt. Und dass die Gewalt gegen Frauen immer noch zum Alltag gehört, schockiert.

Viel ist im vergangenen Jahrhundert erreicht worden. Der politischen und rechtlichen Gleichstellung ist die gesellschaftliche und soziale Gleichstellung nicht gefolgt. Die Mütter des Grundgesetzes haben sich für die Rechte der Frauen engagiert. Frauenbewegung und Frauenverbandsarbeit heute heisst:

Christa Goetsch

Die Macht den Frauen

mit aller Kraft, Ungeduld, Kompetenz, Mut und Humor auf die baldige faktische Gleichstellung der Frauen setzen. 60 Jahre Landesfrauenrat haben gezeigt, dass schwesterliche Solidarität immer wieder not tut. Wären wir aber mehr, könnten Frauen in Hamburg noch erfolgreicher sein.

Gleichstellung fördert Wettbewerbsfähigkeit von Staaten

In den heutigen Krisenzeiten – es gibt Energie- und Klimakrise, Nahrungsmittelkrise, Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise – steht die Wettbewerbsfähigkeit von Staaten und Volkswirtschaften immer wieder im Mittelpunkt von Diskussionen. Dazu gehören die Geschlechtergerechtigkeit und die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen. Es ist politisch und ökonomisch leichtsinnig, auf das Frauenpotenzial zu verzichten. Das liberale britische Wirtschaftsmagazin „Economist" schrieb: „vergessen Sie China, Indien und Bill Gates. Auf die Frauen kommt es an."

Die Entdeckung der Frau als Ressource ist nicht neu. Immer war sie interessenbestimmt – in den Weltkriegen, in der Sklaverei und im Kolonialismus wie auch heute. Deswegen ist die politische und ökonomische Partizipation der Frauen so wichtig. Ihren Potenzialen muss auch ihre Macht-Mündigkeit entsprechen. Dafür werden Frauennetzwerke gebraucht, aber auch Gleichstellungsgesetze von Gewicht.

Frauen- und Gleichstellungspolitik ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sie ist auch eine gesellschaftliche Modernisierungsstrategie. Eine Gesellschaft, die im 21. Jahrhundert global bestehen will, muss dafür sorgen, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt und im Familienleben haben. Die Realität sieht in Deutschland noch anders aus. Frauen sind seltener erwerbstätig und verdienen im Durchschnitt weniger als Männer. In den Vorständen der Dax-Unternehmen ist keine einzige Frau zu finden.

Damit eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Teilen der Gesellschaft gelingt, tut Gleichstellungspolitik auch in Hamburg weiter Not. Dabei können verschiedene Strategien ineinander greifen: Gender Mainstreaming kann helfen, verfestigte Strukturen zu verändern, die zu einer Ungleichbehandlung von Männern und Frauen führen. Gezielte Frauenförderung ist überall dort wichtig, wo Frauen bisher nicht gleichberechtigt vertreten sind.

Die skandinavischen Länder haben uns gezeigt, dass auch die gute alte „Quotenpolitik", verbunden mit Sanktionen bei Nichterreichen der Quote, ein äußerst wirksames Mittel sein kann, um den Frauenanteil, zum Beispiel in Führungspositionen von Wirtschaftsunternehmen, zu erhöhen. International ist Norwegen ins Gespräch gekommen, weil aufgrund eines neuen Gesetzes knapp 500 größere

Aktiengesellschaften ihre Aufsichtsräte mit mindestens 40 % Frauen zu besetzen hatten, wenn sie nicht ihre Börsenzulassung verlieren wollten. Und siehe da: Es ging.

Auch in Deutschland findet ein gesellschaftliches Umdenken statt. Nachdem Frauen seit vielen Jahrzehnten für ihre Rechte und ihre Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt gekämpft haben, ist nun auch verstärkt die Familienarbeit im Fokus der öffentlichen Diskussion. Denn eins ist klar: es kann nicht mehr nur darum gehen, Frauen die Doppelbelastung zwischen Kind und Karriere aufzubürden. Auch Männer sollen ihren Anteil an Erziehungs- und Familienarbeit übernehmen und die Möglichkeit haben, ihre Kinder nicht nur am Abend und am Wochenende zu erleben. Ziel muss es sein, alle gesellschaftlich zu leistende Arbeit gleichberechtigt auf beide Geschlechter zu verteilen, damit das 21. Jahrhundert tatsächlich beiden gehört – Männern und Frauen.

© photocase.com

Elke Peine

Feminismus heute

Eine Fußgängerzone in Hamburg im Dezember 2008: ein junger Vater im Outdoorlook plappert liebevoll mit dem Kind, das hoch oben auf seinen Schultern sitzt, die Stirn des Vaters fest im Griff. Gleich hinter ihnen ein Paar, er tütenbepackt, sie einen Kinderwagen schiebend, an dessen Griff sich ein Mädchen hält und versucht den Erwachsenenschritten nachzukommen. Sie bahnen sich wortlos ihren Weg in der Masse.

Momentaufnahmen von Müttern, Vätern und ihren Kindern lassen sich viele entdecken. Sie können Ausdruck für Familienformen sein, in denen sich Geschlechterverhältnisse heute unterschiedlich konkretisieren, in denen Erwerbsarbeit, Beziehungs- und Kinderfürsorge von Frauen und Männern vielfältig gelebt werden. Die Zeiten, in denen ausschließlich Frauen für die Familienarbeit im Privaten und Männer als Alleinverdiener ausschließlich für das materielle Auskommen im öffentlichen Bereich tätig waren, gehören der Vergangenheit an. Und doch ist die Gleichstellung von Mann und Frau nicht erreicht.

© iStockphoto

Feminismus ist mit seinen verschiedenen Strömungen als soziale Bewegung, als politische Positionen, als Theorien und als Haltungen im Alltag prozesshaft und kontextbezogen in den Zeitgeist materieller wie ideeller gesellschaftlicher Macht- und Veränderungsprozesse involviert und seit seiner Entstehung in der Mitte des 19. Jahrhunderts in einem ständigen Wandel.

Eine zentrale Anforderung besteht für Feministinnen heute darin, den Feminismus

neu zu beleben, sich Gehör zu verschaffen und in die aktuellen Gestaltungsprozesse einzugreifen. Gerade in der heutigen Zeit ist dies eine mühevolle Aufgabe, da feministische Positionen, kritische geschlechtsbezogene Gesellschaftsanalysen im öffentlichen Diskurs, in den Medien, in den Parteien, in den Köpfen der politischen EntscheidungsträgerInnen an Attraktivität verloren haben und Feministinnen als Ewig-Gestrige diffamiert werden.

Gleichzeitig wird von der Europäischen Union eine Strategie propagiert, die Geschlechterdemokratie von Männern und Frauen in allen Mitgliedsstaaten garantieren soll, und als Gender Mainstreaming gefasst, eine Forderung der 4. UN-Weltfrauenkonferenz von 1995 war. Bei genauer Betrachtung ist allerdings festzustellen, dass Papiere geduldig sind, den wortgewaltigen Absichtserklärungen in den meisten Mitgliedsstaaten nur wenig adäquate Taten folgen.

Im Gegenteil wenden manche Politiker die Intention der Weltfrauenkonferenz ins Absurde und begründen die Abschaffung spezifischer Frauenförderung, Mädchen- und Fraueneinrichtungen mit der Gender Mainstreaming-Strategie. Vielleicht ist die Gender Mainstreaming-Strategie der EU als "ungefährlicher" Nachhall einer vergangenen relativ starken Frauenbewegung zu verstehen, der heute wenig Wirkung erzielt.

Dies lässt sich auf dem Hintergrund aktuell historischer Gegebenheiten erklären. Globalisierung, die Dominanz der neoliberalistischen Wirtschaftsordnung als Primat der Gesellschaftsordnung, das damit begründete Postulat des freien Unternehmertums, der propagierten unbegrenzten, deregulierten Märkte, der individuellen Verantwortung für sich selbst sowie die Individualisierung der Teilhabe an gesellschaftlichen Möglichkeiten bestimmen alltägliche Handlungen, Denkweisen und politische Gestaltungsprinzipien.

Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise, ausgelöst durch den exzessiven Gebrauch kapitalvermehrender unbegrenzter Möglichkeiten zugunsten Weniger, führte zum Kollaps des Geldmarktes. Verweise auf das Allgemeinwohl und eine gerechte Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen als Ordnungsprinzipen sind relativ bedeutungslos geworden. Wenn schon der allgemeine Begriff Gerechtigkeit kaum Maßstab für politisches Handeln ist, verwundert es nicht, dass der Begriff Geschlechtergerechtigkeit und daraus abgeleitete Forderungen nach Chancengleichheit von Frauen bei der Teilhabe an gesellschaftlichen Möglichkeiten an Bedeutung verloren haben.

Auf diesem Hintergrund besteht die Herausforderung des Feminismus, die Herausforderung der verschiedenen Strömungen darin, einerseits radikale Gesellschaftskritiken zu formulieren, sich lautstark in die aktuelle Neugestaltung der globalen Wirtschaftsordnung zugunsten von mehr Gerechtigkeit einzumischen, und andererseits Gesellschaftsentwürfe zu entwickeln und in den öffentlichen Diskurs einzubringen, deren Gestaltungsprämissen sich an der strukturell verankerten Teilhabe an gesellschaftlichen

Ressourcen und Möglichkeiten aller Menschen – also auch von Frauen – orientieren, sich auf die Menschenrechte und ein Allgemeinwohl, das für alle gilt, berufen.

Gleichzeitig ist die Rückbesinnung auf konkrete Maßnahmen, Projekte und Institutionen, die eine gezielte Mädchen- und Frauenförderung bewirken, solange notwendig wie Mädchen und Frauen aufgrund des weiblichen sozialen Geschlechtes Benachteiligung in vielen Lebensbereichen erfahren, wie zum Beispiel (sexualisierte) Gewalt, ungleicher Lohn für gleiche Arbeit, achtzig Prozent Anteil bei Niedriglohngruppen, die Verteilung der Zuständigkeiten für angeblich private Beziehungs-, Versorgungs- und Pflegearbeiten zulasten von Frauen und insgesamt die niedrigeren Vermögensverhältnisse und Lebensstandards von Frauen in allen Lebensphasen.

Der Feminismus, hier grob als Klammer für frauenpolitische Interessensvertretungen gefasst, kann nur dann wirkungsvoll agieren, wenn strenger Separatismus vermieden wird, die Kräfte punktuell gebündelt, Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten der verschiedenen Gruppen auf vielen Ebenen kontinuierlich genutzt und Vernetzungs- und Kooperationsfähigkeiten gestärkt werden.

Maria Jepsen
Auch Witwen haben Rechte

In einer Stadt gab es einen Richter, der Gott nicht fürchtete und keinen Menschen scheute. Und in dieser Stadt gab es auch eine Witwe, die immer wieder zu ihm kam und sagte: Verschaffe mir Recht gegenüber meinem Gegner! Eine Zeit lang wollte er nicht. Danach aber sagte er sich: Wenn ich auch Gott nicht fürchte und keinen Menschen scheue – dieser Witwe will ich, weil sie mir lästig ist, Recht verschaffen, damit sie am Ende nicht noch kommt und mich ins Gesicht schlägt.

So lautet eine der Kurzgeschichten Jesu. Er hat dabei nicht an Frauenpolitik, Gleichberechtigung und Gleichstellung gedacht. Er hat dieses Gleichnis für einen ganz anderen Zusammenhang erdacht – er wollte, dass wir Menschen nicht aufhören sollten, uns mit Gebeten an Gott zu wenden und gegebenenfalls ihm hartnäckig in den Ohren liegen. Zusammenhang hin, Zusammenhang her – auffällig bleibt allemal, dass Jesus hier von einer Frau spricht. Als seien Frauen beharrlicher und hartnäckiger und darum besser als Männer geeignet, als Beispiel für das Durchbohren dicker Bretter zu dienen – wie man mit Weber ja politische Anstrengungen beschreibt.

In der Tat: die Umsetzung des Artikels 3 unseres Grundgesetzes ist so eine langfristige und scheinbar nicht enden wollende Aufgabe, die einen Einsatz wie den jener biblischen Witwe erforderte und weiter erfordert.

Rückblickend auf die 60 Jahre seit 1949, als das Grundgesetz formuliert wurde und sich der Stadtbund Hamburgischer Frauenvereine von 1912 erneut, diesmal unter dem Namen Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen, zusammenfand, mussten Frauen hier immer wieder auch lästig werden. Sie mussten den patriarchalischen Meinungen Paroli bieten und den Männern in den Ohren liegen, damit das Gesetz nicht nur auf dem Papier Geltung hatte.

In unserem kirchlichen Bereich ist diese biblische Witwe immer so etwas wie eine Jeanne d'Arc der Gleichberechtigung gewesen und hat uns ermuntert, nicht nachzulassen, die verhärteten, jahrhundertealten Strukturen aufzuweichen und nötigenfalls auch zu brechen. Wir wussten uns dabei mitgetragen von der Solidarität der Frauen im außerkirchlichen Bereich, von politischen Einzelkämpferinnen und dann auch der weltweiten feministischen Bewegung. Innerlich sagten wir uns: die Bibel und Jesus mit diesem Gleichnis gibt uns Recht. Wir denken, dass wir jedenfalls innerhalb der Evangelischen Kirche hierzulande einen unumkehrbaren Prozess in Gang gesetzt haben und sind weiter dabei, ihn am Leben zu erhalten.

Weltweit aber und auch im Hinblick auf andere Konfessionen, Religionen, die Gesellschaft und politische Ordnungen allgemein, sehen wir weiter große Aufgaben vor uns: ob wir an Frauenhandel, Beschneidungspraktiken oder Minderbewertung der Arbeit von Frauen denken, mitten unter uns sogar.

Artikel 3 unseres Grundgesetzes ist eine Knospe.

Seit zwanzig Jahren, von Umzug zu Umzug, begleitet mich ein Alpenveilchen. Manchmal sah es sehr kümmerlich aus und schien eingegangen zu sein. Doch immer wieder bildet es überraschend aus der Kraft seiner Zwiebel und meiner vorsichtigen Pflege neue Triebe und Blüten: zurzeit sogar fünf Blüten und acht kleine Knospen. Es macht mir Mut, wie die biblische Witwe, nicht nachzulassen, die Rechte der Frauen anzumahnen und zu verwirklichen.

© iStockphoto

Lore Maria Peschel-Gutzeit

Frauen und Recht

Seit 1949, also seit nunmehr 60 Jahren, ist die deutsche Verfassung, das Bonner Grundgesetz, in Kraft. In seinem Art. 3 Abs. 2 hat es die Gleichberechtigung von Männern und Frauen als Grund- und Menschenrecht formuliert und proklamiert.

Der Weg dahin war steinig genug, Elisabeth Selbert, eine der drei „Mütter des Grundgesetzes" (neben zahlreichen Vätern), hat bekanntlich zäh und unter Mobilisierung von Hunderttausenden von Frauen darum gekämpft, dass die Gleichberechtigung als einklagbares Grundrecht und nicht etwa nur als sogenanntes Staatsziel, also als Programmsatz, Teil unserer Verfassung wurde.

Die Bedeutung und Wirkung von Art. 3 Abs. 2 GG kann man nicht hoch genug einschätzen. Ohne diese Bestimmung hätte es keine Gleichberechtigung in Ehe und Familie, im Beruf, im gesellschaftlichen und politischen Leben gegeben. Dies wird oft verkannt oder doch marginalisiert. Erinnern wir uns an den Beginn unserer Republik, also an den Mai 1949, so sehen wir Ehefrauen, die ihr eigenes, durch Erwerbstätigkeit oder aus Vermögen erworbenes Geld nicht verwalten durften, die kein eigenes Konto errichten durften, die nicht erwerbstätig sein durften, wenn der Ehemann nicht zustimmte. Wir sehen Ehefrauen, deren Arbeitsverhältnis vom Ehemann ohne Wissen der Ehefrau gekündigt werden konnte mit der Behauptung, die Erwerbstätigkeit der Frau hindere die korrekte Haushaltsführung. Wir sehen Ehefrauen und Mütter, die ihre eigenen Kinder gesetzlich nicht vertreten konnten, die nicht bestimmen konnten, wo die Familie lebte, welche Schule und welche Ausbildung die Kinder erhielten.

Dies alles ist gerade einmal 56 Jahre her, am 1. 4. 1953 traten diese verfassungswidrigen Vorschriften außer Kraft. Aber das war nur ein erster Schritt, viele weitere mußten folgen, z. B. im Arbeitsrecht (Abschaffung von Leichtlohngruppen für Frauen) und im Familienrecht. Die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern blieb immer wieder auf der Strecke, auch, aber nicht nur im politischen Leben.

Deshalb wurde Art. 3 GG im Jahre 1994, 45 Jahre nach seinem Inkrafttreten, erweitert. Seither heißt es dort mit Verfassungsrang, dass der Staat die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördert und auf die Beseitigung bestehender Nachteile (für Frauen) hinwirkt. Auch dieser Ergänzung ging ein jahrelanger, zäher Kampf voraus, den vor allem vier Frauen begonnen und erfolgreich zu Ende gebracht haben. Sie gehörten der Anfang der 1990er Jahre gegründeten gemeinsamen Verfassungskommission von Bund und Ländern an. Es waren die Justizministerinnen / Justizsenatorinnen Dr. Christine Hohmann-Dennhardt, Prof. Dr. Jutta Limbach, Heidi Merk und Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit. Gegen

© iStockphoto

den jahrelangen, erbitterten Widerstand der CDU / CSU haben diese Frauen es zusammen mit den übrigen SPD-Mitgliedern der Verfassungskommission geschafft, dass dieses Gleichstellungsgebot mit der nötigen ⅔-Mehrheit von der Verfassungskommission und schließlich vom Deutschen Bundestag verabschiedet worden ist.

Seither sind schon wieder 15 Jahre vergangen. Bis heute ist die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung nicht vollendet, wenngleich sie ein gutes Stück vorangekommen ist. Immerhin haben wir jetzt sogar eine Bundeskanzlerin. Doch es bleibt noch viel zu tun und gewonnenes Terrain geht allzu rasch verloren, wird es nicht verteidigt und ausgebaut. Dies ist die Aufgabe der jetzt politisch aktiven Frauen und Männer. Sie zu erfüllen wird hoffentlich nicht wieder erneut 60 Jahre dauern.

Ingrid Kolb
Generation Doppelname

Ich bin eine Emanze. Ich bin schuld, dass die Deutschen aussterben. Ich habe die Frauen ins Unglück getrieben. Ich habe sie wie einst der Satan den Messias auf einen Felsen gelockt und ihnen ein Trugbild von der Welt gezeigt. „Das alles kannst du haben", flüsterte ich, „Beruf, Karriere, Kinder, Familie, Partnerschaft …"

Und jetzt? Frauen sind „ausgelaugt, müde und haben wegen ihrer ständigen Überforderung nicht selten suizidale Fantasien". Das sagte vor drei Jahren die Ex-Tagesschau-Sprecherin Eva Herman. Mit dieser Provokation promotete sie ihr Buch „Das Eva-Prinzip", ein schon im Vorfeld umstrittenes „Plädoyer für eine neue Weiblichkeit", eine Anklage gegen die Emanzen, also auch gegen mich.

Man könnte das Buch samt Debatte und Autorin längst ad acta gelegt haben. Aber es hat sich leider sehr gut verkauft, und ähnliche Werke werden folgen. Diese Thesen steigen wie Untote immer wieder aus der Gruft. Sie sterben einfach nicht aus.

Emanzen wie mich erkennt man daran, dass sie gern berufstätig sind, Karriere nicht für etwas Widernatürliches halten, ihre Kinder – falls vorhanden – zeitweise fremden Leuten überlassen und natürlich am Doppelnamen. Erst nach dem neuen Namensrecht von 1994 könnte ich, was ich immer wollte, meinen Namen behalten. Dafür entscheiden sich inzwischen 20 Prozent aller Paare. Zu spät für mich. Ich werde kein weiteres Mal heiraten.

Und ich werde auch kein Kind mehr bekommen. Es ist mit mir als Retterin des Vaterlandes also nicht zu rechnen. Mütter sollen nämlich das Überleben in unserer kalten Welt sichern mit all diesen wunderbaren menschlichen Eigenschaften, wie sie das Gebären so mit sich bringt – Mitgefühl, Opferbereitschaft, Selbstlosigkeit, Verzicht, Einfühlung. Das stammt aber nicht etwa von unseren esoterischen Schwestern, sondern mit solchen Erlösungsfantasien machte der konservative Vorzeige-Intellektuelle Frank Schirrmacher 2006 Auflage und Kasse.

Emanzen sind da eher störend. Hat nicht ihre Hohepriesterin Simone de Beauvoir vor der „Falle der Mutterschaft" gewarnt? Hat sie nicht Kindererziehung als „wahre Sklaverei" bezeichnet, bei der die Väter und die Gesellschaft die Frauen ziemlich allein ließen?

Ich erinnere mich an Zeiten, in denen die Männer das wenigstens zugaben. Wenn man sich in den siebziger Jahren auf einer Party als „Emanze" outete, war man schnell von Herren umringt. Nach prüfenden Blicken, ob das Kämpferische womöglich mit mangelnden Chancen auf dem erotischen Markt zu tun haben könnte, kamen die Fragen: „Wo sind denn Frauen benachteiligt? Sagen Sie doch mal? Darf ich Ihnen denn überhaupt noch Feuer geben?"

Ließ man sich dann, weil man noch rauchte, artig die Zigarette anzünden und referierte Statistiken über die Abwesenheit von Frauen in Führungspositionen, holte immer einer in der Runde zum entscheidenden Schlag aus: „Wissen Sie, die Frauen werden nie gleichberechtigt sein. Weil sie die Kinder kriegen. Wollen Sie das bestreiten?"

Die interessantesten Gespräche ergaben sich übrigens immer zu vorgerückter Stunde, wenn die Ehefrauen dieser Männer ins Reden und Träumen kamen. Oft fiel dabei der Satz: „Ach, wenn die Kinder nicht wären..."

Das ist dreißig Jahre her. Und die Töchter dieser Ehefrauen quälen sich immer noch damit ab, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Alle neuen Studien bestätigen, dass es den Frauen heute mindestens so wichtig ist, Kinder großzuziehen, wie im Beruf zu stehen

Sie wollen beides. Nicht, weil Emanzen ihnen das eingeredet haben, sondern weil sie ein Recht darauf haben. Sie beeilen sich mit der Karriere, damit sie schwanger werden können. Sie prüfen, ob der Partner als Vater taugen würde. Sie sind Weltmeister im Organisieren. Sie kommen notfalls auch allein klar. Und wenn was schief läuft, suchen sie – typisch weiblich – die Schuld bei sich selbst.

Sie sind ängstlich darauf bedacht, nicht in Feminismus-Verdacht zu geraten. Wenn sie doch einmal Zeit finden, sich mit Forderungen zu Wort zu melden, schicken sie voraus, dass sie mit der Frauenbewegung – Gott bewahre! – nichts zu schaffen haben.

Schade, denn so fangen sie wieder bei null an. Erstes Ziel der Frauenbewegung war das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Frauen sollten sich nicht entscheiden müssen zwi-

© iStockphoto

schen Kindern und Karriere. Frauen sollten Mutter werden können, ohne ständig dafür Nachteile zu erleiden. Und Frauen sollten kinderlos bleiben dürfen, ohne sich deshalb weniger wert zu fühlen.

Mütter und Nicht-Mütter haben damals viel miteinander geredet. Sie haben festgestellt, dass sie sich etwa genauso oft gegenseitig beneiden wie bedauern. Ich erinnere mich an eine kluge Psychologin, die damals gesagt hat: „Es gibt zwei Situationen im Leben einer Frau, in der sie alles tun wird, ihr Ziel zu erreichen: wenn sie ein Kind unbedingt haben will und wenn sie es nicht haben will."

Manchmal frage ich mich, was die junge Generation eigentlich für eine Vorstellung von der Frauenbewegung hat, da ihr nur das Wort „verbissen" dazu einfällt. Als ob da ein düsterer Zug geifernder, von ihren Männern misshandelter Frauen durch die Straßen gekrochen wäre.

Die Wahrheit ist: Wir haben viel Spaß gehabt. Wir haben uns die Lippen geschminkt, die Wimpern getuscht, Ärzte-Kongresse gesprengt, Misswahlen verhindert, Häuser besetzt. Wir warfen mit Tomaten und Schweineschwänzen. Wir waren stark, frech, überall. Ich liebte die Italienerinnen, die mit dem Slogan „Tremate, tremate, le streghe son tornate!" durch Rom zogen: „Zittert, zittert, die Hexen sind zurückgekehrt!"

Und heute? Die jungen Frauen sind so damit beschäftigt, ihr Leben zu meistern, dass eine wichtige Lehre aus der Geschichte, vor allem der Geschichte der Frauen, vergessen wurde: Um das Mögliche zu erreichen, muss das Unmögliche gefordert werden. Und das Erreichte geht verloren, wenn es nicht ständig verteidigt und stets wieder neu behauptet wird.

Die junge Frauengeneration lässt sich viel gefallen. Sie wehrt sich nicht gegen eine Frauenfeindlichkeit, die als Schlagfertigkeit mit listigem Augenzwinkern daherkommt. „Alm-Abtrieb", sagte der Moderator Jörg Pilawa grinsend, als bei der Bambi- Gala 2003 die deutsche Frauenfußballmannschaft nach ihrer Auszeichnung für die gewonnene Weltmeisterschaft die Bühne verließ. Ich hätte ihn am liebsten mit einer Kuhglocke erschlagen, aber dann schrieb ich nicht einmal einen Protestbrief. Ich hatte plötzlich das Gefühl, nur ich rege mich darüber auf.

Oliver Pocher kündigte auf Pro Sieben einen Beitrag, der „Das Loch" hieß, mit den Worten an: „Im Anschluss sehen Sie einen Dokumentarfilm über Jenny Elvers." Er fand sich toll als böser Bube. Der Film hatte nichts mit der Schauspielerin zu tun. Er bot nur die Gelegenheit, sie als „Loch" zu bezeichnen.

© photocase.com

Soll man das durchgehen lassen? Lohnt es denn zu protestieren gegen solche „Kleinigkeiten"?

Kürzlich las ich in alten Briefen. 1981 schrieb mir eine Freundin: „Man muss ein Geschrei machen, wenn ein Greis Witze über seine ‚Alte' reißt – immer wachsam sein, nichts hinnehmen, denn die Summe dieser Kleinigkeiten wird uns eines Tages ersticken."

Ach, wir haben so wenig Übung darin, ein Geschrei zu machen. Das können die Männer besser. Kaum hat eine Frau mal wieder einen Posten ergattert, der üblicherweise von Männern besetzt war, rufen sie die Krise aus. Sie seien so verunsichert, hätten Probleme mit ihrer Männlichkeit, seien quasi schon entmachtet – Alarm, Alarm...

Darauf fallen Frauen doch hoffentlich nicht rein, oder?

Rita Bake

Nach Frauen benannte Straßen in Hamburg

Straßennamen sind Teil der persönlichen Adresse jeder Bürgerin und jedes Bürgers. Deshalb ist es naheliegend, dass nach Personen benannte Straßen zur Beschäftigung und Auseinandersetzung mit dem Lebenslauf derjenigen Menschen anregen, nach der die eigene Wohnstraße benannt wurde.

In Straßennamen drückt sich auch die Stadtgeschichte aus. Grad und Stand der Aufarbeitung der Geschichte zeigen sich an der Benennung von Straßen nach Personen, so z. B. bei der Aufarbeitung der NS-Zeit. Und endlich bietet die Straßenbenennung nach Personen die Chance, historische Ereignisse und gesellschaftspolitische Zusammenhänge, die an einer Person der Zeitgeschichte exemplarisch aufgezeigt werden können, breiten Bevölkerungskreisen zugänglich und deutlich zu machen und auf diese Weise im Gedächtnis zu bewahren.

Angesichts dieser vielen Möglichkeiten, Geschichte zu vermitteln und bewusstseinsbildend zu wirken, ist es unabdingbar, dass bei der Benennung von Straßen nach Personen, die gleichberechtigte Berücksichtigung von Frauen und Männern ihren Niederschlag findet, denn damit kann im öffentlichen Bewusstsein gleichstellungspolitisch viel bewirkt werden.

Hamburg verfügt über 9.322 Straßen. Die meisten Straßen erhielten Flur- und Geländebezeichnungen. Daneben gibt es eine Vielzahl von Straßen, die z. B. nach Pflanzen und Tieren benannt sind, auf ehemaligen klösterlichen und kirchlichen Besitz oder öffentliche Gebäude und Wirtshäuser hinweisen, ande-

re sind der deutschen Grenzfrage nach dem Ersten Weltkrieg gewidmet oder erinnern an Dörfer und Städte der Umgebung.

Ein gutes Viertel aller Hamburger Straßennamen ist nach Personen benannt: über 2.300 nach Männern und 323 nach Frauen. Das bedeutet: gerade mal ca. 12 % der nach Personen benannten Straßen sind nach Frauen be- und mitbenannt („mitbenannt" bedeutet: Diese Straßen wurden nach Familien, Ehe- und Geschwisterpaaren selben Nachnamens benannt: 27 Mal). In diesen 12 % sind auch diejenigen Frauen mit inbegriffen, die Fabelwesen, Märchenfiguren oder literarische Gestalten sind. Da gibt es z. B. die Hexentwiete und den Hexenberg. Aber auch bei den nach Männern benannten Straßen kommen Märchengestalten wie z. B. der Hänselstieg vor. Den Meister der Hexen, den Teufel, suchen wir allerdings vergeblich. In diesem Falle wurde wohl angesichts des schlechten Images, das der Teufel hat, auf die Darstellung der dominanten Herrschaftsrolle des Teufels unter den Geistern verzichtet.

Der geringe Anteil der geehrten Frauen (die rund 70 Straßen, die lediglich nach frei gewählten Frauennamen oder nach den Gattinnen und Töchtern der Geländebesitzer benannt sind, werden im Folgenden nicht berücksichtigt) macht deutlich, dass viele Berufe und gesellschaftspolitische Aktivitäten, denen Frauen nachgegangen sind und berufliche und ehrenamtliche Positionen, die sie errungen haben, als weniger erwähnenswert und nicht zu ehren erachtet wurden. Aufzuholen ist diese große Diskrepanz zwischen den nach Männern und Frauen benannten Straßen (dennoch) nicht, denn die Möglichkeit, in einem Stadtstaat wie Hamburg neue Straßen zu bauen, ist logischerweise begrenzt.

Aber es hat sich in den letzten drei Jahren etwas getan. Wurden von Dezember 2003 bis Juni 2005 noch vierzehn Straßen nach Männern und nur zwei nach Frauen benannt, so wurden von Juni 2005 bis Ende 2008 von den insgesamt 113 neu benannten Straßen- und Wegen 13 Straßen und Wege nach Frauen und ebenso viele nach Männern benannt. Zum ersten Mal in Hamburgs Geschichte sind damit die in den letzten drei Jahren nach Personen benannten Straßennamen paritätisch nach Frauen und Männern benannt worden.

Diese positive Entwicklung ist m. E. auch zurückzuführen auf die Aktivitäten von Frauenverbänden und Ortsausschüssen. So hat sich z. B. der Zonta Club für die Benennung einer neuen Straße in der Hafencity nach der jüdischen Reederin Lucy Borchardt eingesetzt. So wie es aussieht, wird dies wohl auch geschehen.

Im Ortsausschuss Fuhlsbüttel hatten sich 2006 die Fraktionen darauf verständigt, dass die Straßen des neuen Wohngebietes neben dem Ohlsdorfer Friedhof nach auf dem Friedhof begrabenen bedeuten-

den Frauen benannt werden. Und so gibt es nun den: Erna-Stahl-Ring (Reformpädagogin und Gründerin der Albert-Schweitzer-Schule), den Jette-Müller-Weg (Zitronenjette), den Elisabeth-Seifahrt-Weg (Bürgerschaftsabgeordnete für die DDP und Bundesvorsitzende des Allgemeinen Lehrerinnenvereins), den Johanne-Reitze-Weg (führende Funktionärin der sozialdemokratischen Frauenbewegung), den Paula-Westendorf-Weg (SPD-Bürgerschaftsabgeordnete) und den Margaretha-Treuge-Weg (Direktorin der Sozialen Frauenschule). Ihre Biographien sind nachzulesen in der Publikation „Stadt der toten Frauen" von Rita Bake und Brita Reimers. Außerdem wird dieser Frauen – mit Ausnahme von Johanne Reitze und Grete Zabe, deren Grabplätze noch nicht „abgelaufen" sind – im Garten der Frauen auf dem Ohlsdorfer Friedhof gedacht.

Dass bisher so wenige Frauen bei der Benennung von Straßen nach Personen berücksichtigt wurden, liegt sehr stark daran, welche Kriterien für die Namensauswahl und für den Begriff „bedeutend" gelten. Wie mensch an der Auswahl der durch einen Straßennamen zu ehrenden Personen unschwer erkennen kann, sind die Auswahlkriterien vielfach geprägt worden durch eine Sichtweise, die in erster Linie Tätigkeiten als bedeutend erachteten, wenn diese Männern zugeordnet wurden. Dies entspricht einem jahrhundertealten patriarchalen Denken, was seinen öffentlichen Ausdruck fand z. B. in der großen Anzahl erfolgter Benennungen von Straßen nach Mitgliedern des Rats, des Senats, der Kirchspielverwaltungen, der Deputationen, der Bürgerschaft, nach Kaufherren, Wissenschaftlern, Architekten, Ingenieuren und Männern der Verwaltung. Auf diesem Gebiet waren Frauen lange Zeit nicht tätig bzw. nicht zugelassen, und deshalb konnten Frauen hier keine Berücksichtigung finden. Aber Frauen waren auf anderen Gebieten tätig und leisteten dort genauso Wichtiges und Bedeutendes für die Gesellschaft. Es ist also immer nur eine Frage des Betrachtungswinkels und der Bewertung von Tätigkeiten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Konstatiert mensch, dass die Arbeit einer Hebamme genauso von bedeutender Relevanz für den Fortbestand der Menschheit ist wie die Tätigkeit eines Ortsamtsleiters, nach dem vor Jahren in Billstedt eine Straße benannt wurde, dann hätte hier –falls nur ein Straßenname zu vergeben gewesen wäre – eine Abwägung erfolgen müssen. Aber ich vermute, dass der Name der Hebamme gar nicht bekannt gewesen war, obwohl doch gerade Hebammen in kleinen Ortschaften und in Stadtteilen in der Bevölkerung ähnlich wie ein Ortsamtsleiter große Bedeutung und Ansehen hatten. Denn taten die Hebammen ihre Arbeit nicht gut, hätte vielleicht so mancher zukünftige Ortsamtsleiter gar nicht das Licht der Welt erblickt….

Dass hier in den letzten drei Jahren schon anders verfahren wurde, zeigt sich an den 13 nach Frauen und 13 nach Männern benannten Straßen. So wurden z. B. Straßen benannt nach Politikerinnen und Politikern, Musikerinnen und Musikern, weiblichen und männlichen

© iStockphoto

Verfolgten des NS-Regimes, Künstlerinnen, Schriftstellerinnen,Widerstandskämpferinnen und – kämpfern.

Voraussetzung für eine paritätische Benennung von Straßen nach Frauen und Männern ist also stets der andere Blick auf die Leistungen von Frauen und Männern, der eine Auseinandersetzung mit den immer noch vielfach angewandten patriarchal geprägten Bewertungskriterien von „wichtig“ und „bedeutend“ beinhaltet.

Dies gilt nicht nur bei den Straßenamen, sondern auch für die Errichtung von Denkmälern und Gedenktafeln.

So soll 2009 – 90 Jahre, nachdem die Frauen das Wahlrecht erhalten haben – für Lida Gustava Heymann, der Vorkämpferin für das Frauenwahlrecht, eine Gedenktafel errichtet werden. Geplant ist, sie in der heutigen Europapassage an einer Stelle, wo früher das erste von Lida Gustava Heymann gegründete Frauenbildungs- und Fraueninformationshaus stand, anzubringen.

Paraskevi Grekopoulou
Die Feminisierung der Migration

Gemäß dem Weltbevölkerungsbericht der UNO für das Jahr 2006, der den Migrantinnen gewidmet ist, sind von den weltweit 191 Millionen Migranten 95 Millionen Frauen. Seit dem Jahr 2000 wandern insgesamt mehr Frauen als Männer aus. In Europa sind bereits seit 1990 die immigrierten Frauen in der Mehrzahl. Obwohl die Familienzusammenführung (abhängige Migration) immer noch die häufigste Form der Frauenmigration ist, nimmt die unabhängige Migration von Frauen schnell zu. Auch die Zahl der irregulären Migrantinnen nimmt zu; der Weltbevölkerungsbericht schätzt deren Zahl auf 30-40 Millionen weltweit.

Diese Daten unterstreichen den Trend zur „Feminisierung der Migration“ im Zuge der Globalisierung und spiegeln die weltweit veränderte Nachfrage- und Angebotsstruktur der Arbeitskräfte wider. Die Umstrukturierung der Wirtschaft in den entwickelten Ländern seit dem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts, die Transformation der Industrie- zu Dienstleistungsgesellschaften, die Flexibilisierung der Beschäftigungsstrukturen, die Ausdehnung des Niedriglohnsektors, die Zunahme der Erwerbstätigkeit der Frauen, die demografische Entwicklung und der Umbau des Sozialstaates erzeugen neben dem wachsenden Bedarf an hoch qualifizierten Kräften auch eine steigende Nachfrage nach billigen und gering qualifizierten (weiblichen) Arbeits-

kräften in den Ländern der OECD. Auf der anderen Seite machen die Vertiefung der sozialen Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Weltregionen, die Verschlechterung der Lebensbedingungen, politische Instabilität oder Geschlechterdiskriminierung in vielen Entwicklungsländern die Emigration für immer mehr Frauen zu einem Ausweg.

Ein wichtiger Schubfaktor für die Feminisierung der Migration, v. a. im asiatischen Raum, war das Anwerben von Arbeitsmigrantinnen seitens der Öl produzierenden Golfstaaten gegen Mitte der 1970er Jahre. Sie stellen heute, zusammen mit Libanon und Jordanien, einen großen Markt für die Arbeit im privaten Haushaltsbereich. So konzentrieren sich 40% aller philippinischen Migrantinnen – eine der größten Migrantinnengruppen überhaupt – auf diesen Markt. Auch die Öffnung der Länder Ost- und Mitteleuropas nach 1989 führte zur Zunahme der Frauenmigration aus diesen Ländern, insbesondere nach Süd-, West- und Nordeuropa.

Risiken im Kontext der Feminisierung der Migration

Die wichtigsten Probleme für die emigrierten Frauen betreffen ihren unzureichenden sozialen Schutz und die Verletzung ihrer Menschenrechte sowie die Entwertung ihrer vorhandenen Qualifikationen.

© iStockphoto

- Migrantinnen arbeiten im Bereich der Pflege und Betreuung, in Privathaushalten, im Hotel- und Gastronomiegewerbe, im Gesundheitsbereich, im Reinigungsgewerbe sowie in der Unterhaltungs- und Sexindustrie. Da diese Bereiche in vielen Zielländern z. T. informalisiert und marginalisiert sind, bedeutet dies für die Migrantinnen wenig oder keine soziale Absicherung, Abhängigkeit von ihren Arbeitgebern und, dass sie häufig Gewalt ausgesetzt sind. Andererseits erweisen sich diese Tätigkeiten krisenresistenter als andere: Zum Beispiel kam es während der Asienkrise von 1997 in Zielländern wie Malaysia oder Singapur zum drastischen Einbruch und Verlust von Arbeitsplätzen im Bausektor und in der Manufaktur (Domänen männlicher Migration), die Nachfrage für private Haushaltsarbeit blieb aber unverändert hoch.

- Die heutigen Migrantinnen, insbesondere aus Ost- und Mitteleuropa, aber auch aus Asien (z. B. aus Philippinen), verfügen in großem Maße über berufliche Qualifikationen und Erfahrungen. Viele aber erleben im Zielland eine enorme berufliche Dequalifizierung, indem sie nur niedrig bezahlte Tätigkeiten verrichten dürfen. Für die philippinischen Migrantinnen fängt dieser Prozess schon in der Heimat an: Aufgrund der weltweiten Nachfrage nach Arbeitskräften für die privaten Haushalte, bietet der Staat Umschulungskurse für Frauen an. Innerhalb von sechs Monaten werden aus Lehrerinnen, Ärztinnen oder Angestellten diplomierte Haushälterinnen, vorbereitet für den globalen Markt.

Migrantinnen als Akteurinnen

Migrantinnen sind ein besonders dynamisches Element in der Gesellschaft und nicht nur ein Opfer der gesellschaftlichen Verhältnisse und Entwicklungen, wie sie oft wahrgenommen werden. Die Relevanz einer akteurszentrierten Perspektive für die Feminisierung der Migration lässt sich darin begründen, dass die Frauen damit als gestaltende und agierende Subjekte des Migrationsprozesses betrachtet werden.

Nimmt man den akteurszentrierten Blick ein, dann stehen die Auswirkungen der Frauenmigration auf die Gesellschaft im Mittelpunkt. Migrantinnen sind die Akteurinnen und daher sind ihre Handlungen sowie die Folgen ihrer Handlungen von primärem Interesse. Diese Perspektive orientiert sich an die Netzwerke, die transnationalen sozialen Räume und das soziale Kapital der Migrantinnen. Das „Frausein" in der Migration generiert neben geschlechtsspezifischen Risiken auch spezifische Dynamiken und Praktiken, die sich als geschlechtsspezifische Chancen und Handlungsspielräume übersetzen lassen.

Anhand der Frauenmigration aus den Philippinen (mittlerweile das führende Entsendeland von Migranten weltweit, 70% davon sind Frauen), lassen sich exemplarisch fünf Bereiche ausmachen, bei denen die Feminisierung der Migration eine aktivierende, emanzipatorische Rolle spielt:

- Beitrag der Frauenmigration zur Entwicklung des Landes
- Migrantinnen als Stütze des Sozialstaates im Herkunfts- und Zielland
- Emanzipation in der Migration durch Selbstorganisation (Empowerment – geschlechtsspezifische Nutzung von Netzwerkstrukturen bei Frauen)
- Migrantinnen als politische Ressource für die Entwicklung der Zivilgesellschaft
- Die eigene Rolle der Migrantinnen beim Reintegrationsprozess

Christa Randzio-Plath

Nachhaltige Sicherheitspolitik braucht die Genderperspektive

Kriege, militaristische Aktionen und Gewalthandlungen sind männlich bestimmt und tatsächlich sind in erster Linie Männer die Akteure bewaffneter Auseinandersetzungen. Doch auch Frauen sind an der Zuspitzung von Krisen und der Austragung von Kriegen auf vielfältige Weise beteiligt, etwa als Unterstützerinnen und Versorgerinnen der Kämpfer, aber auch durch ideologische Legitimierung der Gewalt. Von den Entscheidungen über Krieg und Frieden, Verhandlungen über Formen der Konfliktbeilegung und über Nachkriegsordnungen sind Frauen dagegen weitgehend ausgeschlossen. Auf diesen Entscheidungsebenen spielen Frauen fast keine Rolle. Dabei sind vor allem Frauen in nationalen wie internationalen Friedensgruppen und -organisationen aktiv. Und auch der Wiederaufbau der Gesellschaften in Nachkriegszeiten oder nach Katastrophen wird im Wesentlichen von Frauen getragen. Auf der anderen Seite sind besonders Kinder, Frauen, alte und gebrechliche Menschen Leidtragende dieser Kriege: Als unmittelbare Opfer, als Flüchtlinge und durch Zwangsvertreibungen.

Die UN-Geschlechterpolitik mit der Resolution 1325 vom 31.10.2000 will die Rolle der Frau ändern und auf die Zustände einwirken. Frauen werden Beteiligungsrechte bei allen Fragen der Krisenbewältigung und Konfliktlösung zugestanden. Alle UN-Mitgliedstaaten sind „nachdrücklich auf(gefordert), dafür zu sorgen, dass Frauen in den nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Mechanismen zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten auf allen Entscheidungsebenen stärker vertreten sind.“ Frauen sollen verstärkt „zu Sonderbeauftragten und Sonderbotschafterinnen“ ernannt werden. Zudem sollen den UN-Mitgliedstaaten „Leitlinien für die Aus- und Fortbildung sowie Material über den Schutz, die Rechte und die besonderen Bedürfnisse von Frauen sowie über die Wichtigkeit der Beteiligung von Frauen an allen Friedenssicherungs- und Friedenskonsolidierungsmaßnahmen zur Verfügung“ gestellt werden. Die Resolution listet auf, in welcher Weise „bei der Aushandlung und Umsetzung von Friedensübereinkünften eine Geschlechterperspektive zu berücksichtigen“ ist, was z. B. bei der „Errichtung von Flüchtlingslagern und -siedlungen“ bedeutet, „die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen zu berücksichtigen“. Auch der spezifische „Schutz von Frauen und Mädchen vor geschlechtsspezifischer Gewalt“ in bewaffneten Konflikten wird gefordert. Allerdings steht die Umsetzung dieses 18 Punkte umfassenden Maßnahmenkatalogs zur Berücksichtigung der Geschlechterdimension und der angemessenen Partizipation von

Frauen in Krisen- und Konfliktsituationen auf der praktischen politischen und diplomatischen Ebene noch aus. Der Grund: Die Vorgaben sind zum Teil unpräzise formuliert und nicht verpflichtend. Entsprechend hat sich an der vorwiegend männlichen Besetzung zentraler nationaler wie internationaler Gremien im Zusammenhang von militärischen Maßnahmen, Krieg und Friedensverhandlungen wenig verändert. Dies wird am Beispiel des Iraks deutlich: Bei Verhandlungen zur politischen Neuordnung des Landes spielen Frauen so gut wie keine Rolle. Zugleich besteht wie in Afghanistan im Interesse von Frauen ein dringender Handlungsbedarf seitens der internationalen Gemeinschaft zur Verbesserung der Beteiligung von Frauen. Fortschritte gibt es aber bei der Gender-Fortbildung bei den Blauhelmen. Jedes Jahr berichtet der UN-Generalsekretär dem Sicherheitsrat über Fortschritte bei der Geschlechtergerechtigkeit in Konflikten, Kriegen und Katastrophen. Gerade die Außen- und Sicherheitspolitik ist eine besondere Männerdomäne und die Kluft zwischen Absichtserklärung und Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit ist groß. Die Umsetzung der Forderungen der UN-Resolution 1325 ernst nehmen heißt: Machtstrukturen nachhaltig zu ändern.

© photocase.com

HAMBURG – EINE STADT FÜR FRAUEN

© photocase.com

Eva Kohlrusch

Die Hamburgerin, ein unbekanntes Wesen?

Hammonia klingt ja schon mal vielversprechend. Ist unsterblich als Hamburger Stadtgöttin, residiert als Allegorie an der Rathaustür sowie in den Köpfen von Sangesfreunden aufgrund absolut nachhaltiger PR: „Hammonia, Hammonia! O, wie so herrlich stehst Du da …“ Aber wo trifft man die Hamburgerin leibhaftig? Was treibt sie an? Warum gibt es die große von Hamburgerinnen angeführte Debatte nicht, die Frauen das genervte Schweigen austreiben würde? Und die Selbstgenügsamkeit, die Phasen der Wortlosigkeit, den fahrlässigen Glauben, in Sachen Gleichstellung sei doch das meiste erreicht, in dieser Stadt allemal?

Hört man auf Siegfried Lenz, sind Hamburger und Hamburgerinnen Leute, die sich selbst für solche halten. „Leute mit gebildetem Spott und talentierter Melancholie“, wie Heinrich Heine sie sah. Keine Zeitversäumer, selten überschwänglich, sondern auf gemäßigte, erträgliche Gedanken bedacht. Aufgebracht sieht man sie so gut wie nie – warum eigentlich nicht?

Es fehlt ein Bazillus. Es mangelt an gegenseitiger Anstiftung zu mehr Lärm. Insbesondere unter Frauen ist das ein Manko. Es fehlt das powerreiche Miteinander von Frauen, wie es die Autorinnen des „Feministischen Dschungelbuches“ mit ihren ebenso philosophischen wie aufrührerischen Denk-Runden vorführten. Oder wie es letztes Jahr Christa Randzio-Plath als Vorsitzende des Landesfrauenrats zu installieren suchte mit dem ersten „Hamburger Frauenmahl“ im Rathausremter. Vielleicht fehlt insgesamt die Allure, sich zusammenzutun. In dieser Stadt wirtschaftet jede/r still vor sich hin. In alter Hanseatensicht heißt das: Man drängt sich nicht auf. Man tut ohne Aufhebens, was zu tun ist – mit beeindruckenden Einzelinitiativen. Aber es entsteht keine Bewegung mehr daraus, die unterschiedliche Strömungen zusammenführen könnte, wie es in Zeiten der Frauenbewegtheit gelang. Man lädt sich nicht einmal gegenseitig zu Veranstaltungen ein, als stürze eine fragile Ordnung zusammen, würde man eingeübte Grenzziehungen auflösen, sei das nun Partei- oder Verbandszugehörigkeit, seien es Status, Alter, Wohnadresse, Arbeitswelt oder persönliche Eigenart.

Da fehlt manchen wohl auch der Blick in die jüngere und ältere Geschichte der Stadt, um sich anstiften zu lassen von der Vielschichtigkeit weiblicher Lebensläufe in Hamburg. Es gibt eine reiche Kultur von Wohltäterinnen im 18. und 19. Jahrhundert und Kaufmannsfrauen, die aus dem Schatten ihrer Männer oder Väter traten, um eigene Bedeutung zu erlangen. Es gibt Pionierinnen des Frauenkampfes, es gab und gibt ins Gedächtnis gesunkene Politikerinnen von Irma Keilhack, Hildegard Ollenhauer, Anke Fuchs (alle SPD) und Charlotte Fera (CDU) bis hin zu den aktuell von Frauen besetzten Positionen als Parlamentspräsidentin, 2. Bürgermeisterin, Senatorinnen. Es gab Frauen wie Marion

© photocase.com

Gräfin Dönhoff, Ida Ehre, Elisabeth Flickenschildt. Es gibt Bischöfin Maria Jepsen, Universitätspräsidentin Monika Auweber-Kurtz, Opernchefin Simone Young, Filmproduzentin Katharina Trebitsch, „Tafel"-Gründerin Annemarie Dose, die Schriftstellerinnen Brigitte Kronauer und Ulla Hahn. Was es nicht gibt, sind Scharen von Mäzeninnen, die Lust haben, Frauenprojekte zu fördern und Frauen-Denkrunden zusammenzutrommeln. Immer wieder, immer wieder, bis sie zu hören ist – *die* Hamburgerin, die Namen trägt wie Inge, Claudia, Nele, Britta, Anne, Lena und so fort.

Kersten Artus

Mut, Alternativen zu denken

„Wir werden nicht als Mädchen geboren, wir werden dazu gemacht". Diese berühmt gewordene Aussage von Simone de Beauvoir kennzeichnet komprimiert, was Gender bedeutet: Das soziale Geschlecht.

Die richtige Genderstrategie ergibt sich aus der Antwort auf die Frage, was Gleichstellung verhindert. Warum gelingt es trotz Wahlrecht, dem Recht auf Abtreibung, auf eigene Wahl des Berufes, auf Gewaltfreiheit in der Ehe, nicht, sie durchzusetzen? Warum machen Mädchen heute zwar die besseren Schulabschlüsse, tappen dann allerdings doch in die Ehe- und Kinderfalle und bleiben bis zum Ende ihres Lebens abhängig vom Mann, schlechter bezahlt und verarmt im Alter?

Weil Gleichstellung immer auch heißen muss: Selbstbestimmtheit über die eigene Arbeitskraft und die Verwendung der Gewinne. Clara Zetkin fasste dies 1889 zusammen: „Die Länder, in denen das angeblich allgemeine, freie und direkte Wahlrecht existiert, zeigen uns, wie gering der wirkliche Wert desselben ist. Das Stimmrecht ohne ökonomische Freiheit ist nicht mehr und nicht weniger als ein Wechsel, der keinen Kurs hat. Wenn die soziale Emanzipation von den politischen Rechten abhinge, würde in den Ländern mit allgemeinem Stimmrecht keine soziale Frage

existieren. Die Emanzipation der Frau wie die des ganzen Menschengeschlechtes wird ausschließlich das Werk der Emanzipation der Arbeit vom Kapital sein."

Die aktuelle Finanzkrise zeigt die Endlichkeit des Kapitalismus und ruft unweigerlich nach Alternativen. Arithmetische Aussagen so genannter Finanzexperten darüber, wie lange „dieser Zustand" andauern könnte, wirken hilflos. Warum also nicht gerade jetzt den Mut haben, weiterzudenken, über den konkreten Mangelzustand schlechtere Bezahlung, Ehegattensplitting, Unterbesetzung der Frauen in Gremien hinaus? Mein Vorschlag für eine Genderstrategie ist, einen umfassenden Umbau dieser Gesellschaft zu denken, antipatriarchal, mit einer komplett demokratisierten Wirtschaft.

Die Durchsetzung konkreter Ziele, die engagierte Frauen fordern, bleibt dennoch wichtig, wir leben schließlich im Hier und Jetzt. Wir sollten unsere Einzelforderungen aber mehr als Teil eines großen Pakets sehen. Auch die Durchsetzung der Quote ist nur ein Etappenziel, ebenso wie der Mindestlohn, die Arbeitszeitverkürzung, das gleiche Entgelt.

Gabriele Dobusch

Genderpolitik in Hamburg

Natürlich können wir uns in Hamburg weiterhin für Einzelmaßnahmen einsetzen, die Frauen und Mädchen stärken, unterstützen und fördern. Wir können – je nach Schwerpunktsetzung und politischem Standpunkt – Projekte für Frauen mit Migrationshintergrund, für junge Frauen, für Frauen mit Gewalterfahrung, für Alleinerziehende, für Wissenschaftlerinnen, für Obdachlose, für Berufsrückkehrerinnen – die Liste ließe sich fast beliebig fortführen – fordern und fördern. Und selbstverständlich brauchen wir darüber hinaus eine Anlaufstelle für Frauen und Mädchen, die eine Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts erfahren haben.

Nicht zu vergessen: Auch Jungen und Männer sind – zu Recht! – in den Fokus geraten. Rufe nach entsprechenden Maßnahmen und Projekten sind lauter geworden und begleiten Forderungen nach Maßnahmen für die Gleichstellung von Frauen und Mädchen fast schon reflexartig.

Viele gute Einzel- und Individualmaßnahmen machen jedoch noch keine gute Genderpolitik.

Dazu wäre es notwendig, die Rahmenbedingungen in unserer Stadt in den Blick zu nehmen. Lediglich auf den Einzelfall gerichtete und daraus abgeleitete Abhilfemaßnahmen greifen viel zu kurz.

Ausgangspunkt einer guten Genderpolitik muss es dagegen sein, in allen Bereichen

© photocase.com

des gesellschaftlichen Lebens fortlaufend die Strukturen in Hamburg auf ihre Auswirkungen auf das eine oder das andere Geschlecht zu beobachten. Ein solches Monitoring wäre ganz unabhängig von konkreter oder vermuteter Ungleichbehandlung oder Benachteiligung durchzuführen.

Auf dieser soliden Basis ließe sich dann verlässlich herausarbeiten, wo Differenzen und/oder ungleiche Chancen bestehen, wie es zu diesen kommen konnte und auf welche Art und Weise vorhandene Strukturen dazu beitragen.

Routinemäßig durchzuführende Analysen sind die unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung einer Genderstrategie mit Hand und Fuß.

Dann könnten wir handeln. Noch immer fallen in der Hamburger Politik aber Tag für Tag Entscheidungen, die für ein Geschlecht sehr viel weitgehendere Auswirkungen haben als für das andere, ohne dass dahinter eine Strategie stünde, ja ohne dass sich diejenigen, die diese Entscheidungen treffen, dieser Tatsache überhaupt bewusst wären. Haben Sie etwa, als Sie von der geplanten HVV-Tariferhöhung hörten, sofort daran gedacht, wie viel mehr Frauen in unserer Stadt auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind als Männer? Ist Ihnen bewusst, in welchem hohen Maße Frauen von einem Mindestlohn profitieren würden?

Um hier Transparenz zu schaffen, brauchen wir neben der Gender-Analyse auch

ein Gender-Budget: Für alle Bürgerinnen und Bürger sollte klar ersichtlich sein, welche Ressourcen in welcher Höhe Hamburg jeweils zum Wohle von Frauen und/oder von Männern einsetzt. Andere Länder sind hier schon viel weiter – der Metropole Hamburg stünde es gut an, den Anschluss nicht zu verpassen und eine Vorreiterrolle anzustreben.

Frauenförderung bleibt auf längere Sicht unverzichtbar.

Auch wenn wir in Hinblick auf die Gesetzeslage viel erreicht haben, so sind wir de facto in Deutschland und auch in Hamburg noch meilenweit von tatsächlicher Gleichstellung entfernt. Daher brauchen wir so lange Maßnahmen von Frauenförderung, bis diese gegenüber den Männern in all den Bereichen aufgeholt haben, wo Frauen nach wie vor Chancen vorenthalten werden. Ganz vorne sind dabei drei Brennpunkte zu benennen: die im europäischen Vergleich beschämend hohen Lohn- und Gehaltsunterschiede, die auch bei radikalsten Maßnahmen in den nächsten 50 Jahren nicht ausgleichbaren Leerstellen in der Professorenschaft und die kläglichen drei Prozent Frauen in den obersten Vorstandsetagen der Unternehmen.

Nebahat Güçlü

Genderstrategien in Hamburg

Gender als politische Kategorie ist mir zu wenig, vernachlässigt sie doch den gesellschaftlichen Machtunterschied zwischen Frauen und Männern. Den gibt es trotz rechtlicher Gleichstellung nach wie vor. Deutschland hinkt dabei europäischen Entwicklungen leider deutlich hinterher.

Die Gründung der grünen Partei und die Frauenbewegung sind untrennbar miteinander verbunden. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist ein Kernziel grüner Politik. Mit der Frauenquote und der Mindestparität ist unsere Partei einen wichtigen Schritt vorausgegangen. Bei uns sind Frauen längst auf allen Ebenen erfolgreich.

Geschlechterpolitik betrachten wir als hartes Politikfeld und als Querschnittsthema: Geschlechtergerechtigkeit muss Grundlage aller Anstrengungen in allen Politikfeldern sein. Noch immer tragen Frauen die Hauptlast, wenn sie Beruf und Familie vereinbaren wollen. Eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen würde für mehr wirtschaftliche Dynamik und mehr Stabilität der sozialen Sicherungssysteme sorgen. Besonderes Augenmerk legen wir darauf, endlich der Forderung von gleichwertigem Lohn für gleichwertige Arbeit zu entsprechen. Wir setzen uns für eine eigenständige Existenzsicherung jenseits des

überholten Familienernährer-Modells ein und lehnen das Ehegattensplitting ab. Wir treten konsequent für den Schutz von Frauen vor Gewalt ein.

Für Hamburg haben wir uns als Regierungspartei einiges vorgenommen, um die Präsenz, Teilhabe und die soziale Situation von Frauen deutlich zu verbessern. Durch die bei der Justizbehörde neu einzurichtende *Arbeitsstelle Vielfalt* bekommt die Gleichstellung von Frauen und Männern eine neue Perspektive und neue Handlungsmöglichkeiten. Mit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung, der Umsteuerung zu Ganztagsschulen und gezielten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in den Quartieren, wollen wir nicht nur die Bildung verbessern, sondern insbesondere Alleinerziehende dabei unterstützen, Familie und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren. Der finanziellen Absicherung von FLAKS, dem Zentrum für Frauen in Altona-Nord und ausgewähltes Mehrgenerationenhaus, kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu.

Wir werden die *gleichberechtigte Teilhabe* stärken und Frau an die Spitze bringen. In den Gremien und Leitungsfunktionen des öffentlichen Bereichs sollen Frauen und Männer bald zu jeweils mindestens 40 % vertreten sein. In Wissenschaft und Forschung ist vereinbart, beim gesamten wissenschaftlichen Personal ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zu schaffen. Mit einem *interkulturellen Frauenexistenzgründungszentrum* wollen wir das bisher vernachlässigte Existenzgründungspotential von Frauen und insbesondere von Migrantinnen zu Tage fördern.

© photocase.com

Beim Schutz vor Gewalt werden wir nicht nachlassen. Die *interkulturellen Gewaltberatungsstellen* werden finanziell besser gestellt, und es wird ein Wohnprojekt für von Zwangsheirat bedrohte junge Frauen eingerichtet. Mit einem Runden Tisch *Sexuelle Dienstleistungen* soll ein kooperatives Konzept zur Umsetzung des Prostitutionsgesetzes erarbeitet werden, das Sexarbeiterinnen vor Gewalt und Ausbeutung schützt, Selbständigkeit von Prostituierten tatsächlich ermöglicht und gleichzeitig Ausstiegsmöglichkeiten aufzeigt.

Karen Koop

Genderkonzepte erforderlich

Frauen haben in den letzten Jahrzehnten auch in Hamburg in der Bildung und der beruflichen Qualifikation längst zu den Männern aufgeschlossen und sie teilweise sogar überholt. Diese Entwicklung zeichnet sich aber nicht in der Repräsentanz in den Führungsgremien wider.

So gehen der Volkswirtschaft große Potentiale verloren, die bald dringend gebraucht werden, wenn der Bedarf an Führungskräften durch die sinkenden Bevölkerungszahlen nicht mehr aus dem männlichen Bestand allein gedeckt werden kann.

Die Frauenförderprogramme der Vergangenheit haben Entscheidendes bewegt, aber sie haben im Wesentlichen nur die Symptome gesellschaftlich eingeschliffener Strukturen und Fehlentwicklungen bekämpft. Ein nachhaltiger Strukturwandel wird nur mit dem *Genderkonzept* erreicht, wie es auch auf europäischer Ebene nachdrücklich gefordert wird.

Das bedeutet aber auch, den Blick der Geschlechtergerechtigkeit zu erweitern und neben den Frauenbelangen auch die der Männer nicht zu vergessen.

Gender Mainstreaming muss als Querschnittsaufgabe alle Politikbereiche bestimmen, wie es seit langem vorgesehen ist.

Bei der Umsetzung ergeben sich aber immer noch Verzögerungen, zumal ein tiefer gehendes Verständnis bei den Handelnden offensichtlich erst geweckt werden muss. Bei den Behörden wird zwar zum Teil schon selbstverständlich jede Entscheidung auf ihre Auswirkung für Familien und Frauen geprüft, es gibt sogar Fachfrauenräte, aber es fehlt der echte Gender-Ansatz.

Es sollen die Rollenmuster beider Geschlechter betrachtet, hinterfragt und verändert werden.

Nicht jede herausgehobene und von Männern dominierte Rolle ist es wert, von Frauen kopiert zu werden, und nicht jeder Mann ist willens, den bekannten Männlichkeitsbildern zu folgen. Eine tatsächliche geschlechtsneutrale Beurteilung der Qualitäten muss das Ziel sein.

Wenn der Gleichstellungsgesichtspunkt in allen politischen und institutionellen Entscheidungen verankert werden soll, bedarf es einer besonderen Sensibilisierung aller Handelnden. Die heutigen und zukünftigen Führungskräfte müssen verstärkt in der *Genderkompetenz* ausgebildet werden.

Diese Ausbildung muss regelmäßig, gezielt und verpflichtend werden und die Ergebnisse müssen sich fördernd auf die Weiterverwendung auswirken.

Darüber hinaus sollten *genderspezifische Daten* in den Betrieben und Behörden als Grundlage für Maßnahmen erhoben und verwendet werden. Dazu gilt es *Zielvorgaben aufzustellen, einzuhalten und zu evaluieren.*

Aber auch um eine gerechte Verteilung der Ausgaben im Landeshaushalt muss es gehen.

Die Zusage, Gesichtspunkte des *Genderbudgeting* schrittweise umzusetzen, liegt vor. Die Erfahrungen und Erfolge anderer Länder gilt es umzusetzen.

All diese Maßnahmen stellen ein Gesamtpaket dar, das zu mehr *Chancengerechtigkeit*, zu ausreichender *Repräsentanz* und zu mehr *Respekt vor weiblicher Lebensleistung* führen wird. Bisher haben wir nur kleine Schritte auf das Ziel hin machen können, aber das Tempo hat angezogen und mit der kritischen Masse Frauen –in doppeltem Sinne- kommt der Erfolg.

czerner goettsch architekten, Hamburg

Alexandra Czerner
Frauen planen Hamburg

Wenn Architektur – wie es heißt – ein Spiegel der Gesellschaft ist, dann zementiert gebaute Architektur umgekehrt eine bestimmte gesellschaftliche Struktur, und zwar für viele Jahrzehnte. Gibt es eine weibliche Sicht? So einfach ist diese Frage nicht zu beantworten und eigentlich ist diese Frage auch nicht das Wichtigste. Für meine persönliche Haltung als Architektin und Stadtplanerin, als Frau und Mutter kann ich eine Antwort geben.

Bei einer neuen Planungsaufgabe stelle ich immer grundsätzlich zusätzlich zur baukünstlerischen Herausforderung auch die Frage: Welche Gesellschaft sollte hier gespiegelt werden? Kann das Klima einer wünschenswerten besseren Zukunft sozusagen im Voraus gedacht und geplant werden? Ja, das können wir. Jede Architektur hat ihre funktionale Wirkung und emotionale Ausstrahlung auf die Menschen, beeinflusst als Teil der Umwelt das Ökosystem und das soziale Klima. Eine positive Grundstimmung im Ästhetischen wie im Konzeptionellen sind Grundlagen für wünschenswerte Zukunftskonzepte.

Hamburg bietet Frauen in verschiedenen, gerade innerstädtischen Bezirken, gute Grundlagen für die Entwicklung von Zukunftsmodellen. Das zentrale Thema für Frauen – und Männer –, die sowohl ein Berufsleben als auch eine familiäre Erfüllung mit Kindern anstreben, fassen wir unter dem Begriff „Gender Mainstreaming“ zusammen.

Berufstätigkeit und Familie ein Widerspruch? Unterstützung durch das städtische „Gender Mainstreaming Stadtquartier“ eine reale Möglichkeit?

Anspruchsvolle Architektur und Städtebaukonzepte können richtungweisend aufzeigen, dass mit ausgewählten Planungswerkzeugen, einem ganzheitlichen Ansatz und einer dem Menschen zugewandten, familienfreundlichen Architektur die vielfältigen gesellschaftlichen Probleme um das Thema Beruf und Kind abgemildert und erleichtert werden können. Wir brauchen und entwickeln als „Gender Architekten“ neue Lösungen, die weiter gehen und weiter denken, um das scheinbar Unvereinbare zu unterstützen. Da in Großstädten die Scheidungsraten schon bei ca. 60 % liegen, müssen auch – und vor allem – Angebote für das Lebensmodell der Alleinerziehenden gemacht werden, um deren Berufstätigkeit zu ermöglichen und zu erhalten. Andernfalls wird der Staat immer mehr Mütter und Väter ohne Berufstätigkeit nach Scheidung (mit-) finanzieren müssen. Und man vergesse dabei nicht das Wohl der Kinder. Was ist mit der Gleichberechtigung und dem verlässlichen Berufshintergrund, wenn ein Kind krank wird und im Kindergarten nicht betreut werden kann? Was tun, wenn sich berufliche Termine abends länger hinziehen? Die „normalen“ Lösungen reichen nicht.

Wir haben dank der Unterstützung von Hamburg, insbesondere vom Bezirk Eimsbüttel, durch Verwaltung und Politik endlich mit unserem Architektur- und Stadtplanungsbüro unsere Idee vom “Gender Mainstreaming Stadtquartier“ auf den Weg zur Realisierung bringen können. Auch der Landesfrauenrat hat uns zu diesem Projekt schon vor Jahren unterstützt und Mut gemacht. Und last but not least – innovative Bauherren glauben an den wirtschaftlichen Erfolg zusätzlich zum sozialen Erfolg des Modells. Auch das zeichnet Hamburg als Stadt für Frauen aus.

„Gender Mainstreaming Stadtquartier“ Eimsbüttel – das Thema für Frauen und Männer

Das Wohnquartier, das schon im Ansatz auf aktive Nachbarschaft setzt, hierfür im Konzept Raum schafft und den Bewohnerinnen und Bewohnern in diesen Fragen Unterstützung anbietet, hat langfristig Vorteile. Es wird sie mit familienfreundlichen Möglichkeiten an das Quartier binden, eine aktive Nachbarschaft zum gegenseitigen Nutzen fördern und Möglichkeiten zum Wohnen und Arbeiten innerhalb des Quartiers für die Umsetzung vielfältiger Lebensmodelle schaffen.

Hannelore Wilke

Pionierinnen des Frauenstudiums in Hamburg

Durch die gesellschaftlichen Umwälzungen in der Zeit des Vormärz und der Revolution von 1848 versuchten Frauen, durch Gründung regionaler und überregionaler Frauenvereine Einfluss auf die Mädchenbildung zu nehmen. Dem „Frauenverein zur Unterstützung der Armenpflege" gelang es, eine Schule (spätere Paulsenstiftsschule) auf privater Basis zu gründen. Diese Schule erhielt 1893 die Anerkennung als höhere Mädchenschule. Fast zeitgleich am 1.1.1850 wurde eine „Hochschule für das weibliche Geschlecht" in Hamburg eröffnet. Sie bestand aber nur eineinhalb Jahre. Die Reformansätze der HochschulgründerInnen wurden in der Schule des Frauenvereins weitergeführt, mit dem Ziel, die Schule zu einer höheren Bildungsanstalt auszubauen. Maßgeblich aktiv waren hierbei Emilie Wüstenfeld, Pauline Kortmann, Emma Rée und Henriette Salomon. (1)

Das Jahr 1872 war für die deutsche Mädchenbildung von besonderer Bedeutung. In Weimar fand nach der Reichsgründung eine länderübergreifende Versammlung von 164 MädchenschulpädagogInnen (davon 54 Frauen) statt, die eine Vereinheitlichung und Vergleichbarkeit der Schulausbildung an den höheren Schulen anstrebte. Unter den 10 erarbeiteten Thesen ist in These II festgelegt, dass eine Organisation entstehen sollte, „welche auf die Natur und Lebensbestimmung des Weibes Rücksicht nimmt." Helene Lange las sie später „mit unglaublicher Verblüffung." Sie lautet so: „Es gilt, dem Weibe eine der Geistesbildung des Mannes in der Allgemeinheit der Art und der Interessen ebenbürtige Bildung zu ermöglichen, damit der deutsche Mann nicht durch die geistige Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit seiner Frau am häuslichen Herde gelangweilt und in seiner Hingabe an höhere Interessen gelähmt werde, dass ihm vielmehr das Weib mit Verständnis dieser Interessen und der Wärme des Gefühls für dieselben zur Seite stehe."

Helene Lange fand für den Bildungswillen der Frauen folgende Worte: „Die Frau will nicht nur äußerlich die gleichen Möglichkeiten haben, zu wirken, am Leben teilzunehmen, sondern sie will in dies Leben ihre eigenen Werte tragen, sie will dadurch eine neue soziale und sittliche Gesamtanschauung schaffen, in der ihre Maßstäbe dieselbe Geltung haben wie die des Mannes".

Im selben Jahr (1872) eröffnete der Vorstand des Klosters St. Johannis eine halböffentliche „Höhere Mädchenschule mit Lehrerinnenseminar" am Holzdamm. Das Lehrerinnenexamen, so wie es am Seminar der Klosterschule abgelegt werden konnte, war lange Jahre hindurch für Frauen die einzige Vorraussetzung, unter der sie zum Universitätsstudium zugelassen wurden.

In der Klosterschule war die markanteste Vertreterin für eine den Jungen gleichartige und nicht gleichwertige Schulbildung in Form von Humanistischem Gymnasium, Realgymnasium oder Oberrealschule die Oberlehrerin Anna von Zeromski.

© photocase.com

Eine sehr bekannte Schülerin der Klosterschule war Emmy Beckmann. Sie bestand Ostern 1900, nach dreijährigem Besuch des Seminars der Klosterschule, das Examen für die Lehrbefähigung an mittleren und höheren Schulen.

Der „Hamburgische Verein zur Förderung von Frauenbildung und Frauenstudium“ wurde 1900 unter der Leitung von Marie Kortmann gegründet, um Mädchen zur vollen Universitätsreife zu führen. Seit 1904 wurden die Kurse vom Staat unterstützt, und sind später mit der Klosterschule verschmolzen.

1916 erfolgte die Gründung einer „Sozialen Frauenschule“ und des „Sozialpädagogischen Instituts“ in Hamburg, die Eröffnung war 1917. Dr. Gertrud Bäumer leitete den theoretischen Teil, Dr. Marie Baum übernahm die Gestaltung der sozialen Praxis. Auch Helene Lange unterrichtete an dieser Schule. Sie wurde 1919 Mitglied der konstituierenden Bürgerschaft in Hamburg, die sie als Alterspräsidentin eröffnete.

1914 gründete sie in Hamburg den Verband der akademisch gebildeten Lehrerinnen und wurde dessen Vorsitzende.1915 war sie Gründungsmitglied des Stadtbundes Hamburgischer Frauenvereine, dessen stellvertretende Vorsitzende sie bis 1918 und in dessen Vorstand sie bis 1933 war.

Literatur:
(1) Zeitschrift für Pädagogik 36 (1990), 1. Elke Kleinau: Die „Hochschule für das weibliche Geschlecht“ und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung des höheren Mädchenschulwesens in Hamburg.
Und unter Verwendung von Quellen aus der Hamburger Frauenbibliothek
Signatur: Wi Lan 1248; Wi Lan 1252; KHH 3670; KHH 3687; Broschüre zur Emmy-Beckmann-Ausstellung

FRAUEN VERDIENEN MEHR

© iStockphoto

Die Erwerbsquote der Frauen ist auf 57,1 % gestiegen. Das hängt vor allem damit zusammen, dass mehr Frauen als je zuvor einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. In Deutschland arbeiten 46 % der Frauen in Teilzeit, 50 % würden lieber Vollzeitarbeit ausüben. 70 % der working poor sind Frauen. Sie arbeiten in befristeten schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsverhältnissen. Ein Skandal ist der Entgeldunterschied: Frauen in Deutschland verdienen im Durchschnitt 23 % weniger als Männer – in der Europäischen Union sind es durchschnittlich 15 %. Trotz guter Voraussetzungen sind Frauen in Führungspositionen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft selten. Im Jahr 2007 waren nur knapp ein Drittel (29%) der Fach- und Führungskräfte in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst in Deutschland weiblich. In den Vorständen der größten börsennotierten Unternehmen sitzen nur 11 % Frauen, keine ist Vorstandsvorsitzende.

Die Ausbildungsberufe betreffend beschränkt sich mehr als die Hälfte der jungen Frauen bei der Berufswahl auf nur zehn Ausbildungsberufe, während sich bei den Männern nur rund ein Drittel auf nur zehn Berufe festlegen. Frauen konzentrieren sich auf soziale Berufsfelder und Dienstleistungsberufe, Männer auf technische und Handwerksberufe. Bei kaufmännischen Berufen besteht ein ausgeglichenes Verhältnis. Auch bei den weiblichen Bewerberinnen in Hamburg sind die „Top-Five“-Berufe Kauffrau im Einzelhandel, Bürokauffrau, Medizinische Fachangestellte, Friseurin und Verkäuferin.

Mechthild Pingler

Frauenarbeit in Hamburg

In Hamburg sind ca. 80 % der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich tätig. Dieser Bereich bietet gute Beschäftigungschancen für Frauen.

Die Arbeitslosenquote der Frauen war in den letzten Jahren immer geringer als die Arbeitslosenquote bei den Männern. Im Januar 2009 lag die Quote bei den Frauen bei 7,9 %, bei den Männern bei 8,8 %.

In der Erwerbssituation von Frauen und Männern gibt es große Unterschiede – auch in Hamburg.

Wenn man die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten betrachtet, liegt der Anteil der Frauen insgesamt bei ca. 45 %. Von diesen Frauen sind 30 % in Teilzeit tätig. Bei den Männern liegt der Anteil bei etwa 7 %.

Gerade Frauen mit Kindern wollen Beruf und Familie mit Teilzeitarbeit vereinbaren und sind oft auch bei der Arbeitszeit recht eingeschränkt. Vollzeitarbeit ist für diese Frauen schwer zu organisieren. Dadurch entstehen Frauen mehrere Nachteile. Teilzeitarbeit verringert das Einkommen, aber oft auch Aufstiegs – und Qualifizierungsmöglichkeiten im Betrieb, der eigene Rentenanspruch verringert sich und im Falle einer Trennung vom Partner ist der Unterhalt für die Frau in der Regel gering.

Dabei können Betriebe auf die Potenziale gut ausgebildeter Frauen nicht verzichten. Die Bevölkerungszahl nimmt ab und damit das Arbeitskräfteangebot. Die Bevölkerung und damit die Belegschaften in den Unternehmen werden immer älter.

Die Nachfrage nach gut qualifizierten Fachkräften und nach Akademikerinnen wird steigen. Die Nachfrage nach Geringqualifizierten wird sinken.

Immer mehr Betriebe erkennen das und schaffen familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Betriebe brauchen eine familienfreundliche Personalpolitik um für Männer und Frauen bessere Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf, Erziehung sowie Pflege zu schaffen.

Auch eine gute Entwicklungsförderung von Kindern in Kindergärten und Schulen und eine bedarfsgerechte verlässliche Kinderbetreuung ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am Erwerbsleben der Eltern.

Wenn eine Berufstätigkeit oder ein Wiedereinstieg nach einer Familienpause gut gelingen soll, geht es nicht ohne die gleichberechtigte Teilhabe an der Familienarbeit durch Mütter und Väter.

Mädchen fühlen sich heute nicht mehr benachteiligt. Beruf und Berufsausbildung sind selbstverständlich geworden. Mädchen haben bessere Schulnoten und bessere Bildungsabschlüsse als Jungen. Es gibt eine Vielzahl weiblicher Lebensentwürfe im Spannungsfeld von Beruf und Familie. Trotzdem wählen Mädchen ihren Beruf immer noch aus einem sehr eingeschränkten Spektrum. Oft denken Mädchen schon bei der Berufswahl an Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Technische Berufe, Aufstiegs- und Karriereplanung spielen bei vielen Mädchen keine Rolle.

© iStockphoto

Bei unserer Arbeit zur Chancengleichheit am Arbeitsmarkt haben wir alle, Behörden, Verbände, Vereine, Kammern und sonstige Institutionen, viel erreicht. Aber es gibt noch viel zu tun. Wir haben gerade eine schwierige Zeit, die hoffentlich mit Kurzarbeit und insbesondere mit verstärkten Bildungsangeboten sinnvoll überbrückt wird.

Ich wünsche allen Beteiligten, den Behörden, den Verbänden, den Betrieben und auch den Frauen und ihren Partnern viel Kraft und Kreativität!

Jutta Blankau
Frauen in der Arbeitswelt

Die Arbeitswelt ist weiblicher geworden, so die positive Bilanz der modernen Arbeitswelt. Frauen sind vermehrt in betrieblichen Gremien und Interessenvertretungen. So zeigen sich immer auch kleine Erfolge. Umso wichtiger bleibt die lautstarke Forderung nach einer Quote. Seit Jahrzehnten ist das Phänomen „Erfolgreich in der Bildung – diskriminiert im Beruf“ bekannt. Politische Schritte wie Quoteneinführungen, beispielsweise für Aufsichtsräte, scheitern in Deutschland jedoch nicht nur an fehlenden politischen Mehrheiten.

Die Gewerkschaften fordern seit langem eine Mindestquote, damit Frauen entsprechend ihrem Anteil in allen Gremien vertreten sind. Würde also diese gläserne Decke zerstoßen, könnten mehr Frauen in Führungspositionen gelangen.

Weiterhin positiv zu verzeichnen ist die anhaltende Diskussion um die Frage nach „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, die nicht mehr ausschließlich von Frauen geführt wird. Auch die politischen Rahmenbedingungen sind deutlich besser geworden. Eine ansteigende Zahl von Betriebsvereinbarungen zu diesem Thema zeigt: es tut sich was. Die Gewerkschaften diskutieren auf vielen Ebenen auch die Frage fortschrittlicher Arbeitszeitpolitik, die sich an den Lebenslagen und

Interessen beider Geschlechter orientiert und Rollenbilder nicht weiter verfestigt.

Doch nach wie vor bestehen Unterschiede in den Lebenslagen von Frauen und Männern. Fehlende Gleichberechtigung kennzeichnet bis heute die weibliche Lebens- und Arbeitssituation. Anhand von Berufszugängen, Aufstiegsmöglichkeiten, Beteiligung an Entscheidungsgremien und Bezahlung kann Benachteiligung bis heute nachverfolgt werden.

„Mädchen in Männerberufen" war ein Modellversuch, der seit einiger Zeit wieder rückläufig ist. Nicht zuletzt weil den Frauen auch klar wurde: Beschäftigungssicherung und Aufstiegsmöglichkeiten finden sich hier nur begrenzt. Vielmehr fällt die Arbeitslosenquote junger Frauen in „Männerberufen" überdurchschnittlich hoch aus. Traditionelle Vorurteile wie „Eignung für einen solchen Beruf" oder unausgesprochene Überlegungen einer „wohlmöglichen Mutterschaft" bei weiblichen Mitarbeitern lassen sich bis heute nicht wegdiskutieren und versperren vielen Frauen den Zugang zu einem Beruf, den sie gerne ausüben möchten.

Berufliche Stellung und Aufstiegsmöglichkeiten, die Wertigkeit von Arbeit gleich zu beurteilen – das sind Ausschnitte von modernem Arbeitsleben, die die Gewerkschaften unter „Guter Arbeit" verstehen. Dazu kommt die Forderung nach Existenzsicherung durch das eigene Einkommen. Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit bedeutet im Konkreten, dass soziale Absicherung mehr sein muss als die des männlichen Alleinverdieners. Beschäftigungshemmende Regelungen müssen abgebaut werden, dazu dringend notwendig ist die Abschaffung des Ehegattensplittings. Bis heute verdienen Frauen im Schnitt fast 23 % weniger als Männer. Dort, wo tariflich festgelegt ist, wie hoch das Einkommen ist, werden Arbeitsbeschreibungen häufig mit „geschlechtsspezifischem" Blick betrachtet. Sprachkenntnisse oder so genannte „soft skills" sind noch immer weniger wert als Muskelkraft. Dazu gilt es, die Entwicklung einer Arbeits- und Leistungsbewertung voran zu treiben, die die Benachteiligung aufgrund des Geschlechts abbaut.

Unser Projekt „Gute Arbeit", mit Facetten von Arbeitsgestaltung, -zeit und -entgelt, diskutieren wir auch im Bezirksfrauenausschuss der IG Metall. Nicht zuletzt, weil Frauen sich am besten selbst vertreten und dann auch weiter nach vorn kommen! Frauenthemen müssen von uns Frauen besetzt werden. Unsere Forderungen, wie beispielsweise ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, müssen wir weiterhin gemeinsam konsequent vertreten.

Margret Mönig-Raane

Erwerbsquote erhöhen

Gleichstellung als unverzichtbares Element aller Arbeits- und Lebensbereiche ist das Ziel unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Wir wollen gleiche soziale Rechte und Pflichten für Frauen und Männer, gleichen Verdienst und Zugang zum Arbeitsmarkt. Dazu gehört auch eine gleichmäßige Verteilung von Arbeit – im Betrieb, aber auch in der Familie. Das aktuelle Motto aller Frauen im Deutschen Gewerkschaftsbund lautet beispielsweise „Ich bin mehr wert" und vertritt diskriminierungsfreie Entlohnung und ökonomische und soziale Eigenständigkeit von Frauen, ebenso Gleichstellung im Betrieb und Chancengleichheit in der Gesellschaft. Ich weiß, mit diesen Zielen sind wir uns mit vielen engagierten Frauen (und zunehmend Männern) einig.

Um die Rollenzuschreibungen in der Familie und vor allem im Beruf positiv zu verändern, genügt es nicht, an nur einer Stellschraube der typischen Frauenbeschäftigung, etwa dem Berufswahlverhalten, etwas zu ändern. Politisch umzusetzen ist ein umfassendes Konzept zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, das die Rahmenbedingungen im Sinne einer gleichberechtigten Teilhabe an Beruf und Familie neu justiert. So ist auch das Ehegattensplitting durch eine gerechte Steuerlastverteilung zu ersetzen, („Steuern steuern" Verhalten von Frauen und Männern!).

Vor allem junge Frauen haben sich bereits vom traditionellen Ernährermodell und der Hausfrauenehe verabschiedet. Sie wollen Beruf *und* Familie – für sich *und* ihre Partner. Wir gehen deshalb davon aus, dass die Politik aufhört, Frauen für unbezahlte Arbeitsleistung, z. B. in Erziehung und Pflege, zu instrumentalisieren. Auch sind diese gesellschaftlich wichtigen Aufgaben zum Teil besser in der öffentlichen Daseinsvorsorge aufgehoben.

Die ver.di-Frauen haben zusammen mit Frauenorganisationen, Wissenschaftlerinnen und Frauenpolitikerinnen bereits längerfristig diese zukunftsgerichteten Ziele in den Mittelpunkt ihrer Frauen- und Gleichstellungspolitik gestellt. Politisch diskutiert werden diese Fragen inzwischen auch, viel geändert wurde jedoch noch nicht. Die finanziellen Folgen tragen die Frauen und die sozialen Kosten trägt die Gesellschaft. Aktuell hilft uns aber der demografische Wandel dabei, der Wirtschaft und der Politik klarzumachen, dass Unternehmen und Politik Maßnahmen zur Vereinbarkeit und zum Verbleib der Frauen im Beruf ergreifen müssen, um künftig mehr Fachkräfte zu gewinnen.

Eigenständige Existenzsicherung für Frauen und Lohnungleichheit werden erfreulicherweise inzwischen politisch thematisiert, allerdings vor allem als Problem von Alleinerziehenden. Für Frauen in Partnerschaft gelten diese Ziele bis jetzt leider als politisch nachrangiges Thema. Frauen werden – in der Politik und im Arbeitsleben gleichermaßen – vorrangig als Teil der Familie gesehen und behandelt. Auch wenn die Politik sich gern auf die gegenseitige Einstandspflicht von Partnerin und Partner zurückzieht: Ein gemeinsames Haushaltseinkommen macht Frauen nicht ökonomisch eigenständiger und schützt Kinder nur vordergründig vor Armut.

Um wirklich positive Zukunftsaussichten herzustellen, reicht es nicht, an den sogenann-

ten „Risikofaktoren“ für Armut zu arbeiten. Das sind vor allem Faktoren, die mit der Rolle als Mutter in Zusammenhang gebracht und so als unveränderbar dargestellt werden. Als armutsvermeidend hingegen gilt das Leben in Partnerschaft. Das sehe ich anders: Verdienst- und Vorsorgemöglichkeiten der *einzelnen* Familienmitglieder haben sehr wohl mit der Existenzsicherung zu tun – der von Frauen und der von Kindern. Verordnete Vergemeinschaftung in einer Partnerschaft oder Bedarfsgemeinschaft ist kein Weg zu Existenzsicherung und Eigenständigkeit.

Kinderarmut entsteht nicht von selbst, sie ist von der finanziellen Situation der Mütter abhängig. In Familien, wo Mütter einen guten und sozialversicherten Arbeitsplatz haben, geht es auch den Kindern besser. Bildung und soziale Integration der Eltern wirken sich positiv auf die neue Generation aus. Deshalb brauchen Frauen die richtigen Chancen im Beruf. Kinder sind in diesem Sinne keineswegs Privatsache. Kinderförderung und Familienpolitik benötigen Frauenförderung als notwendige Ergänzung.

Frauen müssen eigenständig leben können – auch innerhalb einer Familie. Sorgen wir also gemeinsam für eine gleichberechtigte Beteiligung am Erwerbsleben. Genau dahin führen gute Arbeitsmarkt-, Sozial- und Lohnpolitik. Die Zustände werden sich nicht von alleine oder durch höhere Mächte verändern! Motivieren wir also gemeinsam insbesondere junge Frauen, durch Erwerbstätigkeit ihre ökonomische und soziale Eigenständigkeit zu sichern! Und helfen wir ihnen, in der Politik und am Arbeitsplatz, die *richtigen Voraussetzungen* dafür zu schaffen!

Agnes Schreieder
Arbeit in Würde

Arbeit von Frauen ist

- sichtbar und unsichtbar
- wertgeschätzt und unterbewertet
- erzwungen und freiwillig
- geschützt und ungeschützt
- bezahlt und unbezahlt
- vergleichbar und unvergleichbar
- professionell und ungelernt.

© iStockphoto

Was ist eigentlich Arbeit, Arbeit von Frauen?

Sie ist vielfältig und vor allem viel: viel mehr als das halbe Leben, mehr als Erwerbsarbeit, mehr als Geld verdienen, mehr als der halbe Himmel.

Frauen kämpfen für Gleichstellung in der Erwerbsarbeit, für eine umfassend verstandene, über das materielle hinausgehende Existenz- und Alterssicherung. Sie kämpfen entsprechend ihrer persönlichen Lebenssituation für Wahlfreiheit zwischen den verschiedenen Formen notwendiger Arbeit, für eine veränderte und gerechtere Rollen- und Aufgabenverteilung zwischen den Geschlechtern.

Immer noch werden Frauen im Durchschnitt um rund 25 % schlechter bezahlt, immer noch – und in den letzten Jahren zunehmend – werden ihnen in typischen Frauenbranchen elementare Arbeits- und Menschenrechte vorenthalten, wird ihre Menschenwürde missachtet. Eine wachsende Zahl von Frauen ist gezwungen, unter prekären, unsicheren und diskriminierenden Bedingungen zu arbeiten. Fast 70 % der erwerbstätigen Frauen sind aktuell von Niedriglohn betroffen.

Frauen in ver.di arbeiten für uns alle in Krankenhäusern, Kaufhäusern, Verlagen, bei Post und Bank, im Bezirksamt und Call-Center, bei Bildungsträgern, im Kindergarten, in der öffentlichen Verwaltung. Viele von ihnen engagieren sich als Betriebsrätin, Personalrätin, Jugend- und Auszubildendenvertreterin, Vertrauensfrau, Vorstandsmitglied, Aufsichtsrätin, Schwerbehindertenvertreterin.

Sie kämpfen für die Interessen von Frauen und Männern in der Arbeitswelt, setzen sich oft unter massivem Druck mit den Arbeitgebern auseinander, sie beziehen Position in Verbänden, Gremien, in der Politik. Mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten sind Frauen. Sie sind Auszubildende, Arbeitnehmerinnen, Arbeitslose, Selbstständige, Rentnerinnen.

Frauen kämpfen gemeinsam – schon lange, seit vielen Generationen. Sie haben gelernt, an Rückschritten, an Niederlagen zu wachsen und sich an Erfolgen und nachhaltigen Fortschritten zu freuen. Sie haben einen langen Atem für die tausend kleinen Schritte auf ihrem langen Weg. Ihr Ziel ist für alle Menschen gleich:

Arbeit in Würde.

Corinna Nienstedt
Unternehmerinnen in Hamburg

„Unternehmerinnen müssen mit ihren Fähigkeiten, Kompetenzen und ihrem Beitrag zum Gemeinwohl sehr viel stärker wahrgenommen und unterstützt werden“, sagte am 15. September 2007 der damalige Präses der Handelskammer Hamburg, Dr. Karl-Joachim Dreyer, bei der Eröffnung des 3. Hamburger Unternehmerinnentags in der Handelskammer. Er unterstrich damit, dass sich die Handelskammer als Repräsentantin aller Gewerbetreibenden versteht – der männlichen und selbstverständlich auch der weiblichen.

In Hamburg ist der Anteil von Frauen unter den selbstständig Tätigen in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen: Belief sich der Anteil im Jahr 2001 noch auf 32 %, so beträgt er mittlerweile 39 % (durchschnittlicher Anteil in Deutschland: 31 %). Damit nimmt die Hansestadt deutschlandweit eine Spitzenstellung ein: Hamburg ist Deutschlands „Hauptstadt der Unternehmerinnen“. Weibliche Selbstständige sind also gerade in der Hansestadt ein erheblicher Wirtschaftsfaktor!

Jede zehnte berufstätige Frau in Hamburg (10,5 %) ist selbstständig. Das sind rund 36.000 Hamburgerinnen. Mehrheitlich sind diese Frauen im Dienstleistungssektor tätig (rund 45 %), ein gutes Viertel davon allein im Gesundheitsbereich. Rund 30 % der selbstständigen Hamburgerinnen arbeiten im Bereich Grundstückswesen und Vermietung, 12,5 % im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr.

Eine von der Handelskammer Hamburg zusammen mit anderen europäischen Handelskammern initiierte Umfrage bei weiblichen Selbstständigen in Hamburg und anderen EU-Staaten hat ergeben, dass selbstständige Frauen aus der Hansestadt zwar einen im EU-Durchschnitt sehr hohen Ausbildungsstand haben, dass sie aber oft nur Kleinstunternehmen mit bis zu 10 Angestellten leiten oder Einzelunternehmerinnen sind. Die Umfrage ergab weiter, dass Firmeninhaberinnen aus Hamburg finanzielle Fragen als ihr Hauptproblem ansehen. Aus dem im EU-Vergleich hohen Anteil an kinderlosen Unternehmerinnen in Hamburg (laut Umfrage 60 %) lässt sich schließen, dass die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland immer noch viele Frauen davon abhält, ein eigenes Unternehmen zu gründen.

Hier setzen die Aktivitäten der Handelskammer Hamburg an: Die Handelskammer hat es sich auf die Fahne geschrieben, das weibliche Unternehmertum zu fördern und Frauen mit ihren spezifischen Rahmenbedingungen, wie der Notwendigkeit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, geringeren Firmengrößen, etc. gezielt zu unterstützen. Dazu hat die Handelskammer eine Gründerinnenbeauftragte ernannt, die speziell weibliche Existenzgründer berät. Außerdem hat die Handelskammer vor rund zehn Jahren gemeinsam mit der H.E.I. Hamburger Initiative für Existenzgründungen und Innovationen e. V. sowie kontor5 das Netzwerk „e trifft u“ gegründet, bei dem sich Gründerinnen und weibliche Selbstständige austauschen und vernetzen können.

© iStockphoto

Darüber hinaus ist die Kammer – ebenso wie der Landesfrauenrat und weitere Frauenverbände – Mitinitiatorin von „Frauen im Blick“, einer Veranstaltungsreihe, die alle zwei Jahre anlässlich des Internationalen Frauentags stattfindet. Bestandteile von „Frauen im Blick“ sind eine Podiumsdiskussion mit interessanten und prominenten Frauen, eine große Netzwerkmeile der Hamburger Frauenverbände und -vereine sowie ein „Feier-Abend“ für die Besucherinnen. Und schließlich führen Handelskammer, Verband Deutscher Unternehmerinnen, der Verband Schöne Aussichten sowie Frau und Arbeit alle zwei Jahre im Gebäude der Handelskammer den Hamburger Unternehmerinnentag durch, bei dem sich weibliche Selbstständige in Workshops Informationen und Anregungen holen, Erfahrungen austauschen und untereinander vernetzen können.

Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat die Handelskammer gemeinsam mit dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg sowie der Handwerkskammer die Hamburger Allianz für Familien gegründet.

Unter diesem Dach bietet sie u. a. eine kostenlose Beratungs-Hotline für Unternehmen an, die sich zum Thema „familienfreundliche Arbeitswelt“ informieren lassen wollen. Sie vergibt das Hamburger Familiensiegel, mit dem besonders familienfreundliche kleine und mittelgroße Unternehmen in der Hansestadt ausgezeichnet werden.

Die oben genannte Umfrage hat es verdeutlicht: Die immer noch unzureichende Vereinbarkeit von Familie und Beruf hält viele Frauen davon ab, sich selbstständig zu machen. Mit ihren vielfältigen Aktivitäten für eine familienfreundlichere Arbeitswelt trägt die Handelskammer dazu bei, ein wichtiges Hindernis für einen höheren Frauenanteil unter den Selbstständigen abzuschaffen.

Claudia Leske
Frauen – Chefs der Zukunft?!

Die Chancen stehen sehr gut. In der Wirtschaft werden Kompetenzen benötigt, die auch von Männern Frauen zugesprochen werden. Team- und Konfliktfähigkeit, Einfühlungsvermögen, Beziehungsarbeit und ganzheitliches Denken.

Nur glauben Top-Manager, dass gerade diese Fähigkeiten im Top-Management nichts zu suchen haben. Dort ist „man“ erfolgreich durch die Kompetenzen: Zielstrebigkeit und Durchsetzungsvermögen.

Sicher können hier Frauen noch einiges lernen und vielleicht müssen wir es auch, um in entsprechende Etagen zu gelangen. Ich denke aber, zuerst müssen Frauen das Spiel, die Rituale der Männer, durchschauen und dann, wenn Frau an der Spitze steht, kann sie ihre eigenen Spielregeln bestimmen.

Es geht mir nicht darum, dass wir an der Spitze der Unternehmen nur Frauen benötigen – ich bin für Farbe im Management. Nur durch Reibung entsteht Energie und die können wir in unserer derzeitigen wirtschaftlichen Lage sicher sehr gut gebrauchen. Sehen wir uns die momentane konjunkturelle Lage an, so stimmen wir überein, dass sich in der Führung der Unternehmen einiges verändern muss. Laut unterschiedlicher Studien gehen ca. 60 % der Arbeitnehmer mit einer inneren Kündigung in ihren Job.

Es geht darum, Menschen zu befähigen, einen exzellenten Job zu machen. Es geht um Kreativität und Andersartigkeit, um echte Innovation und nicht nur darum, mehr vom Selben zu produzieren. Führungskräfte von Morgen sind Changemanager und können

© photocase.com

mit dem permanenten Wandel und mit Unsicherheiten umgehen. Multitasking ist gefragt – auch eine Fähigkeit von Frauen. Hier widersprechen nicht mal die Männer.

Menschen, die diese Führungsfähigkeiten mitbringen, werden die Führungskräfte der Zukunft sein. Es gilt, sich schlau zu machen über das Wunderwerk Mensch und vor ihrer/seiner Leistungsfähigkeit Respekt und Ehrfurcht zu haben.

Meine Hoffnung ist allerdings, dass Frauen, die zukünftig an der Spitze stehen, das jetzige Sinndefizit auflösen können, denn Menschen sind sinnerfüllte Wesen … Ich bin sicher, dass führt zu was …

Elke Holz

Frauen im Management

Frauen sind Spitze. Frauen im Management? Das ironische Fragezeichen erfordert eine zweigeteilte Antwort. Der erste Teil ist die eindeutige Bejahung der Frage, der zweite Teil muss sich auf Grund der festzustellenden Gesamtsituation eher auf ein zögerliches „Jein“ beschränken.

Die in unserem Grundgesetz manifestierte Gleichberechtigung der Frau gilt für alle Lebensbereiche, also auch für die Besetzung von Positionen im Management. Fest steht jedoch, dass Frauen in Führungspositionen statistisch weit unterrepräsentiert sind, und das um so deutlicher, je höherrangiger die Managementposition ist. Diese Tatsache ist nicht nur ein Problem für Frauen, sondern für die Gesellschaft insgesamt. Gleichberechtigte Teilhabe der Frauen an wichtigen Entscheidungsprozessen ist zwar zunächst eine Forderung der Gerechtigkeit, sie ist aber auf Dauer viel mehr unabdingbare Voraussetzung für eine Stärkung der Demokratie. Noch ist festzustellen, dass der Weg für Frauen ins Management grundsätzlich zwar offen ist. Aber, es muss bei diesem theoretischen Ansatz bleiben, solange sich die gesamtgesellschaftliche Situation nicht verändert. Gegenwärtig sind die TOP-Führungsetagen noch fest in Männerhand. Ausnahmen, zahlenmäßig weniger als die Finger einer Hand, bestätigen nur diese Regel. Diese Situation bedarf der Veränderung.

Frauen sind Spitze: Mädchen und Frauen verfügen über durchaus vergleichbare intellektuelle Kapazität wie Jungen und Männer. Sie können auf ausgezeichnete Zeugnisse, Schul-, Berufs- und Hochschulabschlüsse hinweisen. Ihr sehr gutes Wissen könnte die beste Voraussetzung für eine steile Karriere sein. Und dennoch: Diese Karriere bleibt manchmal schon im Ansatz stecken, oft endet sie im mittleren Management. Die Ursachen dafür sind vielfältig und liegen zum Teil durchaus im Verhalten der Frauen selbst. Die Schwierigkeiten und Hemmnisse im privaten und beruflichen Umfeld kommen, die Situation zusätzlich erschwerend, hinzu. Diese basieren überwiegend auf tradierten Rollenbildern und auch auf traditionellen Erwartungshaltungen.

Zunächst ist die dominante und weit verbreitete männliche Arbeitskultur für Frauen und ihre grundsätzlichen Verhaltensmuster eine erste und zum großen Teil abschreckende Hürde. Überall präsent und verfügbar ist die Devise. Wer nicht mitmacht, hat gleich verloren. Die zum Teil brutalen Anforderungen an Top-Manager mit der fast uneingeschränkten „Aufopferung" für den Beruf lassen sicherlich Frauen auch zurückschrecken. Deshalb machen sie Halt auf der Karriereleiter. Wer für Kinder da sein muss oder auch noch auf Privatleben Wert legt, hat ohnehin kaum Aussicht, in die erste Liga aufzusteigen. Insofern ist es naheliegend, dass nur Frauen, die sich anpassen, eine Chance haben, und dies zu einem hohen Preis. Bei dem Hürdenlauf zu Spitzenjobs kommen Frauen zudem oft die Männernetzwerke in die Quere. Heimliche Absprachen, inoffizielle Treffen und Kontakte und für Frauen unzugängliche Clubs und Kreise. Frauen werden damit von wichtigen Informationen ausgeschlossen und erfahren entscheidende Dinge gar nicht oder als Letzte.

Dass Männer zügiger die Karriereleiter heraufklettern, liegt also in keiner Weise daran, dass sie besser sind als Frauen. Sie bewegen sich in ihrem beruflichen Umfeld jedoch oft strategischer, durchdachter, selbstsicherer, zielbewusster und dadurch überzeugender. In dieser Hinsicht gilt es für Frauen, unbedingt dazu zu lernen. Mit ihrer ausgeprägten Eigeninitiative, Motivation und Einsatzbereitschaft sind sie sehr wohl dazu in der Lage. Frauen sollen sich auf keinen Fall verbiegen, jedoch die Selbstvermarktungsstrategien ihrer männlichen Kollegen aufmerksam studieren. Sie sollten sich außerdem mehr als bisher einem Netzwerk anschließen, in dem sie sich mit Gleichgesinnten, Gleichgestellten über berufliche Themen austauschen und im Führungsbereich erhebliches Erfahrungswissen sammeln können.

Frauen sind Spitze: Sie nehmen Führung allerdings anders wahr als Männer. Während Männer gerne dazu neigen, von der Spitze eines „Feldherrnhügels" aus die Arbeit ihrer Mitarbeiter zu organisieren und hier erhebliche Kompetenzen aufweisen und Erfolge erzielen, steht für die Frau die inhaltliche Identifikation mit der Aufgabe im Vordergrund.

© photocase.com

Frauen schätzen Selbständigkeit, Freiraum für Gestaltung, Verantwortung und Einblick in die Zusammenhänge. Frauen möchten ihre Führungsaufgabe gerne positiv erleben. Sie fördern Zusammenarbeit und lassen die Mitarbeiter dabei ihre Aufgaben weitgehend selbst definieren. Als Führungskraft ist es ihr Ziel, dass alle Mitarbeiter größtmögliche Kompetenz im Hinblick auf die gestellten Aufgaben erlangen. Know-how und Diskussion holen sie sich auch als Führungskraft aktiv im Mitarbeiterumfeld. Frauen tendieren vermehrt zu demokratischem Verhalten, zu Teamarbeit, zu Problemlösungen gemeinsam mit anderen. Frauen sind Spitze, denn Mitarbeiter-Motivation wird dadurch im besonderen Maße geweckt. Frauen in Führungspositionen nehmen sich dafür weniger Zeit für Selbstdarstellungsaktivitäten und Machtkämpfe.

Das im ersten Absatz so genannte zögerliche „Jein" im Hinblick auf das ironische Fragezeichen hinter dem Titel ist sicherlich auch auf die derzeit nur sparsam vorhandene Bereitschaft männlicher Führungskräfte zurückzuführen, weibliche Stärken einfach und unumwunden anzuerkennen, um gemeinsam als Führung erfolgreicher zu sein. Hier sind Anpassungsfähigkeit, Fürsorge, soziale Kompetenz und emotionale Sensibilität vorrangig als weibliche Stärken zu nennen.

„Frauen sind Spitze – Frauen im Management" – beides sollte in naher Zukunft uneingeschränkt bejaht werden. Frauen bekennen sich jedoch auch zu Familie und Kindern und wollen sehr engagiert Beruf und Familie in Einklang bringen. Sie fühlen sich beiden Aufgabenstellungen gewachsen, und: Frauen sehen diese Aufgabenstellungen als gleichwertig an. Mit dieser Sichtweise unterscheiden sie sich meistens von ihren männlichen Kollegen.

Gesellschaftliche Umstrukturierungen sollten mit der Zielsetzung angestrebt werden, jedem und jeder die Lebensform zu ermöglichen, die seiner oder ihrer Vorstellung entspricht. Niemand sollte dies allerdings zu Lasten des anderen Geschlechtes tun.

Frauen führen anders? Ja. Frauen führen besser? Sicher nicht. Frauen führen seltener? Bestimmt.

Für die Eliminierung des störenden Fragezeichens im ersten Absatz und für die Veränderung bestehender Verhältnisse ist außerhalb engagierten Einsatzes der betroffenen Frauen selbst eine veränderte grundsätzliche Haltung der gesamten Gesellschaft erforderlich. Auch für Top-Positionen im Management ist darüber hinaus sicherlich der Ausspruch Simone de Beauvoirs bedenkenswert: „Wir können nur den Unterschied Mann/Frau zukünftig ausgleichen, indem wir uns geschwisterlich akzeptieren."

Cornelia Creischer

Gläserne Decke durchbrechen

Das 21. Jahrhundert ist als das Jahrhundert der Frauen angekündigt worden. Wie sieht die Vision für die nahe Zukunft aus? Das Jubiläumsjahr 2009 hat angefangen – 90 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland und 60 Jahre Grundgesetz gibt es zu feiern. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist weit vorangekommen. Wir haben Ministerinnen, Bürgermeisterinnen, Professorinnen, Richterinnen, Bischöfinnen und eine Kanzlerin.

Dafür haben wir Frauen hart gekämpft. Wir sind jedoch noch nicht am Ziel. Bis heute verdienen beispielsweise Frauen ein Drittel weniger als Ihre Kollegen. In den Führungsetagen des Mittelmanagement der Wirtschaft sind Frauen nur mit 12,4 % vertreten und die Vorstandsetagen kann man als „frauenfreie Zone“ bezeichnen.

Sieben Jahre nach der freiwilligen Vereinbarung der Bundesregierung mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft ist die Bilanz mehr als dürftig – Vorschritte in den Vorstandsetagen und Aufsichtsräten sind kaum zu verzeichnen. Männer ziehen weiterhin oft andere Männer auf Führungspositionen nach. Frauen haben immer noch Schwierigkeiten, sich gegen Vorurteile und Stereotypen durchzusetzen. Für die Gestaltung unserer Gesellschaft und die Zukunft unseres Landes ist es aber unverzichtbar, das wir Frauen als der größere Teil der Bevölkerung gleichberechtigt am öffentlichen und wirtschaftlichen Leben beteiligt werden. Unternehmen, die Führungspositionen mit Frauen besetzen, investieren in die eigene Zukunft. Denn es besteht ein nachgewiesener Zusammenhang zwischen Geschlechtervielfalt und dem wirtschaftlichem Erfolg von Unternehmen. Die unterschiedlichen Beiträge von Männern und Frauen führen zu einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Flexibilität und stellen damit per se einen Nutzen für Unternehmen dar. Gut ausgebildete Frauen auf allen Hierachieebenen erweitern das Leistungsspektrum von Unternehmen. Diversifizierte Aufsichtsgremien verbessern die (dringend) benötigte Qualität der Aufsichtsratsarbeit und erhöhen die Glaubwürdigkeit des Aufsichtsrats. Heute gibt es viele hoch qualifizierte Frauen, die bereit und in der Lage sind, mehr Verantwortung in Unternehmen zu übernehmen und Vorstandspositionen als auch Aufsichtsratspositionen erfolgreich auszuüben. Diese Frauen werden aber trotz gleicher beruflicher Qualifikation bei der Besetzung von Topmanagement und Aufsichtsratpositionen bisher nicht adäquat berücksichtigt. Die Teilhabe der Frauen an den Schaltstellen der wirtschaftlichen Macht ist ein absolutes MUSS.

Nicht nur, weil es uns im Rahmen der Gleichberechtigung zusteht, sondern weil es auch eine Chance ist, die notwendige dramatische Wende im Denken und Handeln herbeizuführen, die unsere Wirtschaft so dringend braucht. Frauen müssen an die Spitze. Frauen, die bereit sind, den gesellschaftlichen Wandel nicht nur mitzumachen, sondern auch voranzutreiben. Damit diese Frauen nicht wie bisher an der so genannten „gläsernen Decke“

© photocase.com

scheitern, brauchen wir mehr als eine freiwillige Vereinbarung. Die Einführung der Quote hat nachweislich als Türöffner in den letzten Jahren zur Erhöhung der Frauenquote in den Führungspositionen der Parteien beigetragen. Mehr Frauen in der Politik bedeutet, nicht immer, aber häufig genug, auch mehr und bessere Politik für Frauen. Warum sollten wir darauf in der Wirtschaft verzichten?

Katerina Lipka
Frauen können alles

Eine Zugfahrt von Hamburg nach München ist fantastisch – innerhalb dieser fünf Stunden kann man wunderbar einen Vortrag vorbereiten. Irgendwann hat mich eine ältere Mitreisende gefragt, was ich da treibe. Auf meine Antwort, eine Physikerin unterwegs zu einer Konferenz zu sein, meinte sie „Ach, das ist doch nichts für eine Frau!“. Das finde ich nicht. Ich bin Physikerin geworden, weil ich viel Spaß an der Mathematik hatte, aber dieses Fach allein zu trocken fand. Hochenergiephysik hat mich besonders fasziniert. Ohne Erkenntnisse der Teilchenphysik wäre das heutige Weltbild – die Entstehung, die Bestandteile und die Entwicklung des Universums – unmöglich. Es ist ein tolles Gefühl, daran beteiligt zu sein, dass sich dieses Weltbild verfeinert und sogar – was noch wichtiger ist – verändert.

Grundlagenforschung am DESY, einem der Institute der Helmholtz-Gemeinschaft, ist heute zum großen Teil mein Lebensinhalt. Als Leiterin eines eigenen Projekts, empfinde ich meinen Job auch als tägliche Herausforderung im Stillen meiner Neugier. DESY – so wie das Forschungsfeld – ist international, nicht in jedem Job lernt man so viele Menschen verschiedener Kulturen kennen. Auch in meiner Arbeitsgruppe: jede/r der fünf Kolleginnen und Kollegen spricht eine andere Muttersprache.

Ich gehöre zu den 18 % des weiblichen wissenschaftlichen Personals am DESY. Physik ist ein männer-dominiertes Umfeld. Eine Frau hat es hier nicht leicht. Das Vor-

© iStockphoto

urteil „Frauen können es nicht“ existiert noch. Die fachliche Kompetenz einer Wissenschaftlerin wird oft in Frage gestellt – unabhängig vom Alter oder beruflicher Erfahrung. Eine Physikerin benötigt viel Stärke und Durchsetzungskraft, um von Kollegen akzeptiert zu werden. DESY verfolgt Gleichstellungspolitik und hilft Frauen sichtbar zu werden. Zum Beispiel werden junge Wissenschaftlerinnen im Rahmen der Emmi-Noether- oder Helmholtz-Nachwuchsgruppen gefördert. So werden auch weibliche Vorbilder für Physikerinnen und Physiker geschaffen.

Ein anderes Problem für berufstätige Frauen ist, Familienleben und Beruf unter einen Hut zu bringen. Mich als junge Mutter betrifft dies auch. Für die Mitarbeiterinnen am DESY gibt es Hilfestellungen: so werden bei befristeten Verträgen die Monate eines Erziehungsurlaubs nicht mitgerechnet, die Möglichkeit der Telearbeit wird angeboten. Im letzten Jahr wurde auf dem Gelände von DESY in Hamburg unter Unterstützung der Helmholtz-Gemeinschaft ein Kindergarten mit Kinderkrippe errichtet. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen – ich auch – lassen die Kinder dort betreuen. Allerdings bedeutet das Leben als Wissenschaftlerin am DESY auch manchmal Arbeit am späten Abend, an Wochenenden oder im Schichtdienst. An dieser Stelle möchte ich mich bei der Christiane-Nüsslein-Stiftung bedanken. Die Stiftung bietet den jungen Wissenschaftlerinnen in experimentellen Bereichen eine finanzielle Unterstützung bei dem Bedarf nach einer zusätzlichen Kinderbetreuung wie z. B. in den Abendstunden an.

Auch wenn es das Eingehen vieler Kompromisse im Familienleben bedeutet: der Beruf einer Wissenschaftlerin ist es wert. An einer Entdeckung beteiligt zu sein, etwas Unverstandenes zu begreifen, ist eine Genugtuung. Dafür lohnt es sich auch immer wieder, um die Akzeptanz der Kollegen zu kämpfen. Und wie nichts anderes erfüllt es eine(n) mit dem Bewusstsein eigener „coolness“.

Annegret Sanders

Frauen in Wirtschaft und Handwerk

Auch 2008 gibt es Lücken in der Emanzipation. Der Skandal Lohnungleichheit macht wütend: 23 % betragen die Unterschiede zwischen Frauen- und Männerlöhnen in Deutschland. Dabei haben Frauen Kompetenz. Fast 55 % aller Abiturientinnen sind Frauen, mit besseren Noten als Männer. Das ist ein Fortschritt, verändert aber nicht die Ungleichheit in den Geschlechterbeziehungen in Wirtschaft und Arbeitswelt. In Deutschland sind nur 2,5 % der Vorstandsposten in 100 untersuchten börsennotierten Unternehmen in Frauenhand- weitaus weniger als in Frankreich, Großbritannien, Spanien oder den skandinavischen Staaten. Managerinnen sind in Deutschland im unteren und mittleren Management zu finden, aber selten als Direktorin oder Abteilungsleiterin. Unter den 50 mächtigsten Wirtschaftsfrauen der Welt (Wirtschaftsmagazin Fortune) gibt es keine Frau deutscher Nationalität.

Auch Unternehmensgründungen von Frauen sind stärker risikobehaftet als die von Männern, weil ihnen die Investoren nicht trauen. Eine Untersuchung aus den USA zeigt: Bei Entscheidungen von Anlegern spielt das Geschlecht des Unternehmers eine wichtige Rolle – der durchschnittliche Investor ist mit geschlechtsspezifischen Vorurteilen behaftet.

Zwei amerikanische Wirtschaftswissenschaftlerinnen erfanden eine neue Aktiengesellschaft, die angeblich auf der Suche nach Geldgebern war. Dieses fiktive Unternehmen priesen sie mit einem Firmenprospekt an. In einem Teil der Prospekte war als Vorstandschef ein seriös aussehender Mann abgebildet. Im anderen Prospekt eine seriöse Frau. Dem Unternehmen, das auf dem Papier von einem Mann geleitet wurde, sprachen die Befragten im Schnitt dreimal so viel Geld zu wie dem Unternehmen mit weiblicher Chefin. Der durchschnittliche Investor erscheint also als ein Mensch mit geschlechtsspezifischen Vorurteilen.

Die Europäische Union und die internationale Wirtschaft wie auch die internationalen Organisationen setzen im Interesse der Zukunftsfähigkeit auf die Talente, Erfahrungen und das Können der Frauen. Das ist nicht negativ. Aber es geht eben nicht um die Durchsetzung der Rechte der Frauen, sondern um ihre ökonomische Verwertbarkeit. Deswegen müssen Frauen nüchtern analysieren und bewerten, woher die neue Begeisterung für das „intelligente“ Wirtschaften durch Frauen kommt und daraus frauenpolitisch intelligente Formeln entwickeln, die den leichten Löhnen und Gewinnen der Frauen ein Ende bereiten. Dazu bedarf es aber der Wertschätzung der Leistungen der Frauen – durch die Gesellschaft, aber auch durch die Frauen selbst. Bescheidenheit und Fleiß sind Tugenden, die selbst Männer anerkennen. Sie reichen aber nicht aus, nachhaltig der Geringschätzung weiblicher Tätigkeit zu entrinnen.

Die Europäische Strategie für Wachstum und Beschäftigung, die für alle EU-Staaten verbindlich ist, will die Erwerbsquote der Frauen auf 60 % steigern und setzt dabei auf weibliches Unternehmertum, auch auf Frauen im Handwerk. Zu den zehn Grund-

sätzen der EU-KMU-Politik zählt auch die Überwindung der geschlechterspezifischen Unterschiede, die es im Handwerk und KMU-Bereich insgesamt gibt. Botschafterinnen für das Unternehmertum von Frauen sollen ernannt werden. Mentoring- und Fördermaßnahmen für Handwerkerinnen und Unternehmerinnen stehen auf der Tagesordnung. Allerdings wird erwartet, dass die sektorielle Konzentration der Frauen auch im Handwerk überwunden wird. Rund 60 % der Beschäftigten im Nahrungsmittelgewerbe sind Frauen. Überproportional ist auch der Anteil der Frauen im Frisör-, Gesundheits- und Kosmetikbereich, Reinigungsgewerbe und bei Chemieprodukten. Besonders begehrte Ausbildungsberufe im Handwerk bleiben Friseurin, Goldschmiedin, Bäckerin, Augenoptikerin, Raumausstatterin, Damenschneiderin. Im Tischlereihandwerk sind nur 7 % der Auszubildenden Frauen, bei den Malern und Lackierern 8,5 %. Beratung ist angesagt, um die Geschlechtertrennung im Handwerk zu überwinden.

Starke Frauen in verarbeitender und handwerklicher Tätigkeit gab es schon lange, weil in früheren Jahrhunderten Hausarbeit nur eine geringe Bedeutung hatte, weil Menschen wenig Kleidung ihr eigen nannten, und die Mahlzeiten meist kalt eingenommen wurden. So waren Frauen als Bäckerinnen tätig, scherten die Schafe und verarbeiteten Flachs und Wolle. Mit der Gründung der Städte konnten viele Bürgerinnen und Bürger ein Gewerbe ausüben, so dass im 12. Jahrhundert in den Steuerlisten der Städte Frauen mit einem Anteil von bis zu 35 % vertreten waren. Auch

© photocase.com

waren im Mittelalter Frauen in viel mehr Berufszweigen vertreten als heute. Daran konnten die an Männerinteressen orientierten Zünfte nicht viel ändern. Gewerbe, in denen Frauen das Monopol hatten, waren auf gleicher Basis organisiert wie die Männer-Betriebe und dem gleichen Reglement unterworfen. Allerdings musste im späten Mittelalter eine Witwe innerhalb von zwei Jahren erneut heiraten, um die Werkstatt ihres Mannes zu behalten.

Während sich heute Frauen auf 20 Ausbildungsberufe konzentrieren, waren es damals 200. Frauen wurden durch die historische Entwicklung und vor allem die Renaissance aus dem Berufsleben verdrängt. Die Beginen in Deutschland, den Niederlanden und Hamburg waren ein Symbol für weibliche Wirtschafts- und Wohngemeinschaften. Eine Art Frauen-Betriebs- oder Gewerbehof ist ein schönes Geschenk für das Jahr 2009. Seit über 20 Jahren fordern ihn die Hamburger Frauenverbände.

Eva Kohlrusch

Medienfrauen in Hamburg

Neu war im letzten Jahrzehnt, dass Frauen die Medienlandschaft zu prägen schienen – mit Journalistinnen wie Anne Will, Sandra Maischberger, Maybrit Illner, Sabine Christiansen. Das ist nun zu vergessen. Die Damen prägen nur den Anblick, ansonsten setzen sie auf Männerdarsteller. Kaum eine Runde, in der nicht die eingeübten Muster der Herrenkultur durchschlagen. Bei Glück schafft es eine vereinzelte Frau in den Polittalk neben vier bis fünf Männern. Überall dieselben sprachlichen Rosetten; die Inhalte veränderten sich nicht. Aber war es das überhaupt, das zu erwarten war, seit bis zu 47 % der Medienpositionen von Frauen besetzt werden?

Feststellung einschlägiger Unterschugen: Einen „weiblichen Journalismus" scheint es (noch) nicht zu geben. Besser wäre wohl zu fragen, ob Frauen denn überhaupt andere Fragen stellen, andere Schwerpunkte setzen, neue Sichtweisen einbringen. Das vorläufige Fazit: Die Strukturen in den Redaktionen sind so, dass es eher Anpassung an Form und Inhalte gibt als eigenwilligere, vielleicht sogar eigenmächtige Darstellungsweisen. Doch schlägt auch zu, dass Männer routinemäßig als die bedeutsameren Menschen eingestuft werden – wie aktuell vom Branchenblatt Medium Magazin, das sein *Journalisten Jahrbuch 2009* ungeniert mit einer unendlichen Reihe von Männernamen bewirbt: „Matthias Döpfner, Heribert Prantl, Klaus Maria Brandauer, Ernst Elitz, Wolf Schneider, Franz Müntefering, Axel Hakke …" Immer noch gilt die feministische Feststellung, dass Frauen nicht automatisch wahrgenommen werden, sondern selber nach Frauenwerken graben müssen.

Besonders auffällig ist die Entwicklung im Internet, speziell im Bereich des Bloggens. Hier bietet sich endlich der Raum, in dem Frauen ganz ohne Barrieren das Wort ergreifen können. Doch – so die Medienwissenschaftlerin Prof. Margreth Lüneborg – auch das Internet „ist per se kein emanzipatorischer Raum". So nutzen zwar junge Frauen das Internet so intensiv wie Männer der gleichen Altersgruppe, aber sie machen sich keinen Namen. Gründe: Männer surfen vorwiegend von einer Website zur nächsten, hinterlassen flapsige Kommentare und produzieren die wertvolle Zahl der Klicks, während sich Frauen eher gezielt Informationen bei Service-Themen holen und dabei unsichtbarer bleiben. Doch wagen sich Mädchen und Frauen auch weniger ostentativ in die Blogger-Szene – aus ewig alter Scheu, die Öffentlichkeit mit sich selbst zu besetzen. Das muss sich ändern.

Der Journalistinnenbund empfiehlt folgende Links, um sich einzubeamen in die „best of"-Liste der Diskutantinnenszene: *TERRES DES FEMMES – Mädchenmannschaft – beziehungsweise weiterdenken – Luise Pusch – Business and Professional Women Germany – Deutscher Frauenrat – Bundesministerium für Frauen – Lizzynet– AVIVA Berlin – Misstilly – watch-salon/ journalistinnenbund.*

Elisabeth von Dücker

Prostitution in Hamburg

Frauenerwerbstätigkeit in Hamburg hieß immer auch schon, in der Prostitution arbeiten. Ob im Gelegenheitsjob, als Teilzeit- oder Vollerwerbsarbeit. Das war – egal ob im 21. oder im 14. Jahrhundert – abhängig von der individuellen Lebenssituation der Frau.

Ein Beispiel aus der Zeit der Industrialisierung, als Prostitution zum städtischen Massenphänomen wurde: 1896 traten die Kaffeeverleserinnen im hamburgschen Hafen in den Streik für höheren Lohn. Als Saisonarbeiterinnen erhielten sie knapp die Hälfte dessen, was männliche Hafenarbeiter als tagweise angeheuerte und niedrig entlohnte Unständige verdienten. Das selbständige Leben der Frauen, die auf den „Kaffeeböden" arbeiteten, konnte nur ein zweiter Arbeitspatz absichern. Und das hieß, wie auch für Dienstmädchen oder Fabrikarbeiterinnen, häufig: unattraktiv bezahlter Zweitjob, Gelegenheits-Sexarbeit oder Ehe?

Die geringen Frauenlöhne waren gemäß der geschlechterhierarchischen Logik als Zubrot für den „Ernährerlohn" zugeschnitten für das geläufige Lebensmodell der „Versorgerehe". Aber auch dann war häufig noch „weibliches Zuverdienen" notwendig, um eine Familie über die Runde zu bringen. So ergänzten Kaffeeverleserinnen mit Sexarbeit ihr Einkommen. Eine Situation, die nicht nur für die Epoche um 1900 zutrifft.

Heute sind in Hamburg schätzungsweise ca. 2.500 Frauen in der Prostitution tätig[1]. Um 1995 waren nach Schätzung der Hamburger Kriminalpolizei ca. 3.-4.000 freie und 1.000 polizeilich registrierte Prostituierte tätig, ca. 60 % von ihnen sind Migrantinnen. Das Hauptmotiv für die Arbeit im Sexbusiness ist Geldverdienen für den Lebensunterhalt wie bei jeder anderen Arbeit auch[2]. Über die Hälfte der Frauen, die anschaffen, haben Kinder, für die sie zu sorgen haben.

Ein aktuelles Beispiel aus Hamburg erzählt Ayscha: Sie kam als 3-Jährige mit ihren Eltern aus der Türkei nach Hamburg, wuchs hier muslimisch auf, heiratete traditionell. Mittlerweile ist sie geschieden und erzieht ihre beiden Kinder alleine. Weil ihr Beruf als ausgebildete Altenpflegerin zu wenig abwirft, begann sie mit Mitte 30 im Nebenjob in einem türkischen Sexclub zu arbeiten. Selbständig, ohne Zuhälter.

Im Gespräch 2006 in der Hamburger „Kaffeeklappe"[3] erzählt Ayscha: „Diesen Job möchte ich nicht lange weitermachen. Hätte ich jetzt keine finanziellen Probleme, würde ich den überhaupt nicht machen. Warum? Weil Frauen in dem Job halt schlecht angesehen werden, die sind ja nicht schlecht, das sind ja auch Menschen. Aber, wenn ich den Job mache, dann fühle ich mich moralisch gesehen manchmal nicht gut, hab Schuldgefühle hinterher. Denke, warum lass ich mich von diesen Menschen anfassen, obwohl ich das gar nicht möchte, nur um Geld zu verdienen. Manchmal fragt mich ein Gast, was kostest du? Dann sage ich, mich kannst du nicht kaufen. Also lange werde ich das nicht machen, das weiß ich.

Von meiner Familie und meinen Freunden weiß keiner von diesem Job. Möchte ich auch nicht. Da kommt diese Moralgeschichte ins

Spiel. Dann heißt es, du bist eine muslimische Frau, warst mal verheiratet, wie kannst du das machen. Unsere Ehre, die Ehre der Familie. Meine Ehre sieht ganz anders aus. Man lebt nicht sein Leben für die anderen. Man wird als muslimische Frau dazu erzogen, darauf trainiert, dass man nur seinem Mann dienen soll.

Mein Arbeitgeber sagt, du bist die erste türkische Frau, die ich als emanzipiert kennen lerne. Ja, ich sage schon, was ich denke, in einem sachlichen, ruhigen Ton. Also ich behandle meine Gäste respektvoll und ich erwarte, von denen auch respektvoll behandelt zu werden."

Gesellschaftliche Diskriminierung und Stigmatisierung erleben viele Prostituierte, so auch Sylvia. Vom Anschaffen auf dem Hamburger Straßenstrich hat sie ihren Sohn und den drogenabhängigen Ehemann ernährt. Jetzt, mit Anfang 50, jüngst geschieden, schafft sie nur noch gelegentlich an.

„Ich habe das 29 Jahre gut verstecken können. Wie man sich dabei fühlt? Das ist so, als wenn man ein Stück im Bauch hat, das nicht heraus kommt. Und das immer und immer drückt irgendwie, weil man sich ewig verstecken, nicht lügen, aber schwindeln muss, was mir überhaupt nicht liegt. Und trotzdem muss man es machen, weil ich mein Kind schützen wollte.

Es gibt immer noch diese Doppelmoral. Anschaffen ist gleich bäh. Man wird als Dreck behandelt, als Schmutz, obwohl es das älteste Gewerbe der Welt ist. Man redet auch nicht darüber. Ich kann hier in der *Kaffeeklappe* darüber reden, aber außerhalb weiß es keiner.

Es müsste sich gesellschaftlich etwas ändern. Dann könnte sich auch gesetzlich etwas ändern. Aber wenn diese Moral nicht weggeht! Das ist wie bei der Ausländerfeindlichkeit: der ist schwarz und damit schlecht, der ist weiß und damit gut. Und so ist das auch in diesem Hurengeschäft. Ich finde, jeder Mensch ist eine Hure. Wenn ich arbeite und mein Arbeitgeber sagt, putz das weg, dann mache ich das, weil ich von ihm Geld kriege. Genauso eine Hure, die macht das nur, wenn sie Geld kriegt. Und ohne macht sie gar nichts. Und so macht das auch jeder Arbeiter und jede Bürotante."

Wir sind Frauen wie andere auch[4], war eine zentrale Perspektive der Internationalen Hurenbewegung. Das *sex workers' movement* startete 1970 in San Francisco. Seine Forderung: Paysex als Arbeit anerkennen, Sexarbeiter/innen mit anderen Erwerbstätigen gleichstellen, ihre soziale und rechtliche Diskriminierung bekämpfen, Respekt einfordern für eine mitten in der Gesellschaft von vielen Männern nachgefragte und dennoch verachtete Arbeit. Die Idee zündete kurz darauf in Westeuropa, die ersten Huren-Selbsthilfe-Projekte entstanden, traditionelle Bilder

gerieten auch in der bundesdeutschen Gesellschaft ins Wanken, Klischees wie das des *gefallenen Mädchens* bröckelten im Zuge von sexueller Libertinage und Enttabuisierung der Prostitution. Im Zusammenspiel von sozialen, politischen und feministischen Bewegungen begannen sich Haltungen, Mentalitäten zu verändern. Nicht zuletzt auch durch die Arbeit von Prostituiertenprojekten wandelte sich der gesellschaftliche Umgang mit Prostitution. Mit dem Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes[5] im Januar 2002 haben Prostituierte auch Rechte, nicht nur Pflichten. Andere Gesetze und Verordnungen jedoch schränken die Prostitution hierzulande immer noch ein.

Zentrales Defizit des Gesetzes: Es gilt nicht für Personen, die von außerhalb der EU einreisen und im Paysex arbeiten wollen. In Medien und öffentlichem Diskurs gibt es häufig eine Begriffsvermixung von Sexarbeit und Zwangsprostitution. Das hat fatale Folgen. Denn die fehlende Trennung zwischen Sexarbeit als Tätigkeit zum Gelderwerb – nicht nur für Migrantinnen – und Menschenhandel zum Zwecke sexueller Ausbeutung rückt Gewalt und Zwang in den Fokus. Und dies stigmatisiert das legitime Arbeitsfeld Sexarbeit sowie ihre Akteur/innen und versperrt den Blick auf ihre Rechte. Ziel m. E. sollte sein, für alle in der Sexdienstleistung Tätigen Arbeitsbedingungen und Gesetze zu verbessern – starke Menschen sind weniger ausbeutungsanfällig.

© iStockphoto

1 Schätzung des Landeskriminalamts 2009. Um 1895 waren nach Schätzung der Hamburger Kriminalpolizei ca. 3.-4.000 freie und 1.000 polizeilich registrierte Prostituierte tätig.

2 Untersuchungsergebniss aktueller Befragungen von Frauen und Männern im Sexgewerbe durch die Soziologin Beate Leopold.

3 Einrichtung des Diakonischen Werkes Hamburg auf St. Pauli. Berät und unterstützt seit 1973 Frauen aus dem Sexgewerbe. Interviews im Buch „Sexarbeit – eine Welt für sich" (Hrsg. Elisabeth v. Dücker, Beate Leopold, Christiane Howe, Museum der Arbeit , edition Freitag, Berlin 2008)

4 Titel des Bestsellers von Pieke Biermann (Untertitel: Prostituierte und ihre Kämpfe. 1980, Reinbeck)

5 Seitdem ist Prostitution in Deutschland nicht mehr sittenwidrig, und es gibt die gesetzliche Möglichkeit, sie in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis auszuüben. In der Regel arbeiten Prostituierte aber nach wie vor im unternehmerischen Sinn als Selbstständige und sind daher für alle mit ihrer Arbeit zusammenhängenden Formalitäten und Verpflichtungen (Steuerzahlung, Krankenversicherung, Altersvorsorge) selbst verantwortlich.

Noch immer tragen Mütter die Hauptlast der Kindererziehung, der Pflege von Familienangehörigen und der Hausarbeit. Frauen mit Kindern sind in geringerem Maße erwerbstätig als Frauen ohne Kinder, bei den Männern ist es umgekehrt. In vielen Familien gibt es das „modifizierte Ernährermodell“: der Mann arbeitet Vollzeit, die Frau Teilzeit. Problematisch sind weiterhin die Betreuungsangebote für Kleinkider. Die EU-Mitgliedstaaten müssen bis zum Jahr 2010 Betreuungsplätze für 90 % der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter und für 33 % der Kinder unter drei Jahren zur Verfügung stellen. Die Kinderbetreuungseinrichtungen sollen erschwinglich, zugänglich und qualitativ hochwertig sein, damit es insbesondere den Frauen ermöglicht wird, in den Arbeitsmarkt einzutreten bzw. erwerbstätig zu bleiben. Außerdem hat die Europäische Union die Mitgliedstaaten und die jeweiligen Sozialpartner aufgefordert, Männer zu motivieren, sich stärker an der Kinderbetreuung und den familiären Aufgaben zu beteiligen. Das Elterngeld, das seit dem 1. Januar 2007 beantragt werden kann, wird in Hamburg gut angenommen. Den höchsten Anteil von Vätern, die Elterngeld beantragt haben, gibt es in Berlin, Brandenburg, Bayern und Hamburg.

Ursula von der Leyen
Vereinbarkeit von Beruf und Familienarbeit

© photocase.com

Die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Beruf ist schon lange keine reine Frauenfrage mehr. Viele Mütter – und immer mehr engagierte Väter – möchten Familie und Beruf so vereinbaren, dass beide Eltern Zeit für Kinder haben und beide im Berufsleben aktiv bleiben können. So wie sich Frauen und Männer im Beruf auf Augenhöhe begegnen, erwarten junge Frauen von ihren Partnern aktive Unterstützung in der Familie und bei der Kindererziehung. Das ist auch der Wunsch der Väter. Sie wollen in erster Linie Erzieher und nicht nur Ernährer ihrer Kinder sein. Sie wollen ihre Kinder aufwachsen sehen und die großen und kleinen Katastrophen des Alltags teilen. Gleichzeitig sagen 70 % der Väter: Beruflich für die Familie kürzer treten – da macht der Betrieb nicht mit.

Mütter und Väter haben leider auch heute viel zu oft keine echte Wahlfreiheit. Entgegen ihrer Wünsche, Zeit für ihre Kinder und Zeit für ihre Arbeit in Einklang zu bringen, müssen sie eine Entweder-oder-Entscheidung treffen. Die Konsequenz ist oft der Verzicht auf Kinder – oder der Verzicht auf den Beruf, wodurch wertvolle Talente, Fachkräfte und ihre Kompetenzen verloren gehen.

Hier muss Gleichstellungspolitik ansetzen. Denn Ziel guter Gleichstellungspolitik ist eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer ihre Lebenspläne jenseits von Zwängen, die durch starre Rollen ausgeübt werden, verwirklichen können.

Mit dem Elterngeld und seinen Partnermonaten betonen wir stärker die Verantwortung der Väter – ein echter Perspektivwechsel. Und die Väter nehmen das Elterngeld an. Vor anderthalb Jahren nahmen sich nur 3,5 % aller Väter eine berufliche Auszeit nach der Geburt ihres Kindes. Heute sind wir bei 16 % – Tendenz weiter steigend. Denn mit den Partnermonaten im Elterngeld haben die Väter ein starkes Argument auf ihrer Seite: Diese Monate können nur sie nehmen.

Auch mit dem nun vereinbarten Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren bis zum Jahr 2013 wird ein Quantensprung gelingen. Wenn in fünf Jahren für ein Drittel der kleinen Kinder und ihren Eltern gute und sichere Betreuungsangebote zur Verfügung stehen, gibt es endlich für junge Eltern Wahlfreiheit anstelle der Alternativentscheidung „Kind oder Karriere“.

Wir sind auf einem guten Weg, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Thema für Männer und Frauen wird. Allerdings muss sich hier noch einiges in den Köpfen – vor allem in den Köpfen von Betrieben und Unternehmen – bewegen.

Christiane Blömeke

Familie planen

Hamburg hat mit der Einführung des erweiterten Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung bereits einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geleistet. Kinder berufstätiger Eltern haben von Geburt an bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres einen Anspruch auf Betreuung in dem zeitlichen Umfang, in dem die Eltern die Betreuung nicht selbst übernehmen können. Bundesweit ist Hamburg mit diesem Rechtsanspruch bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf führend. Dennoch ist das kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen.

Viele Mütter und Väter arbeiten im Schichtdienst. Die längeren Öffnungszeiten im Einzelhandel machen – gerade auch bei Alleinerziehenden – Betreuungszeiten am frühen Morgen oder späten Abend notwendig. Die GAL sieht hier die Notwendigkeit, die Betreuungszeiten in den Kindertageseinrichtungen noch besser an die Bedürfnisse dieser Familien anzupassen.

Neben der Betreuung von Kindern in privaten oder städtischen Kitas, setzt sich die GAL auch für einen Ausbau von Betriebskindergärten ein. Hier lässt sich Kinderbetreuung mit den Anforderungen an den Beruf optimal verbinden, da zusätzliche Fahrtwege wegfallen. Aufgabe der schwarz-grünen Regierung in Hamburg wird es auch zukünftig sein, bei Betrieben für mehr Bereitschaft zur Schaffung von Betriebskindergärten zu werben.

Bei aller Diskussion um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es aber aus Sicht der GAL wichtig, das Wohl der Kinder in den Mittelpunkt zu stellen. So dürfen flexiblere Betreuungszeiten nicht zu Lasten der Betreuungskontinuität für die Kinder gehen. Kritisch wird es auch, wenn die Berufstätigkeit einen Betreuungsumfang von 12 und mehr Stunden erforderlich macht. Dann stößt nicht nur die Kinderbetreuung an ihre Grenzen, sondern es bleibt auch fraglich, ob dem Wohl des Kindes ausreichend Rechnung getragen wird. Hier sehe ich Gesellschaft und Wirtschaft in der Verpflichtung. Für die Zukunft muss gelten, dass Teilzeitarbeit auch in Führungspositionen möglich gemacht wird.

Wir Grüne wollen eine persönlich planbare Aufteilung der Arbeitszeit, die es Eltern ermöglicht, sowohl weiter zu arbeiten, als auch Zeit mit ihren Kindern zu verbringen. Die Fixierung auf Vollzeiterwerbstätigkeit muss aufgebrochen und die Akzeptanz von Männern, die sich für Teilzeitarbeit entscheiden, verstärkt werden.

Das Elterngeld mit den zwei sogenannten Vätermonaten ist nur ein erster Schritt. Viel wichtiger ist es, die Kinder auch beim Älterwerden begleiten zu können. Dafür benötigten Eltern Zeit. Wir brauchen also in Zukunft einen Mix aus flexiblen Angeboten der Kinderbetreuung, persönlich planbaren Arbeitszeiten sowie mehr Akzeptanz in Gesellschaft und Wirtschaft für den Wunsch von Müttern und Vätern, Kindererziehung gleichberechtigt zu meistern.

Friederike Föcking

Von „Babyboom“ zu „Plötzlich Papa“?

Wenn man Filmen glauben darf, dann ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familienarbeit wirklich keine Frauenfrage mehr: Im Spielfilm „Babyboom“ von 1987 war es noch eine New Yorker Karrierefrau, die ein Baby quasi erbte und plötzlich den Spagat zwischen anspruchsvollem PR-Job und Verantwortung für eine kleine Tochter meistern musste. In einer neuen deutschen Fernsehserie wird ein erfolgreicher Rechtsanwalt „Plötzlich Papa“. Jetzt alleinerziehend hat er nicht nur mit den Anwälten der Gegenseite, sondern auch mit Windeln zu kämpfen. Nicht ganz freiwillig wird er lernen, dass man(n) nicht nur Kinder hat, sondern auch Zeit für diese Kinder haben sollte und möchte – eine Erkenntnis, die den meisten erwerbstätigen Müttern seit eh und je geläufig ist.

Tatsächlich weist die mediale Aufmerksamkeit für die „neuen Väter“ darauf hin, dass die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit auch für viele Männer ein Thema geworden ist. Die überraschend hohe Inanspruchnahme des Elterngeldes auch durch Väter ist dafür ebenso ein Indiz wie neuere Studien, wonach immer mehr Männer zumindest engagierte Väter sein wollen.

Mindestens ebenso wichtig ist aber etwas anderes: Die Vereinbarkeit ist eine öffentliche Frage geworden. Wurde lange Zeit erwartet, dass Eltern das Problem bitteschön allein und von Fall zu Fall zu lösen hätten, so hat spätestens der demographische Wandel auch einen Wandel des Bewusstseins eingeleitet: Wo Kinder und damit künftige Rentenzahler fehlen, wo der drohende Fachkräftemangel nur mit Hilfe qualifizierter Frauen eingedämmt werden kann, da interessiert es auf einmal eine breite Öffentlichkeit, wie Familien Erwerbstätigkeit und Fürsorge für Kinder (übrigens auch für pflegebedürftige Angehörige) miteinander vereinbaren können.

Was von Alt-Kanzler Gerhard Schröder noch schnöde als „Gedöns“ abgetan wurde, steht plötzlich ganz oben auf der politischen Tagesordnung. Denn die Politik kann die Vereinbarkeit dieser Bereiche deutlich erleichtern helfen, insbesondere durch die Schaffung hochwertiger und passgenauer Betreuungsangebote für die Kinder. Sie ermöglichen es jungen Frauen und Männern, ihre Qualifikationen ins Erwerbsleben einzubringen und sich zugleich für die Gründung einer Familie überhaupt zu entscheiden. Auf Initiative von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) unterstützt der Bund deshalb die Länder beim Ausbau der Kinderbetreuung mit insgesamt vier Mrd. Euro, damit es 2013 für jedes dritte Kind unter drei Jahren eine Betreuungsmöglichkeit gibt.

Hamburg hat unter Ole von Beust die Kinderbetreuung und insbesondere den Rechtsanspruch für Kinder berufstätiger Eltern auf einen Kita-Platz bereits massiv ausgebaut und damit unter den westlichen Bundesländern eine Vorreiterrolle übernommen. So wird in

© iStockphoto

Hamburg schon jetzt nahezu jedes vierte Kind in einer Krippe betreut.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist aber nicht zuletzt eine Frage der Wirtschaft: Wie das „audit berufundfamilie“ der Hertie-Stiftung zeigt, erkennen immer mehr, insbesondere mittelständische Unternehmen, dass familienfreundliche Arbeits- und Urlaubszeiten, Arbeitszeitkonten, Telearbeit, die betriebliche Sorge um Kita-Plätze, familienfreundliches Führungsverhalten usw. wichtig sind im Wettbewerb um qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Um diesen Gedanken zu fördern, verleiht die „Hamburger Allianz für Familien“ seit einigen Jahren das Hamburger Familiensiegel an familienfreundliche Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeitern.

Das Problem der Vereinbarkeit von Familienarbeit und Beruf wird in Zukunft also nicht mehr nur individuell und insbesondere von den Frauen gelöst werden müssen. Die Form der Vereinbarkeit hingegen, die Wahl zwischen verschiedenen Möglichkeiten der Betreuung einschließlich derjenigen durch einen Elternteil selbst, müssen individuell zu entscheiden bleiben. Denn eines bleibt die Frage der Vereinbarkeit auch weiterhin: eine Frage des Wohls der Kinder.

Carola Veit
Mehr Partnerschaft gefordert

Dass das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben“ noch eines ist, mag Puristinnen verwundern: Sind wir nicht der Meinung, dass „Familie“ keine Frauensache ist, sondern die Väter genauso betrifft?

Doch, so sollte es sein – aber die Realität sieht häufig immer noch anders aus. Es sind nach wie vor hauptsächlich die Frauen, die sich verantwortlich fühlen und sich um's Großwerden der Kinder kümmern. Die Frauenerwerbsquote in Deutschland ist im europäischen Vergleich immer noch niedrig – und Teilzeitarbeit dabei besonders häufig.

Das Elterngeld, das SPD-Familienministerin Renate Schmidt erfunden hat, sorgt in manchen Familien für kleine Veränderungen– nicht nur, weil es das „Finanzrisiko Kind“ gerade in der Anfangszeit abmildert. Mehr Väter als zuvor sind bereit, bei Geburt ihres Kindes wenigstens für ein paar Wochen oder Monate ihre Berufstätigkeit zugunsten der Familie zurückzustellen. Das ist ein Fortschritt, aber eben auch nur ein Schritt auf dem Weg zu einer wirklich partnerschaftlichen Aufgabenteilung.

Und auch der Ausbau der staatlich geförderten Kinderbetreuung trägt zu einer besseren Vereinbarkeit bei. Es gibt in Hamburg einen bis zu zwölfstündigen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung (täglich), soweit die Berufstätigkeit es erfordert. Es war ein kleines

Kunststück der SPD, dies in Hamburg aus der Opposition heraus und gegen den Senat durchzusetzen. Seitdem wächst die Anzahl der Kita-Plätze stetig – darauf sind wir stolz.

Und doch: Staatliche Maßnahmen sind das Eine. Der gesellschaftliche Konsens, dass das Heranziehen, das gesunde Aufwachsen und die Bildung der nächsten Generation für die Entwicklung des Landes ebenso wichtige Voraussetzungen sind wie die Entwicklung der Wirtschaft oder der sonstigen Infrastruktur, ist das Andere.

Da bleibt viel zu tun, das ist eine ständige Aufgabe. Die wichtigste für unsere Zukunft, glaube ich – und das nicht nur, weil ich familienpolitische Sprecherin meiner Fraktion bin.

Kinder brauchen Zeit – nicht nur im Kindergarten oder der Schule, sie brauchen auch die Zeit, Liebe und Aufmerksamkeit ihrer Eltern. Und so sind es häufig die kleinen und großen Alltäglichkeiten, die ein Leben mit (mehreren) Kindern und einem 45-Stunden-Job eben nicht auf Dauer vereinbar machen.

Die tonangebenden großen Wirtschaftslenker unseres Landes sehen das – allen Lippenbekenntnissen zum Trotz – in der Praxis bis heute meistens anders.

Wenn sie von Flexibilität reden, dann meinen sie zumeist die Flexibilität der Beschäftigten: Bis hin zu der Flexibilität von

© photocase.com

Supermarkt-Kassiererinnen, von denen verlangt wird, dass sie zu Hause am Telefon sitzen und darauf warten, an die Kasse gerufen zu werden. *Diese* Flexibilität gilt als selbstverständlich – die umgekehrte Flexibilität, die es der angestellten Mutter ermöglicht, ihre Arbeitszeit an die Bedürfnisse der Kinder anzupassen, gibt es bis heute kaum. Wo Frauen sie im Rahmen der gesetzlichen Regelungen einfordern, müssen sie oft genug dafür mit beruflichen Einbußen bezahlen. Trotz guter Betreuungsmöglichkeiten: Kinder, um die sich ohne Wenn und Aber gekümmert wird, wenn sie es brauchen, sind bis heute ein Karrierehemmnis. Übrigens nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik.

Hier bleibt viel zu tun. Optimistisch stimmt, dass dies inzwischen von vielen so gesehen wird. Von Frauen, aber zunehmend auch von Männern.

Marlies Brouwers

Nicht nur die Sache der Frauen!

Die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde lange Zeit in der Weise gelöst, dass Frauen ihren Beruf zugunsten der Familie einschränkten oder sogar ganz aufgaben. Heute aber verstehen wir unter Vereinbarkeit, dass es Müttern und Vätern gemeinsam möglich ist, Kindererziehung und Berufstätigkeit sowie anfallende familienbezogene Aufgaben organisatorisch und auch zeitlich in Einklang zu bringen. In den letzten Jahren wurde nun von den Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dringender Handlungsbedarf erkannt. Es galt und gilt jetzt also zu klären, welche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen.

Als eine der wichtigsten Maßnahmen wird bei Umfragen fast immer die Verbesserung der Kinderbetreuung genannt. Ganz oben auf der Wunschliste steht die Ganztagsbetreuung in Kindergärten und Schulen, dicht gefolgt von einer Flexibilisierung der Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die ausdrückliche Unterstützung der Kinderbetreuung durch die Unternehmen. Damit verbunden ist der Wunsch nach neuen Arbeitszeitmodellen, wie z. B. flexiblere Arbeitszeiten oder die Möglichkeit, den Arbeitsort zu wählen. Vorübergehende Reduzierung der Arbeitszeit oder Arbeitszeitkonten sind ebenfalls familienfreundliche Maßnahmen, die Unternehmen sowohl Vätern als auch Müttern anbieten können.

Zwar wird die Elternzeit, die sowohl Vätern als auch Müttern offen steht, noch überwiegend von Frauen in Anspruch genommen, doch macht sich hier mittlerweile ein erfreuliches Umdenken bemerkbar, zumal immer mehr Betriebe und Unternehmen Maßnahmen zur Elternförderung anbieten und während der Elternzeit den Kontakt zu ihren Beschäftigten aufrecht erhalten. Zu lange Elternzeiten bergen allerdings auch Risiken, die nicht zu unterschätzen sind.

Folgen wie Entgeltungleichheit, Dequalifizierung und auch verminderte Rentenansprüche im Alter können durch sinnvolle Rückkehrprogramme aufgefangen werden. Studien haben gezeigt, dass in Betrieben, die Elternförderung anbieten, anteilig mehr Frauen und Mütter beschäftigt und auch häufiger weibliche Führungskräfte anzutreffen sind. Trotzdem muss der Spagat zwischen Familie und Beruf immer noch hauptsächlich von Frauen geleistet werden.

Weil – wenn Frauen berufstätig sind – bisher die berufliche und die familiäre Arbeit nicht etwa gerechter verteilt wird, sondern die Mehrbelastung meist einseitig zu Lasten der Frauen geht, muss die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Zukunft auch verstärkt ein Thema für männliche Beschäftigte sein.

Ein Anfang ist mit dem neu eingeführten Elterngeld gemacht. Es ist nur ein Schritt von vielen weiteren, aber in die richtige Richtung.

Monika Bullinger

Geschlecht und Gesundheit

Das Thema „Geschlecht und Gesundheit" wurde sowohl in der medizinischen Praxis als auch in der Therapieforschung bisher eher stiefmütterlich behandelt. Nur wenige Forscherinnen haben sich mit dem Thema befasst und stellen Fragen wie: „Sind Frauen gesünder als Männer?", „Was macht Frauen krank?", „Frauen sind häufiger psychosomatisch krank, warum eigentlich?" Im Frauengesundheitsbericht der Berliner Arbeitsgruppe um Frau Professorin Maschewski-Schneider sind viele dieser Fragen aufgegriffen und beleuchtet worden

Dokumentiert ist, dass das medizinische System unterschiedlich mit Männern und Frauen umgeht: in der Diagnostik (häufigere Vergabe unspezifischer Diagnosen bei Frauen), bei der Behandlung (Unterrepräsentation von Frauen bei bestimmten Interventionen, wie z. B. Herzoperationen) und in der Forschung (Ausklammerung von Frauen aus klinischen Studien). Vermutet wird, dass zwischen Frauen und Männern Unterschiede bestehen hinsichtlich ihrer Gesundheitskonzepte, Symptomwahrnehmung, ärztlichen Inanspruchnahme und der Art ihrer Symptomatik, z. B. in der Äußerung von Befindlichkeitsstörungen.

Die Frage nach der Frauengesundheit ist relevant aus drei Gründen:

1. Ist es erklärtes Ziel der Frauengesundheitsforschung, den Gesundheitszustand von Frauen positiv zu beeinflussen? Es ist ein gesundheits- und sozialpolitisches Anliegen, den Gesundheitszustand von Frauen nicht nur zu untersuchen und zu dokumentieren, sondern auch zu verbessern.
2. Ist es wichtig, die Unterschiedlichkeit von Konzeptionen zur Gesundheit bei Männern und Frauen zu untersuchen und in diesem Zusammenhang auch psychosoziale Determinanten von Gesundheit zu identifizieren, die im Rahmen von psychosozialen Programmen für die Prävention, die Therapie und die Rehabilitation genutzt werden können?
3. Haben Frauen Multiplikatorfunktion im Gesundheitsbereich, in dem ihre Rolle im Laiensystem für die Zuweisung und Diagnostik von Gesundheitsstörungen von besonderer Bedeutung ist? Dies gilt auch für ihre Rolle in der Entstehung von Gesundheitskonzepten und im Gesundheitsverhalten ihrer Kinder.

Im Vordergrund der noch jungen Frauengesundheitsforschung stehen bisher die klassischen schulmedizinischen Indikatoren des Gesundheitszustands, nämlich Lebenserwartung, bzw. Mortalität, Morbidität und Symptomatik. In jüngerer Zeit wurden diese klassischen Gesundheitsindikatoren in der Medizin hinterfragt. Zunehmend wurde anerkannt, dass Gesundheit entsprechend der WHO-Definition mehr als Abwesenheit von Erkrankung ist und dass sie nicht nur körperliches, sondern auch mentales und soziales Wohlbefinden mit einschließt. Des Weiteren setzte sich die Erkenntnis durch, dass die subjektive Bewertung und Beurteilung von Ge-

sundheit von Bedeutung ist, d. h. die eigene Sicht der Betroffenen über die Auswirkungen von Erkrankung und Behandlung auf den eigenen Lebenszusammenhang. Als Oberbegriff für diese Hinwendung zu subjektiven Aspekten in der Gesundheitswahrnehmung hat sich der Begriff der „gesundheitsbezogenen Lebensqualität" etabliert.

Beim Thema Frauengesundheitsforschung geht es um den Einfluss sozialer Variablen auf die subjektive Gesundheit. Von Interesse ist, ob und wie sich Frauen von Männern in ihrer subjektiven Gesundheit unterscheiden und welche Faktoren für eventuelle Unterschiede verantwortlich sind;

Handlungsrelevant sind die Ergebnisse dann, wenn sich aus ihnen z. B. Präventionskonzepte oder auch Empfehlungen für die Behandlung erkrankter Frauen ableiten lassen (z. B. Aufklärung oder psychosoziale Therapieangebote etc.).

Was man bisher über die subjektive Gesundheit von Frauen aus epidemiologischen Untersuchungen (an gesunden Frauen) und klinischen Untersuchungen (an erkrankten Frauen) weiß, ist folgendes:

1. Gesunde Frauen sind mit mehr Lebensbereichen unzufrieden und sie bewerten ihre subjektive Gesundheit schlechter als Männer. Vor der Pubertät geht es den Mädchen besser, danach aber deutlich schlechter und dieser Unterschied gleicht sich erst im höheren Alter wieder etwas an.
2. Es ergeben sich weniger deutliche Unterschiede zwischen erkrankten Frauen und erkrankten Männern in der subjektiven Gesundheit, wobei hier die Erkrankung offenbar einen größeren Einfluss auf die Lebensqualität hat als das Geschlecht.
3. Der Einfluss von sozialen Faktoren auf die subjektive Gesundheit ist bei Gesunden und bei Erkrankten vorhanden und hauptsächlich hinsichtlich des Alters, der Berufstätigkeit und des Bildungsstands ausgeprägt. Bei gesunden Frauen scheint die Berufstätigkeit mit höherer Lebensqualität verbunden zu sein, wobei hier Teilzeit- protektiver als Vollzeitarbeit ist. Dagegen ist z. B. für Migränepatientinnen die Berufstätigkeit eher ein Belastungsfaktor bezüglich ihrer Lebensqualität.
4. Frauen sind mehr als Männer durch Vollzeit-Berufstätigkeit, Versorgung des Partners und höheres Alter in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt. Besonders für die erkrankten Frauen zeigen sich deutliche Einflüsse höheren Alters, geringerer Schulbildung und fehlender Berufstätigkeit auf die Lebensqualität. Es zeigt sich auch, dass „allein versus mit Partner zu leben" einen Einfluss auf die subjektive Gesundheit von Frauen hat, allerdings in Abhängigkeit von der Art der Erkrankung.
5. Psychosoziale Faktoren, wie Krankheitsbewältigung, soziale Unterstützung, Zufriedenheit mit Partnerschaft, Familie, Arbeitsstress, Lebensereignisse, Alltagsbelastungen und persönliche Reaktionsweisen erklären Unterschiede in der subjektiven Gesundheit von Frauen und von Männern.

Zusammenfassend legen die Ergebnisse vieler Studien nahe, dass Geschlechtsunterschiede in der subjektiven Gesundheit auf individuellen Faktoren (wie z. B. kognitiven Gesundheits-Konzepten, Gesundheitsverhalten und Krankheitsbewältigung) und strukturellen Faktoren (Lebenssituation, Charakteristika der Erkrankung, Zugang zur Versorgung) beruhen.

Um ein angemessen differenziertes Bild von der gesundheitsbezogenen Lebensqualität von Frauen, auch im Vergleich zu Männern, zu erhalten, ist es notwendig, Messinstrumente zur Erfassung der gesundheitsbezogenen Lebensqualität auf ihre Relevanz für den weiblichen Lebenszusammenhang zu prüfen. Wichtig ist auch, nicht nur auf Geschlechtsdifferenzen zu fokussieren, sondern jeweils innerhalb der Gruppe von Frauen bzw. Männern die subjektive Gesundheit methodisch adäquat unter Berücksichtigung psychosozialer Einflussfaktoren und in Hinblick auch auf Ressourcen zu untersuchen. Dies wird, neben der geschlechtsdifferenzierten Analyse der Diagnostik und der Versorgung, die Zielrichtung der zukünftigen Frauengesundheitsforschung sein.

Franziska Holz, Regina Jürgens, Berit Köhler

Hamburg (k)ein Ort für Frauengesundheit?

2001 wurden von der Hamburger ExpertInnenkommission *Empfehlungen für die Verbesserung der Frauengesundheit* erarbeitet und liegen seitdem ungenutzt im Schrank. Eine Initiativgruppe hat sich daran gemacht, diese nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und sie in ein Aktionsprogramm übertragen. Dieses Programm besteht aus drei aufeinander aufbauenden Schritten und ist sofort umsetzbar.

HAMBURG braucht

1. ein FORUM Frauen & Gesundheit für die Kompetenzbündelung, Lobby und Koordination der Gesundheitsvielfalt
2. eine WEBSITE als Informationsportal: Aktuelles zur Frauengesundheit
3. einen ORT, ein Dienstleistungszentrum, um frauenspezifische Angebote zusammenzuführen, Zugangsbarrieren abzubauen und Versorgungslücken zu schließen.

FORUM »Frauen & Gesundheit«

Frauengesundheit braucht Information, Transparenz und Kommunikation: Diese Herausforderung wird mit der Gründung eines FORUMs »Frauen & Gesundheit« verfolgt. Eine geschlechtersensible Gesundheitsförderung und Krankheitsversorgung soll erreicht werden durch die Bündelung vorhandener Kompetenzen. Wie das Bremer Modell zeigt, soll das Hamburger FORUM den fachüber-

greifenden Dialog und Vernetzungsstrukturen aufbauen.

Am FORUM nehmen Fachfrauen als Professionelle ihres Arbeitszusammenhangs teil, VertreterInnen von Beratungsstellen, Bildungseinrichtungen, Frauenprojekten, Fach- und Berufsverbänden, Kliniken, Heimen, Betrieben, Ärzte- und Arbeitnehmerkammern, Krankenkassen und Behörden – aus den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wissenschaft und Soziales. Das FORUM soll Lobby für Fraueninteressen im Gesundheitswesen werden. In dem Fachgremium wird Frauengesundheit interdisziplinär diskutiert, dadurch werden frauengemäße Alternativen als Handlungs- und Entscheidungsanleitung mit einbezogen. Dies soll für die Praxis gesundheitlicher Versorgung entwickelt werden und auch für Politik-Beratung nutzbar sein.

Das Frauengesundheitsportal Hamburg

Frauengesundheit braucht eine Adresse: Das Informationsportal soll eine virtuelle Plattform für interessierte Frauen und Männer, Fachleute, Patientinnen/Patienten oder Laien sein und so den unkomplizierten Zugang zu gesicherter Gesundheitsinformation sichern. „Informationen über Gesundheitsthemen und –dienstleistungen gibt es in Hamburg in großer Zahl und unterschiedlicher Qualität an vielen Orten in dieser Stadt …“– so die Bestandsaufnahme 2001. Das Frauengesundheitsportal informiert über in Hamburg und Umland vorhandene Beratungs-, Vorsorge- und Behandlungseinrichtungen. Ressourcenorientiert wird somit Fachwissen aus dem professionellen und ehrenamtlichen Sektor dargestellt. Das Andocken an bestehende Portale beispielsweise www.hamburg.de ist beabsichtigt.

Frauengesundheit braucht einen Ort

Die Angebote müssen nicht nur medial abrufbar, sondern auch „begehbar“ sein. Das Pendant zur virtuellen Frauengesundheitsinformation ist *ein realer Ort für Frauengesundheit,* an dem Informationen und wichtige frauenspezifische Beratungen und Behandlungen zusammen angeboten werden.

Im Rahmen eines *medizinischen Kompetenzzentrums für Frauengesundheit* können ÄrztInnen verschiedener Fachrichtungen, PsychotherapeutInnen zusammen mit anderen Gesundheitsfachberufen und dem stationären Sektor zusammen arbeiten. Der Ratsuchenden/der Patientin wird Beratung/Behandlung durch ein multiprofessionelles Team ermöglicht. im Mittelpunkt des Handelns steht immer die Frau in ihrer Gesamtheit. Spezifisches Fachwissen wie Patienten-, Schuldner-, Sucht-, Sozialberatung, Schwangerschaftskonfliktberatung wird durch Vernetzung mit externen Anbietern angeboten. Die vorhandenen Strukturen werden so

© photocase.com

genutzt und ergänzt. Dezentrale, niedrig schwellige Angebote, bei denen Prävention und Befähigung von sozial benachteiligten Menschen zu gesundheitsbewusstem Handeln im Mittelpunkt stehen, sind das Ziel.

Erste Aufgabe des FORUMs Frauen & Gesundheit soll die Entwicklung des für Hamburg passenden Modells der Kompetenzbündelung für Frauengesundheit sein.

Ingrid Mühlhauser

Informationen für Patientinnen

Seit Anfang der 90er Jahre hat mit der Einführung der Evidenz-basierten Medizin (EbM) ein Paradigmenwechsel in der Medizin stattgefunden. Das traditionell erfahrungs- und expertenorientierte Handeln der Ärzte soll auf einer wissenschaftlichen Basis verankert werden. Patientinnen und Patienten sollen sich verstärkt an Entscheidungen beteiligen. Allzu oft hatten Erfahrungen getäuscht und Experten geirrt. Zudem unterstützt der weltweite Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu medizinischen Informationen über das Internet deren berechtigte Bestrebungen vermehrt in Entscheidungen zu Gesundheits- und Krankheitsfragen eingebunden zu werden. Insbesondere Frauen ist der Zugangsprozess wichtig.

Zwischen dem Anspruch der Patientinnen auf qualitativ hochwertige, wissenschaftsbasierte Informationen und dem tatsächlichen Angebot besteht eine immer noch große Kluft. Obwohl es eine verwirrende Vielfalt an Informationen gibt, die Patientinnen adressieren, sind diese von unterschiedlichsten Interessen geleitet und erfüllen nur ausnahmsweise die notwendigen Qualitätskriterien. Die Informationen bezwecken häufig primär, die sog. Therapietreue der Patientinnen zu erhöhen. Die Botschaften sind überredend, appellierend und sollen überzeugen. Die Inhalte zeichnen sich folglich durch Verzerrung aus.

Der Anspruch auf vollständige und balancierte Information auf Basis der wissenschaftlichen Erkenntnisse ist in den europäischen Patientenrechten als ethische Norm verbrieft.

Die britische Ärzteschaft hat bereits 1998 in Ethischen Leitlinien klare Vorgaben definiert, wie der Prozess der Entscheidungsfindung zwischen „Arzt und Patient" gestaltet werden soll und welche Informationen, wie und wann präsentiert, den Patientinnen zustehen.

Die umfassende Information über Nutzen und Schaden von medizinischen oder gesundheitsorientierten Maßnahmen soll Patientinnen bzw. Gesunden ermöglichen, die Auswahl einer der verfügbaren Optionen, einschließlich der Nicht-Intervention, (mit-) zu bestimmen. Besondere Bedeutung haben *Evidence-based Patient/Consumer Choice* und *Shared Decision Making* für medizinische Interventionen, deren Nutzen gering, unsicher oder mit relevanten Nebenwirkungen verbunden ist. Die Nicht-Inanspruchnahme von diagnostischen, präventiven oder therapeutischen Maßnahmen ist hierbei ausdrücklich vorgesehen. Diese Form der Miteinbeziehung von Patientinnen bzw. Bürgerinnen geht weit über traditionelle Konzepte von Patientinneneinverständnis hinaus. Beispiele für medizinische Bereiche für die solche Verfahren Relevanz haben, sind Präventionsmaßnahmen, Behandlung von Risikofaktoren, Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen, aber auch Therapien von bösartigen (Krebs-)Erkrankungen oder anderen chronischen Erkrankungen. Die Umsetzung dieser Konzepte ist trotz Forderung von Patientinnen und Bürgerinnen bisher nur ansatzweise erfolgt. Wichtige Kompetenzen hierfür fehlen jedoch.

Ärztinnen und Ärzte sind in der entsprechenden Kommunikation nicht geschult. Patientinnen und Bürgerinnen sind auf eine kritische Auseinandersetzung und Bewertung diagnostischer, präventiver und therapeutischer Verfahren nicht vorbereitet. Eine Kompetenzsteigerung, die auf Autonomie und informierte Entscheidung abzielt müsste schon früh ein kritisches Verständnis von Wissenschaft und im Besonderen von Gesundheitswissenschaft und Medizin fördern. Ein Grundverständnis der Bedeutung der Wissenschaftsbasierung von Informationen zu Gesundheits- und Krankheitsfragen ist unverzichtbar. Diese Kompetenzen im Sinne einer kritischen Gesundheitsbildung (*Critical Health Literacy*) sind bisher nicht Bestandteil von Bildung.

Der Erwerb von Kompetenzen, die das Maß an Selbstbestimmung über die Gesundheit erhöhen, setzt eine Verknüpfung von Gesundheitsbildung mit dem Konzept der EbM voraus. An der Universität Hamburg wurden erstmals im deutschsprachigen Raum Schulungen in wissenschaftlicher Kompetenz für Patientinnen / Patienten- und Verbraucherinnen / Verbrauchervertreter durchgeführt und weiter entwickelt.

Auch ein Pilotprojekt, ebm@school, für Schüler der 11. Jahrgangsstufe Allgemeinbildender Schulen wurde erfolgreich abgeschlossen. Letztlich soll damit das bestehende Machtgefälle zwischen Nutzerinnen und Anbietern im Gesundheitssystem abgebaut werden.

Elfie Mayer, Bärbel Ribbert

Sexuelle Selbstbestimmung der Frau

Heutzutage wird das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung in der öffentlichen Diskussion in Deutschland jeder Frau zugesprochen. Aber ist es praktisch tatsächlich umgesetzt? Was hat sich rückblickend verändert?

„Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine" konstatierten selbstbewusst die Frauen der zweiten Frauenbewegung und kippten damit auch das traditionelle Rollenverständnis. Die Entwicklung der Pille als Verhütungsmittel galt als Meilenstein im Prozess der sexuellen Selbstbestimmung, Frauen konnten nun aktiv die Familienplanung gestalten. Der Kampf um die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs war eine in diesem Kontext weitere zentrale Forderung. Waren zuvor außerehelicher Geschlechtsverkehr und Homosexualität gesellschaftlich geächtet, wurde im Zuge der sexuellen Revolution scheinbar alles möglich. Mit der Frauenbewegung wurde die Sexualität der Frau thematisiert und männliche Dominanz und patriarchalische Strukturen wahrgenommen, diskutiert und bekämpft.

Kennzeichnend seit den neunziger Jahren ist die mit Verhandlungsmoral (Schmidt, Gunther: Das große Der, Die Das, Über die Modernisierung des Sexuellen, Psychosozial Verlag 2005) bezeichnete Beschreibung der sexuellen Verhältnisse. Unterschiedliche Lebensentwürfe existieren seither parallel, jede und jeder darf sich nach eigenen Wünschen und Vorlieben sexuell ausleben, unter der Voraussetzung, dass ein potentieller Partner bzw. Partnerin damit einverstanden ist.

Als vorherrschend akzeptierte Beschränkungen bleiben sexuelle Gewalt, Sexualität mit Kindern und Inzest (Clement, Ulrich: ebda.).

Was beschäftigt uns heute?

In Deutschland werden Frauen Rechte auf sexuelle Selbstbestimmung weitestgehend zugestanden. Sexuelle Unterdrückung oder Ungleichheit äußern sich jedoch weiterhin, heute eher im Detail.

Hier ausgewählte Beispiele:

Der Zugang zu Gesundheitsversorgung gilt nach WHO als Menschenrecht. Im Bereich Familienplanung ist jedoch der Zugang zur Verhütung nicht selbstverständlich. Für Geringverdienerinnen und Hartz IV-Empfängerinnen sind Verhütungsmittel zu „Luxusartikeln" geworden, seit die Kosten weder durch Landessozialämter noch durch Krankenkassen übernommen werden. Für Migrantinnen ohne Papiere sind zudem die existierenden ambulanten und stationären Strukturen entweder nicht zugänglich, oder sie werden aus Angst vor Entdeckung nicht genutzt. In der Konsequenz kann z. B. eine Schwangerschaft existenz- und lebensbedrohlich werden.

Die traditionellen Geschlechtsrollen geltend weitestgehend als überholt. Doch sind Kinder unterwegs, werden bei der Rollen-

aufteilung emanzipatorische Gedanken wirtschaftlichen Aspekten untergeordnet. Frauen verdienen in Deutschland durchschnittlich immer noch 23 % weniger als ihre männlichen Kollegen. Damit ist der Lohnunterschied in der Bundesrepublik im EU-Vergleich besonders groß. Daher nehmen immer noch weitaus mehr Frauen Elternzeit in Anspruch. Die Kinderversorgung bleibt auch danach in erster Linie Aufgabe der Frauen.

Frauen dürfen sich heute innerhalb einer Frist selbst für oder gegen eine Schwangerschaft entscheiden. Bevormundend bleibt die gesetzliche Beratungspflicht. In der aktuellen Diskussion sprechen wir uns gegen eine zusätzliche Pflichtberatung vor späten Schwangerschaftsabbrüchen und im Zusammenhang mit Pränataler Diagnostik aus. Eine qualifizierte Beratung muss freiwillig sein!

Frauen sind nach wie vor in einem größeren Maße als Männer von sexueller Gewalt betroffen. Dabei geht es nicht nur um Themen wie Ehrenmord und Zwangsheirat, die eine große Medienpräsenz besitzen, sondern darüber hinaus um Gewalt gegen Frauen und Mädchen als kulturenübergreifendes Verbrechen.

Es bleibt viel zu tun!

Dorothee Vieth
Wiedereinstieg ins Leben

Ich bin 48 Jahre alt, arbeite als selbständige Geigenlehrerin und Geigerin und mag diesen Beruf sehr. Seit einem Verkehrsunfall bin ich meistens im Rollstuhl unterwegs. Zunächst nur zum Auspowern gedacht, habe ich mir auch ein Handbike zugelegt. Inzwischen habe ich mich mit diesem Sportgerät in die Weltspitze des Behindertensports gekurbelt. Ich bin nebenbei Hochleistungssportlerin.

Erstmal, und jeden Tag für mich und mein Umfeld sehr präsent, hat mein Einstieg in den Spitzensport Zeitnot zur Folge. Täglich muss ich mich mit der Entscheidung FÜR etwas gleichzeitig GEGEN etwas entscheiden.

- Für die Leistungsdiagnostik in Köln heißt gegen ein Engagement als Geigerin.
- Für ein Spielen im Gottesdienst heißt gegen die Teilnahme an einem Rennen.
- Für ein Training nach Trainingsplan heißt gegen die gemütliche Sonntagsradtour mit der Partnerin.
- Für ein Trainingslager heißt gegen ein paar Tage Ferien...

Warum also?

Dieses ständige Entscheidenmüssen habe ich mit vielen Frauen gemeinsam, die ihre verschiedenen Lebensbereiche unter einen Hut bringen müssen. Keine kann und will ihre Kinder oder alten Eltern wegzaubern, keine bekommt plötzlich Geld, ohne dafür zur Arbeit zu gehen. Ich dagegen könnte von heute auf morgen sagen: Schluss mit der Doppelbelastung, ich konzentriere mich wieder nur auf meinen Beruf. Ich tue es nicht, weil mir

der Sport neben einer Menge Spaß viele positive Erfahrungen bringt. Erfahrungen, die für mich vielleicht notwendig sind, um einen Gegenpol zu all den anderen Erfahrungen zu setzen, die ich erst mache, seit ich mehr durch das Leben rolle statt zu laufen.

Meine Behinderung habe ich noch nicht lange. Bis 2002 war ich eine Frau, die vielleicht wahrgenommen wurde als: mittelalt, grüne Augen, nicht ganz klein, Musikerin, vielseitig sportlich interessiert, gerne auf großen Reisen unterwegs … Vermutlich ein rundes Bild mit vielen Facetten.

Schnell nach dem Wiedereinstieg in mein Leben unter etwas veränderten Bedingungen bekam ich das Gefühl, ich werde wahrgenommen als im unangenehmsten Falle „Rollstuhl", vielleicht immerhin „Frau im Rollstuhl". Mir fielen dabei Leute auf,

- die mich mit betrübt mitleidigem Blick und gütig in die Breite gezogenem Mund ansehen.
- die sich auf drei Meter breiten Fußwegen in Hecken drücken, damit ich mit meinem 60 cm schmalen Rollstuhl durchpasse und dann halblaut sagen: „Hätte sich aber auch mal bedanken können!"
- die mir unbedingt die Tür aufhalten wollen, durch die ich doch schon fast durch bin, und mir dabei so im Weg stehen, dass für mich alles dreimal so lange dauert.
- die auf von mir gestellte Fragen meiner Begleitung antworten (oder wen auch immer sie gerade für diese halten).

Das alles fand ich erst interessant, manchmal amüsant, zunehmend aber ermüdend, hinderlich, ärgerlich, entnervend. Mich auch selber als armes Hascherl zu sehen, kam mir zum Glück nicht in den Sinn.

Meine Partnerin beobachtete das steile Abfallen meiner Tagesform, was den Umgang und die Geduld mit all diesen Dingen anging. Die Hascherl-Gefahr sah sie auch nicht, aber die Tendenz zur üblen Laune war nicht mehr zu übersehen. Sie bequatschte mich deshalb zum Sport, denn man weiß ja, dass sich dadurch die Laune bessern kann …

Meine ersten, zugegebenermaßen widerwilligen, Versuche mit meinem ersten, rosa Handbike, das man vor den Rollstuhl koppeln kann, taten mir nicht nur körperlich gut und verhalfen mir zu mehr Ausgeglichenheit, sondern hatten ganz ungeahnte Folgen: Plötzlich redeten die Leute wieder ganz normal mit mir! Selbst die rosa Gurke vor dem Rolli sah offensichtlich so sportlich, selbstbestimmt und cool aus, dass Männer Interesse an der Anzahl der Gänge zeigten, Frauen sich nach dem Umfang meines Bizeps erkundigten und Kinder den unbekümmerten Wunsch äußerten, so was auch zu haben.

Inzwischen bin ich mit einem wirklich sehr coolen Hightech-Gerät unterwegs, bin Vizeweltmeisterin und habe sogar in Beijing Medaillen erringen können. Die Bereicherung meines Erfahrungsschatzes durch all diese Erlebnisse möchte ich nicht mehr missen. Und dass ich ab und zu Interviews geben soll, Autogrammkarten habe, die tatsächlich nachgefragt werden, in Schulen behinderte Nachwuchssportler motivieren kann und vieles mehr, gibt mir das sichere Gefühl, dass die Leute wieder mehr von mir wahrnehmen als den Rollstuhl. Und dafür lohnt sich der tägliche Spagat.

Wiebke Oeltjen

Informatik ist spannend!

Auch nach 20 Jahren Berufstätigkeit als Informatikerin ist Informatik ein „spannendes“ Fach, und zwar in mehrfacher Hinsicht: War die Arbeit zu Beginn geprägt vom Umgang mit dem *Personal Computer* (PC) so ist heute das Arbeiten „im Internet“ und mit den Diensten des Internets wie *World Wide Web* (WWW) und E-Mail selbstverständlich. Während am Anfang die Frage im Mittelpunkt stand, ob und wie die Arbeit mit dem Computer menschenfreundlich gestaltet werden könnte, ist der Computer heute ebenso selbstverständlich ein Arbeitsgerät, wie das Internet ein viel genutzter Dienst ist. Sprach man früher von „dem Computer“, steht heute die „Informations- und Kommunikationstechnik“ im Mittelpunkt. Bei all den Veränderungen, die durch den Einsatz von Computern bewirkt wurden, ist ein Faktor erstaunlich konstant geblieben: Der Anteil an Frauen in der Informatik ist nach wie vor niedrig. Zurzeit liegt er bei 17 % der Studierenden im ersten Fachsemester Informatik (WS 08/09). Am Regionalen Rechenzentrum der Universität Hamburg sind rund ein Viertel der Belegschaft Frauen (26 % in den informationstechnischen Arbeitsbereichen), was für ein Rechenzentrum ein hoher Anteil ist. Erreicht wurde dies unter anderem durch die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten und durch die Schaffung guter Arbeitsbedingungen mit Teilzeitarbeit und flexiblen Arbeitszeiten.

© iStockphoto

Doch warum sind nicht 40 oder gar 50 % Frauen im informationstechnischen Bereich tätig? Noch 2001 verkündete das Bildungsministerium das Ziel, bis 2005 den Anteil an Frauen in der Informatik auf 40 % zu steigern (Heise online vom 08.06.2001: „Mehr Frauen in die Informatik“. http://www.heise.de/newsticker/meldung/18343 (aufgerufen am 30.11.2009)). Das Ziel wurde nicht erreicht. Umso wichtiger ist es, die vielfältigen Initiativen zu unterstützen, die nach wie vor anstreben, mehr Mädchen und junge Frauen für ein Informatikstudium zu gewinnen. Zu nennen ist der „Girls’Day“ (www.girls-day.de), der Schülerinnen unter anderem über IT-Berufe informiert (www.idee-it.de). Auch das E-Mentoring-Programm „CyberMentor“ spricht gezielt Mädchen und junge Frauen an, um das Interesse und die Beteiligung am MINT-Bereich mit Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik zu steigern (siehe www.cybermentor.de und www.kommmach-mint.de). In dem Projekt bieten Mentorinnen den Schülerinnen und Studentinnen einen regelmäßigen Austausch per E-Mail an. Über eine Online-Plattform mit Foren und

© iStockphoto

Chaträumen wird eine Internet-Community geschaffen, die Mädchen motivieren will, ein Studium in dem Bereich aufzugreifen. Informatikstudentinnen haben die Möglichkeit, ein Sommerstudium für Frauen zu besuchen: die „Informatica Feminale“ (www.informatica-feminale.de).

Netzwerke für berufstätige Informatikerinnen zu schaffen und zu unterstützen ist ein Anliegen der Fachgruppe „Frauenarbeit und Informatik“ (www.gi-ev.de/themen/frauen-in-der-informatik). Sie gehört der Berufsorganisation der Informatikerinnen und Informatiker, der „Gesellschaft für Informatik e. V. (GI)“ an. Die Fachgruppe setzt sich für eine Gestaltung und Anwendung von Informationstechnik ein, die sich an den Interessen von Frauen orientiert. Frauen in der Informatik haben immer auch Vorbildcharakter. Deshalb stellt das „Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit“ (www.kompetenzz.de) auf seiner Website „Vorbildfrauen“ in der Informatik vor. Denn Frauen waren von Anfang an in der Informatik aktiv (siehe www.frauen-informatik-geschichte.de).

Das Fachgebiet Informatik wird immer vielfältiger und bietet damit die Möglichkeit mehrere Interessen zu verknüpfen: Es gibt die Medieninformatik, Umweltinformatik, Wirtschaftsinformatik, Geoinformatik, um nur einige Bereich neben der Kerninformatik zu nennen. An der Gestaltung der neuen Informations- und Kommunikationstechnik mitzuarbeiten ist und bleibt eine Herausforderung: Ja, Informatik ist spannend!

GEWALT GEGEN FRAUEN

Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter. Durch physische Gewalt im Familienumfeld sterben mehr Frauen weltweit als durch Kriege, Katastrophen oder Aids und Krebs. Auch in Deutschland hat jede vierte Frau eine derartige Gewalterfahrung. Gewalt gegen das weibliche Geschlecht gilt als die weltweit häufigste Verletzung von Menschenrechten. Sexuelle Gewalt gegen Frauen und Männer, Mädchen und Jungen wird zu 95 bis 99 Prozent von Männern ausgeübt. In Hamburg werden jedes Jahr rund 500 Anzeigen gemäß § 177 StGB (Vergewaltigung/ Sexuelle Nötigung) erstattet. Immer noch existiert Gewalt gegen Frauen auch in Hamburg in seiner besonders menschenverachtenden Form: über Zwangsverheiratung, Zwangsprostitution und Frauenhandel.

Annemarie Schlimm

Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter

Die autonome Frauenhausbewegung ist aus der Neuen deutschen Frauenbewegung entstanden. Männergewalt gegen Frauen und Mädchen wird zum öffentlichen Thema gemacht, die „heile" Familie enttarnt als Ort, der für viele Frauen und Kinder ein Ort des Terrors, der körperlichen, sexuellen und seelischen Gewaltausübung durch Partner oder andere männliche Angehörige ist. Diese Gewaltausübung, sowie ihre Tabuisierung oder Unterstützung durch die gesellschaftlichen und politischen Strukturen wird von der Frauenhausbewegung konsequent an den Pranger gestellt und gefordert, ihre Ächtung und Abschaffung als gesellschaftliche und politische Aufgabe zu begreifen, zu bearbeiten und zu finanzieren.

Die Themen in der Öffentlichkeit ändern sich, das grundlegende Problem ist geblieben: Wichtige Forderungen wie *„Misshandler aus der Wohnung raus!"* oder *Vergewaltigung in der Ehe als Offizialdelikt* strafrechtlich zu verfolgen, finden sich in entsprechenden Gesetzen wieder. Das Gewaltschutzgesetz ermöglicht es misshandelten Frauen, den Täter aus der Wohnung weisen und sich die ehemals gemeinsame Wohnung gerichtlich zusprechen zu lassen.

Der Slogan *„Armut ist weiblich"* stellt sich auch in der Belegungsstruktur der Frauenhäuser dar. Jede Frau, die von Gewalt bedroht und/oder misshandelt ist und Schutz sucht, wird in einem autonomen Frauenhaus Tag und Nacht aufgenommen. Viele kommen aus diesem Grund ins Frauenhaus. Längerfristig bleiben jedoch vor allem arme Frauen, die keine oder wenig wirtschaftliche Ressourcen haben, schlecht ausgebildet sind und deren gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben damit nicht nur durch die Gewalterfahrung nicht gewährleistet ist. Die Mehrheit dieser Gruppe von Frauen sieht sich in der Regel nicht in der Lage, das Gewaltschutzgesetz für sich in Anspruch zu nehmen, da ihnen die Ressourcen, Durchsetzungsmöglichkeiten und die Unterstützung ihrer sozialen Umgebung fehlen.

Mit der Forderung *„Weg mit dem § 19"* haben sich die autonomen Frauenhäuser in die Diskussion um ein eheunabhängiges Aufenthaltsrecht für Migrantinnen eingemischt, die in der Ehe misshandelt werden. Ein Teilerfolg konnte im Jahr 2000 erzielt werden, als die Mindestehedauer in Deutschland auf zwei Jahre reduziert wurde. Aber auch zwei Jahre in der Gewaltbeziehung aushalten zu müssen, sind für eine misshandelte Frau zuviel. Heute ist die Ehebestandszeit von mindestens zwei Jahren im neuen Zuwanderungsrecht in § 31 geregelt.

Von *Zwangsverheiratung* bedrohte oder zwangsverheiratete Frauen finden seit Jahrzehnten mit ihren Kindern Schutz in den Frauenhäusern. Sie werden durch ihre Familien massiv bedroht und verlieren oft ihr gesamtes familiäres Umfeld. Sie zu stärken und auf ihrem Weg in ein selbstbestimmtes Leben kompetent zu begleiten, ist den autonomen Frauenhäusern ein wichtiges Anliegen. Der große Platz, den dieses Thema in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit hat, verstellt allerdings oft den Blick für andere Formen von Gewalt gegen Frauen.

© photocase.com | m|ias, 2009

Veronica Munk

Gewalt gegen Frauen – eine unendliche Geschichte

Die Debatte um die Finanzierung der Frauenhausarbeit ist so alt wie die Frauenhäuser selbst. Von der Ablehnung öffentlicher Finanzierung, um Unabhängigkeit zu wahren, bis zur Debatte um Gewaltschutz als staatliche Aufgabe, die zwingend finanziert werden muss, war es ein langer Weg. Der *Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt darf nicht an den Kosten scheitern,* sondern muss sicher und mit ausreichenden Mitteln finanziert werden.

Aktuell laufen Bestrebungen, die Frauenhausfinanzierung bundesweit auf sichere Füße zu stellen. Dabei lehnen wir das Ansinnen ab, dass Frauen, die in die Frauenhäuser flüchten, durch eine Tagessatzfinanzierung über ARGE bzw. Sozialämter oder als Selbstzahlerinnen für die Kosten ihrer Misshandlung aufkommen müssen.

Die autonomen Hamburger Frauenhäuser haben sich als autonome Projekte in ihrer praktischen Arbeit zu einem Teil des Hilfesystems im Rahmen des Opferschutzes entwickelt. In Kooperation mit Polizei, Sozialen Diensten, Beratungsstellen aller Art, Schulen, Kindergärten etc. bieten wir den schutzsuchenden Frauen und ihren Kindern rund um die Uhr Zuflucht, anonyme Unterkunft, Beratung und psychosoziale Begleitung in einem geschützten Raum ausschließlich von Frauen für Frauen. Unser Arbeitsansatz ist feministisch geprägt, parteilich für die Frauen und ihre Kinder, antirassistisch und antisexistisch in unserer Haltung und interkulturell ausgerichtet.

„Wie Lassalle sagte, ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer das laut zu sagen, was ist.“(Rosa Luxemburg). Das gilt auch für Gewalt gegen Frauen.

Gesichter der VerGEWALTigung der Sinne, der Gefühle, des Seins, des Ichs, der Würde. Oder der Gewalt gegen Kultur, Werte, Rechte, MENSCHENrechte. Gesichter der Misshandlung von Körper und Seele, der Ausbeutung, der Diskriminierung, des Rassismus und der Missachtung. Und das Gesicht der Abhängigkeit durch fehlenden Zugang zu Information, Bildung, Gesundheit, Sicherheit und Gleichberechtigung.

Unendliche Geschichten von Gewalt können Frauen weltweit erzählen. Erstaunlich ähnliche Geschichten, egal ob reich oder arm, schwarz oder weiß, jung oder alt.

- Gewalt in der *Familie*, am häufigsten von Frauen erlebt, durch physischen und psychischen Missbrauch, Vergewaltigung in der Ehe, Zwangsheirat und Genitalbeschneidung.
- Gewalt in *Kriegen*, durch Vergewaltigungen und Zwangsrekrutierungen.
- Gewalt im *Arbeits- und Ausbildungsbereich,* durch sexuelle Belästigung und Ausbeutung.
- Gewalt in Hilfe- und *Pflegebeziehungen,* durch Machtmissbrauch an älteren Frauen.
- Gewalt durch Menschen/*Frauenhandel,* der eine direkte Konsequenz der

weltweiten *Feminisierung der Armut,* der Globalisierung und der *Frauen-ArbeitsMigration* ist.

Migration ist ein internationales Phänomen, Resultat eines internationalen politischen und wirtschaftlichen Prozesses, das ca. 200 Millionen Menschen betrifft. Davon sind 50 % Frauen. Diese Frauen sind meistens alleinstehend, haben geringe finanzielle Ressourcen, oft eine unzureichende Ausbildung oder einen nicht anerkannten Bildungsabschluss. Diese Ausganssituation macht die Frauen besonders verletzlich und angreifbar.

Die Lage in den Zielländern ist jedoch von einer Doppelmoral geprägt: Migration wird bekämpft, aus Angst, die legalen Arbeitsmarktverhältnisse zu stören. Gleichzeitig werden MigrantInnen als billige Arbeitskräfte im informellen Sektor toleriert und dafür in die Illegalität gezwungen, um sie kontrollierbar zu halten.

Hinzu kommen letztlich die restriktiven Migrationsgesetze, die bewirken, dass hauptsächlich Migrantinnen so genannte „dritte Personen" benötigen, um in den Migrationsprozess und in den Arbeitsmarkt einzusteigen. Dies macht sie zu einer leichten „Beute", führt zu Abhängigkeit und Ausnutzung, im schlimmsten Fall zu Menschen/Frauenhandel, ein Phänomen, das gleichermaßen migrierte Hausangestellte, Pflegehilfen, Au-pair-Mädchen, Ehefrauen, Sexarbeiterinnen und andere Dienstleisterinnen betrifft.

© photocase.com

Migration zu den wirtschaftlich privilegierten Ländern wird nicht aufhören, sondern sogar zunehmen. Strategien sollten deshalb entwickelt werden, in deren Zentrum die Stärkung der Rechte der Frauen als Arbeitsmigrantinnen und ihrer Selbstbestimmung in allen Stadien der Migration stehen, damit sie die Kontrolle über ihr Leben behalten und ihre Menschrechte anerkannt werden, um somit einen besseren Schutz vor Gewalt zu schaffen.

Christiane Paul

Sexualisierte Gewalt an Mädchen

Sexualisierte Gewalt trifft Mädchen jeden Alters in allen gesellschaftlichen Schichten. Wir verstehen darunter, dass eine Person unter Ausnutzung ihrer Machtposition die Unwissenheit, das Vertrauen oder die Abhängigkeit eines Mädchens zur Befriedigung der eigenen sexuellen Bedürfnisse benutzt. Zentral ist dabei das Machtungleichgewicht, das zwischen Täter und Opfer besteht. Es kann auf unterschiedliche Weise zum Tragen kommen: eine Möglichkeit ist schlicht der Altersunterschied und ein Ungleichgewicht in der Fähigkeit, Handlungsmöglichkeiten und Konsequenzen abzuschätzen. Jüngere Mädchen sind kaum in der Lage, sich gegen einen erwachsenen Mann zur Wehr zu setzen, der ihnen z. B. einredet, dies alles sei normal, oder sie seien selbst an den Gewalthandlungen schuld, da sie sich verführerisch verhalten hätten. Häufig können die Mädchen die sexuellen Übergriffe in ihrer Bedeutung überhaupt nicht einordnen. Noch schwieriger wird es für ein Mädchen, wenn der Täter aus dem sozialen Nahbereich kommt und das Mädchen ihm vertraut. Ein Kind kann nicht verstehen, wie aus einem „guten Onkel" plötzlich ein „schlechter Onkel" werden kann und löst den inneren Konflikt dahingehend, dass es selbst schuld sein müsse, wenn der Onkel Dinge tut, die das Mädchen unangenehm findet. Aber auch Gleichaltrige oder nur wenig Ältere können sexualisierte Gewalt ausüben. Die Machtposition wird dabei auf andere Weise hergestellt: durch Erpressung, durch Bestechung, durch gezieltes Herausgreifen bestimmter Mädchen, bei denen die Täter davon ausgehen, dass sie sich nicht wehren werden, durch Vorspielung eines gleichberechtigten sexuellen Verhältnisses, das mehr und mehr in sexuelle Ausbeutung übergeht. Oder schlicht durch Anwendung von massiver körperlicher Gewalt.

Sexualisierte Gewalt ist Gewalt, die auf sexuellem Wege verübt wird. Für den Täter steht die sexuelle Befriedigung nicht unbedingt im Vordergrund, sondern die völlige Unterwerfung und Demütigung einer unterlegenen Person. Die Täter werden nicht von sexueller Lust „überwältigt"; sie wissen genau, was sie tun und dass die Tat verboten ist. Sie planen die Übergriffe sorgfältig, um einer Entdeckung zu entgehen, und sorgen dafür, dass das Mädchen schweigen wird. Dabei sind die Formen der sexualisierten Übergriffe vielfältig. Mädchen werden zur eigenen Erregung betrachtet, angefasst oder müssen jemand anderen berühren. Sie werden gezwungen oder überredet, bei sexuellen Aktivitäten zuzusehen oder mitzumachen. Sie werden für pornographische Zwecke fotografiert, gefilmt oder gezwungen, sich Pornographie anzusehen. Sie werden oral, anal und vaginal vergewaltigt.

Die Täter sind nur selten fremde, perverse Männer. Ort des Geschehens ist vornehmlich die Familie und das nähere soziale Umfeld. Väter, Stiefväter, Großväter, Brüder, andere Verwandte und Freunde der Familie, Nachbarn oder Lehrer können Täter sein. Die Täter sind überwiegend männlich. Es gibt jedoch auch Frauen als Täterinnen. Betroffen von sexualisierter Gewalt sind meistens Mädchen. Untersuchungen über das Geschlecht der Betroffenen erbrachten ein Zahlenverhältnis von ungefähr 25 % Jungen und 75 % Mädchen.

Heidemarie Grobe

Weibliche Genitalverstümmelung

Weibliche Genitalverstümmelung, FGM = Female Genital Mutilation, ist eine fundamentale Menschenrechtsverletzung an Mädchen und Frauen, die schwerwiegende Konsequenzen für deren physische und psychische Gesundheit hat. Sie wird seit Jahrtausenden praktiziert mit sehr unterschiedlichen **Begründungen. Sozial:** FGM bedeutet Anerkennung in Familie, Clan, Dorf, Ethnie, damit heiratsfähig und eine künftige gute Ehefrau und Mutter zu sein. **Medizinisch:** die Klitoris könnte den Phallus des Mannes beim Geschlechtsverkehr oder den Kopf des Säuglings bei der Geburt verletzen, die Fruchtbarkeit wird erhöht. **Ästhetisch:** weibliche Genitalien entsprechen nicht dem Schönheitsideal vieler afrikanischer Ethnien, sie sind hässlich und schmutzig, die Frau muss rein sein. **Religiös:** Christinnen, Musliminnen, Anhängerinnen traditioneller Religionen wurden und werden verstümmelt.

Rational sind alle diese Gründe nicht. Sie entspringen einzig der patriarchalen Tradition, die von Frauen und Männern sorgsam gewahrt und verteidigt wird: **die weibliche Sexualität dauerhaft zu kontrollieren.**

Formen der Verstümmelung sind unterschiedlich, von der WHO wie folgt definiert: „alle Verfahren, die die teilweise oder vollständige Entfernung der weiblichen äußeren Genitalien oder deren Verletzung zum Ziel haben, sei es aus kulturellen oder anderen nichttherapeutischen Gründen“

Sie reichen von der sog. Milden Sunna (Verletzen oder Entfernen der Klitorisvorhaut) über die Klitorisdektomie (Entfernung der Klitoris), die Exzision (Entfernung der Klitoris und der inneren Schamlippen) bis zur Infibulation oder pharaonischen Beschneidung. Hier werden zusätzlich die äußeren Schamlippen ausgeschabt und bis auf eine kleine Öffnung zugenäht. Mit dieser Form leben ca. 15 % der verstümmelten Mädchen/Frauen, von der Exzision sind ca. 80 % betroffen. Wir können heute eine Zahl von geschätzten 150 Millionen (in irgendeiner der genannten Formen) verstümmelter Frauen annehmen. Etwa alle 11 Sekunden wird ein Mädchen, eine Frau an Körper und Seele schwerst versehrt.

Die physischen **Folgen** reichen von schweren Blutungen, Schockzuständen, Blutvergiftungen, HIV-Infektionen, Verletzungen der Harnröhre, Abszessen, Zysten, Narbenwucherungen, Fisteln, Inkontinenz, unerträglichen Schmerzen beim Geschlechtsverkehr bis zu Komplikationen bei der Geburt eines Kindes. Von den psychischen gar nicht erst zu reden.

Der Zeitpunkt der Verstümmelung reicht von wenigen Tagen nach der Geburt bis vor die Heirat oder sogar nach Geburt des ersten Kindes der Frau.

Überwiegend wird von älteren Frauen beschnitten, die ihre Kenntnisse von der Mutter, die ebenfalls Beschneiderin war, erwarben.

Traditionell verbreitet ist FGM in ca. 30 afrikanischen Ländern, jedoch auch im Süden der arabischen Halbinsel, in Indonesien. Durch Migration bleibt diese Praxis jedoch nicht auf die Herkunftsländer beschränkt,

Christa Randzio-Plath

Frauenhandel

© photocase.com

1. Tatsachen

Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter. Durch die fortschreitende Globalisierung, die Grenzenlosigkeit der Märkte und die Schutzlosigkeit der Menschen werden Frauen überall auf der Welt zu modernen Sklavinnen gestempelt.

Sklavenartige Bedingungen kennzeichnen das Leben der Frauen, von Frauen- und Menschenwürde keine Spur. Auch gerade Hamburg ist Ziel internationaler Schlepperbanden. Die Naivität und die Hoffnung von jungen Frauen, insbesondere aus Ost- und Südeuropa, in der Bundesrepublik schnell Geld verdienen zu können, trägt zu ihrer Ausbeutung bei. Die Frauen werden entgegen der vorher gemachten Versprechen zur Prostitution und in die Abhängigkeit gezwungen.

Frauenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ist ein dunkles Kapitel ohne klare Zahlen, aber ein lukratives Geschäft.

2. Schutz der Frauen

Menschenrechtskonventionen und Strafgesetze müssen Frauen schützen. Die Opfer müssen umfassend betreut und beraten werden. Weil nur Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union als Prostituierte arbeiten dürfen, halten sich die meisten Osteuropäerinnen illegal in Deutschland auf. Wird ihre Illegalität aufgedeckt, müssen sie bei ihrer Reintegration in die Gesellschaft über die Duldung des Aufenthaltes und Fortbildungsmaßnahmen unterstützt werden.

sondern wurde und wird in den Einwanderungsländern in Europa und den USA vorgefunden und teilweise praktiziert.

In Deutschland ist von ca. 20.000 verstümmelten Frauen und ca. 5.000 bedrohten Mädchen auszugehen. Diese Zahlen sind Schätzungen, die sich ableiten lassen von der Zahl der hier lebenden Migrantinnen/Töchter und der Verstümmelungsrate in deren Ethnien bzw. Herkunftsländern.

Es galt und gilt deshalb: Aufklärung, Information und Diskussion in Schulen, Universitäten, ÄrztInnenverbänden, Behörden, Gerichten, Medien u.a. bei Wahrung der Würde und Achtung der betroffenen Mädchen und Frauen.Wahrlich eine Zukunftsaufgabe für uns alle!

Die sexuelle Ausbeutung der Frau ist immer noch möglich, da Frauen immer noch weltweit diskriminiert und ihre Leistungen, die oft im Verborgenen erbracht werden, nicht angemessen gewürdigt werden. Für die sexuelle Ausbeutung tragen wir in Europa die Verantwortung, denn der Sextourismus kommt aus Europa. Zwangsprostitution und Zwangsehen sind in der Europäischen Union Tatsachen.

Als Opferschutzmaßnahmen sind unter anderem folgende unerläßlich:

- die Entkriminalisierung der Opfer,
- Opferschutz vor brutalem Tätermilieu,
- Rückkehrhilfen und Wiedereingliederung,
- Verschärfung des Strafrechts für Menschenhandelsdelikte,
- Vereinheitlichung des Strafmaßes auf EU-Ebene,
- Grenzüberschreitende Fahndung nach den Tätern / Täterinnen, Europol.

4. Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Frauenhandel ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die organisierte Kriminalität unterhöhlt Staat, Wirtschaft und Gesellschaft mit ihren enormen Gewinnen. Die Einziehung kriminellen Geldes darf neben der Änderung des Geldwäschegesetzes in Richtung einer Beweislastumkehr kein Tabu sein.

5. Strategien gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution

- STOP, Programm der EU als erstes Signal zu einer konzertierten Bekämpfung des Menschenhandels
- 1997, Jahr gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, hat Akzente gesetzt und aufmerksam auf das sensible Thema gemacht
- Den Haager Deklaration von April 1997 als erste gemeinsame europäische Grundlage zur gemeinsamen Bekämpfung gegen die „Handelsware Frau“, Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung
- Ausbau von Programmen zur Förderung der Zusammenarbeit von europäischen und internationalen Organisationen mit NGO’s, z. B. Daphne-Programm, dadurch auch stärkere Sensibilisierung der Öffentlichkeit

6. Aktives Handeln ist erforderlich

Internationale und europäische Organisationen müssen entschossener gegen jede Form des Mißbrauchs von Frauen vorgehen und intensiver zusammenarbeiten. Die Bekämpfung der Gewalt muß mit Nachdruck geschehen, die Öffentlichkeit muß sensibilisiert werden. Vorbeugung, Aufklärung und eine erfolgreiche, schnelle strafrechtliche Verfolgung der Täter, gekoppelt mit einer intensiven Opferbetreuung, ist notwendig.

Einführung des Frauenwahlrechts in der EU*

Europa

1906-1920		1921-1945		1946-1990	
1906	Finnland	**1921**	Schweden	**1946**	Rumänien
1915	Dänemark	**1928**	Großbritannien, Irland	**1947**	Malta
1918	Österreich, Deutschland, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen	**1931**	Spanien	**1948**	Belgien
1919	Luxemburg, Niederlande, Polen	**1944**	Frankreich, Bulgarien	**1952**	Griechenland
1920	Tschechische Republik, Slowakei	**1945**	Italien, Slowenien	**1960**	Zypern
				1976	Portugal

Anteil der weiblichen Abgeordneten in europäischen Parlamenten*

Europa

50% < 30%		30% ≤ 20%		20% < 7%	
47%	Schweden	**30%**	Europäisches Parlament	**19,5%**	Großbritannien
41,5%	Finnland	**28,3%**	Portugal	**19,3%**	Slowakei
41,3%	Niederlande	**27,3%**	Österreich	**18,2%**	Frankreich
38%	Dänemark	**23,3%**	Luxemburg	**17,7%**	Litauen
36,3%	Spanien	**21,7%**	Bulgarien	**15,5%**	Tschechische Republik
35,3%	Belgien	**21,3%**	Italien	**14,7%**	Griechenland
32,3%	Deutschland	**20,8%**	Estland	**14,3%**	Zypern
		20,2%	Polen	**13,3%**	Slowenien
		20%	Lettland	**11,1%**	Ungarn
				8,7%	Malta

Schulabschlüsse der Bewerberinnen und Bewerber 2006/2007**

Hamburg

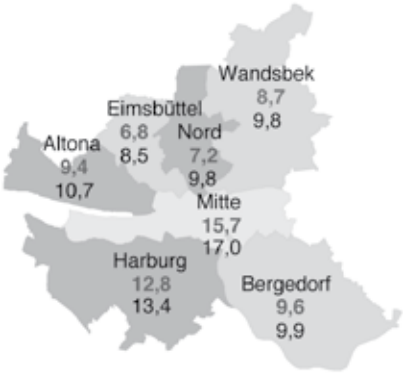
Schulabschluss	Gesamt absolut	Anteil Frauen in %	Anteil Männer in %
Gemeldete Bewerber	9.601	45,1	54,9
ohne Hauptschulabschluss	309	34,6	65,4
mit Hauptschulabschluss	3.199	39,3	60,7
mit Realschulabschluss	4.339	47,0	53,0
mit Fachhochschulreife	657	48,7	51,3
mit Hochschulabschluss	1.024	56,2	43,8

* Quelle: http://www.iup.org/wmn-e/suffrage.htm

**Quelle: Agentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord, Stand April 2008

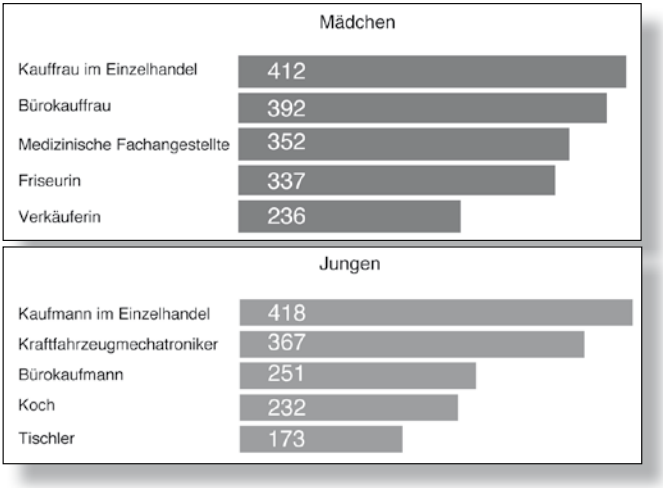
Arbeitslosenquote in Hamburg: Jahresdurchschnitt 2007*

Hamburg



Arbeitslosenquote Frauen 9,7 %
Arbeitslosenquote Männer 11,3 %
-bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen-

Die „Top-Five" bei Bewerberinnen und Bewerbern in Hamburg**



* Quelle: http://www.iup.org/wmn-e/suffrage.htm

**Quelle: Agentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord, Stand April 2008

Hamburg

Struktur	Gesamt absolut	Anteil Frauen in %	Anteil Männer in %
Bestand an Arbeitslosen insgesamt	81.305	45,4	54,6
dar. Arbeitslose im Rechtskreis SGB III	20.677	49,7	50,3
Berufsrückkehrer/ Berufsrückkehrerinnen	504	97,8	2,2
unter 25 Jahre	2.558	41,7	58,3
über 50 Jahre	5.491	53,1	46,9
Teilzeitarbeitsuchende	3.097	92,3	7,7

oben: Strukturdaten Arbeitslosigkeit: Frauen und Männer Jahresdurchschnitt 2007**

unten: Entwicklung der Beschäftigung**

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung			
	Gesamt absolut	Frauen in %	Männer in %
SV-Beschäftigte 09/06	767.188	45,4	54,6
SV-Beschäftigte 09/07	788.066	45,2	54,8
Veränderungen zum Vorjahr 09/06-09/07			
	Gesamt absolut	Gesamt in %	Frauen in %	Männer in %
SV-Beschäftigte	20.878	2,7	2,4	3,0
Vollzeit-beschäftigt	14.253	2,2	1,4	2,8
Teilzeit-beschäftigt	6.713	5,1	4,8	5,9
Geringfügig entlohnte Beschäftigte	6.493	4,3	4,4	4,3

Arbeitsmarktpolitisches Instrument	Gesamt absolut	Anteil Frauen in %	Anteil Männer in %
Gründungszuschuss	2.303	43,3	56,7
berufliche Weiterbildung	3.175	44,1	55,9
Eignungsfeststellung/ Trainingsmaßnahmen	1.577	48,8	51,2
Eingliederungszuschüsse	1.150	40,1	59,8
Einstellungszuschuss für Neugründungen	44	43,2	56,8
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	144	31,9	68,1
Beauftragung von Träger mit Eingliederungs-maßnahmen	3.620	43,6	56,4

links: Teilnehmer und Teilnehmerinnen an beruflichen Förderungs-maßnahmen: Jahresdurchschnitt 2007**

* Quelle: http://www.iup.org/wmn-e/suffrage.htm

**Quelle: Agentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord, Stand April 2008

Autorinnenverzeichnis

Artus, Kersten, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (Die Linke)

Bake, Dr. Rita, stellvertretende Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg

Blankau, Jutta, Bezirksleiterin der IG Metall Küste

Blömeke, Christiane, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, familienpolitische Sprecherin (GAL-Fraktion)

Brouwers, Marlies, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates

Bullinger, Prof. Dr. Monika, stellvertretende Direktorin Institut und Poliklinik für Medizinische Psychologie, Zentrum für Psychosoziale Medizin, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf

Creischer, Cornelia, Geschäftsführerin der Colgate-Palmolive GmbH, Delegierte des EWMD's im Landesfrauenrat

Czerner, Alexandra, Architektin und Stadtplanerin, Hamburg

Dobusch, Gabriele, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, gleichstellungspolitische Sprecherin (SPD-Fraktion)

Dücker, Elisabeth von, ehemalige Kustodin am Museum der Arbeit, Hamburg, Hammonia 2008

Föcking, Dr. Friederike, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, familienpolitische Sprecherin (CDU)

Goetsch, Christa, Zweite Bürgermeisterin, Senatorin für Schule, Berufs- und Weiterbildung der Freien und Hansestadt Hamburg

Grekopoulou, Dr. phil. Paraskevi, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie, Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg

Grobe, Heidemarie, Koordinatorin zum Thema Weibliche Genitalverstümmelung, TDF

Güclü, Nebahat, Vizepräsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, frauenpolitische Sprecherin der GAL-Fraktion

Holz, Elke, Vorsitzende der Frauen im Management – FIM e. V.

Holz, Franziska, Initiativkreis Frauengesundheit, Hamburg

Jepsen, Maria, Bischöfin im Sprengel Hamburg und Lübeck, Nordelbische Kirche

Jürgens, Regina, Initiativkreis Frauengesundheit, Hamburg

Köhler, Berit, Initiativkreis Frauengesundheit, Hamburg

Kohlrusch, Eva, Vorsitzende des Journalistinnenbundes

Kolb, Ingrid, Journalistin und Autorin, ehemalige Leiterin der Henri-Nannen-Schule in Hamburg (1995-2005)

Koop, Karen, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, gleichstellungspolitische Sprecherin (CDU)

Leske, Claudia, Inhaberin der Akademie für Führung im Wandel, Hamburg

Leyen, Dr. Ursula von der, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Lipka, Katerina, Nachwuchsgruppenleiterin, Forschungsbereich Struktur der Materie/ DESY, Hamburg

Mayer, Elfie, Familienplanungszentrum Hamburg, Team Geschäftsführung

Mönig-Raane, Margret, stellvertretende ver.di-Vorsitzende

Mühlhauser, Prof. Dr. med. Ingrid, Professur für Gesundheit, MIN-Fakultät Fachwissen Gesundheit, Universität Hamburg

Munk, Veronika, Amnesty for Women e. V., Projekt TAMPEP

Nienstedt, Corinna, Bereichsleiterin International Handelskammer Hamburg

Oeltjen, Dr. Wiebke, Leiterin der MyCoRe-Geschäftsstelle, Regionales Rechenzentrum der Universität Hamburg

Paul, Christiane, Leiterin Allerleirauh, Hamburg

Peine, Elke, Vorstandsmitglied im Verbund der Hamburger Mädchen- und Fraueneinrichtungen pro:fem e. V.

Peschel-Gutzeit, Dr. Lore Maria, Senatorin a. D. ,Berlin

Pingler, Mechthild, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt, Agentur für Arbeit, Hamburg

Randzio-Plath, Prof. Dr. h. c. Christa, Vorsitzende des Landesfrauenrats Hamburg, Hamburger Europaabgeordnete(1989-2004)

Ribbert, Bärbel, Familienplanungszentrum Hamburg, Team Geschäftsführung

Sanders, Annegret, Landesvorsitzende der Unternehmerfrauen im Handwerk (UFH), Hamburg

Schlimm, Annemarie, Autonome Hamburger Frauenhäuser

Schreieder, Agnes, stellvertretende Landesbezirksleiterin ver.di Hamburg

Veit, Carola, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, familienpolitische Sprecherin (SPD)

Vieth, Dorothee, selbstständige Geigenlehrerin und Geigerin, Handbikerin

Wilke, Hannelore, Diplombibliothekarin, Hamburger Frauenbibliothek (hfb)

Frauenpolitische Meilensteine in Hamburg

1940-1959

1946 Paula Karpinski (SPD) ist die erste Senatorin in Hamburg. Paula Karpinski war Schulsenatorin von 1946 bis 1953 und von 1957 bis 1961 und für kurze Zeit Sozialsenatorin.

1949 Frauen gründen die unabhängige, überparteiliche und überkonfessionelle „Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen“ (ahf).

1949 Der § 8 des Hamburger Schulgesetzes sieht die Koedukation vor: „Die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter ist anzustreben.“

1953 Die neue Hamburgische Verfassung wird am 4. Juni verabschiedet. Die Vorschläge und Empfehlungen der weiblichen Bürgerschaftsabgeordneten zum besonderen Schutz der erwerbstätigen Frau im Arbeitsverhältnis, rechtliche Gleichstellung der unverheirateten Mütter mit verheirateten, gleicher Lohn für Männer und Frauen, werden nicht aufgenommen.

1955 Die ahf fordert eine Hamburg-Messe „Welt der Frau“, aus der 1957 die Messe „Du und Deine Welt“ entstehen wird. Die ahf/ der Landesfrauenrat Hamburg ist bis heute ideeller Träger der Messe.

1960-1979

1960 Zum ersten Mal wird mit Alice Praußnitz eine Frau erste Vorsitzende Richterin am Landgericht Hamburg.

1961 Erstes Gespräch des Landesfrauenrats (früher ahf) mit dem Ersten Bürgermeister.

1968 Die autonome Frauenbewegung gründet sich in Hamburg.

1976 Das Referat „Frauenarbeitsschutz“ wird vom Amt für Arbeitsschutz der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales eingerichtet.

1976 Die ahf unterstützt aktiv die Friedensbemühungen der nordirischen „Peace People“, einer Frauen-Friedens-Organisation aus Belfast.

1977 Eröffnung des ersten Frauenhauses.

1978 Die AsF, die Frauengruppe der SPD, und die ahf erreichen, dass die Einrichtung der „Leitstelle Gleichstellung der Frau“ in Aussicht gestellt wird.

1978 Zum ersten Mal in Hamburg wird eine Frau Zweite Bürgermeisterin: Helga Elstner (SPD) (Amtszeit: 1. 1. 1978 – 20. 6. 1978).

1978 Für die Berufe Maschinenschlosserin und Dreherin entsteht das erste Mal der Modellversuch „Mädchen in gewerblich-technischen Berufen“.

1978 Eröffnung der BIFF („Beratung und Information von Frauen für Frauen“).

1979 Hamburg richtet als erstes Bundesland am 1.1. 1979 auf Forderung der Frauenverbände die „Leitstelle Gleichstellung der Frau“ ein. 1983 wird Eva Rühmkorf (SPD) als Leiterin Hamburgs erste Staatsrätin der „Leitstelle Gleichstellung der Frau“.

1980-1999

1980 Hamburg hat seinen ersten „Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen“.

1981 Erste „Hamburger Frauenwoche“.

1981 Einführung der Montagsgespräche und Kunstausstellungen im Landesfrauenrat sowie Gesprächsreihe Hammonias Töchter.

1982 Der Senat verabschiedet die „Richtlinie zur Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst“.

1982 Die Bürgerschaft richtet den „Ausschuß für die Gleichstellung der Frau“ ein.

1982 Die AsF setzt sich für die Bestrafung von Vergewaltigung in der Ehe ein. 1983 reicht Hamburg einen entsprechenden Gesetzesentwurf beim Bundesrat ein. Erst 1996 wird ein entsprechendes Gesetz verabschiedet werden.

1983 Als erstes Bundesland der BRD hat Hamburg ein „Mädchenhaus“.

1983 Das „Frauenbildungszentrum Denk(t)räume“ gründet sich über den „Verein Frauen lernen gemeinsam“.

1984 Am 1. 1. tritt in Hamburg als erstem Bundesland die Richtlinie zur Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst in Kraft.

1984 Die Universität Hamburg erlässt eine „Richtlinie zur Förderung von Frauen an den Hochschulen“. Das Amt einer Frauenbeauftragten wird verbindlich eingeführt.

1984 Doris Hartz bekommt in einem Prozess vor dem Landesarbeitsgericht wegen erlittener Diskriminierung Recht. Die von ihr verklagte Firma musste aufgrund einer EG-Richtlinie 15.000 DM Entschädigung zahlen.

1985 Dr. Lore Maria Peschel Gutzeit wird als erste Frau beim Hanseatischen Oberlandesgericht Vorsitzende eines Senats.

1985 Erstmalige Verleihung der Zitronjette auf der Hamburg-Messe durch den Landes-

frauenrat an Paula Fietzke, die sich um die Gleichberechtigung verdient gemacht hat.

1986 Das erste Festival der Frauen (später „Hammoniale“) findet statt.

1989 Vier Erste: Birgit Ehlers ist Hamburgs erste Hafenschifferin, Heike Riekmann wird die erste Leiterin eines Hamburger Zollkommisariats, Adrienne Goehler ist die erste Hochschulpräsidentin Hamburgs und der Bundesrepublik Deutschlands (Hochschule für Bildende Künste), Christa Randzio-Plath ist die erste Frau in Hamburg, die als Europaabgeordnete gewählt wird.

1992 Maria Jepsen wird die erste Bischöfin (weltweit) der evangelisch-lutherischen Kirche.

1992 Das „Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern im hamburgischen öffentlichen Dienst“ tritt in Kraft.

1995 Die Quote bei der SPD- und der GAL-Bürgerschaftsfraktion sichert einen Frauenanteil von 50% (GAL) bzw. 40% (SPD).

1997-2001 Erstmals ist der Senat in Hamburg paritätisch zusammengesetzt.

2000-2009

2002 Streichung des Frauenausschusses der Hamburger Bürgerschaft.

2002-2007 Streichung zahlreicher Frauenprojekte.

2003/2004 Das Senatsamt für Gleichstellung wird aufgelöst.

2006 Aktion „Rote Karte“ aller Landesfrauenräte gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution während der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland.

2007 Wahlprüfsteine des Landesfrauenrates.

2007 Konferenzen und Publikationen zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit und Gleichbehandlungsgesetz.

2008 Verleihung der Hammonia 2008 an Elisabeth von Dücker durch den Landesfrauenrat.

2008 Erste Frauenherbstmahlzeit des Landesfrauenrates.

2008 90 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland (1918).

2008 Das Frauencafé endlich und das Frauenhotel Hanseatin werden 20 Jahre alt.

2009 Konferenzen und Publikationen des Landesfrauenrates zu Frauen und Migration.

2009 Verleihung der Hammonia an Dr. Rita Bake

2009 Vor 90 Jahren – am 19. 1. 1919 – wählten erstmals Frauen und Männer in Hamburg.

Unter Verwendung von :

Bake, Rita: „Die Ersten und das erste Mal – Zum 50. Geburtstag des Gleichberechtigungsartikels im Grundgesetz – Was hat er Hamburgs Frauen gebracht?“, Landeszentrale für politische Bildung Hamburg

Landesfrauenrat Hamburg: „50 Jahre Landesfrauenrat Hamburg – Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen“, 1999

Vorsitzende der ahf und des Landesfrauenrates

Willa Cordes
Ursula Seiler
Ruth Schüler,
Dr. Wiltrud Rehlen
Helga Schulz
Margarete Teichner
Helga Diercks-Norden,
Dr. Lore-Maria Peschel-Gutzeit
Dr. Jutta Krüger
Hannelore-Maria Avci
Irmingard Zahn
Ursula Dau
Kordula Leites
Seit 2007:
Prof. Dr. h. c. Christa Randzio-Plath

Sonderschauen des Landesfrauenrates auf der Verbraucherausstellung „Du und Deine Welt“

Auf Initiative der 1949 gegründeten „Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen“ (ahf), gab es 1957 erstmals die Verbraucherausstellung „Du und Deine Welt“ in Hamburg. Bis heute ist die Nachfolgeorganisation der ahf, der Landesfrauenrat Hamburg, ideeller Träger und veranstaltet Sonderschauen zu aktuellen Themen.

Welt der Frau (1955), Mach Dir das Leben schön (1957), Freude an jedem Tag (1959), Junge Welt – Schöne Welt (1961), Die Welt des Kindes (1963), Dein Beruf – Freude und Erfolg (1965), Die besten Jahre Deines Lebens (1967), blick – in die Zukunft (1969), Reise mit Köpfchen (1971), Abenteuer Mensch (1973), Die Anderen und wir (1974), Partner Frau (1975), Kinder, Kinder (1976), Nachbarn sind wir alle (1977), Du und Europa (1978), 30 Jahre ahf (1979), Wir gestalten unsere Welt (1980), Du und ich – wir blicken uns an (1981), Einander verstehen – Verständnis für einander finden – Das Café zur Brücke (1982), Wasser –kostbares Gut (1983), Unser aller Wald (1984), Wir und die neuen Techniken (1985), Creativ (1986), Frau 87 (1987), Europa – eine Chance für Frauen (1988), Kinder in unserer Welt (1991), Europäische Frauen in Ost und West (1992), Frauen – gestern – heute – morgen (1993), Familie – wohin geht der Weg (1994), Frauen – fit für das Jahr 2000 (1995), Frauen kreativ – Frauen gestalten die Zukunft, Gesellschaft im Umbruch (1997), SO wollen wir leben (1998), Landesfrauenrat: 50 Jahre jung – mit uns ins Jahr 2000 (1999), frauen macht medien (2000), Hamburger Ehrenamt (2001), 21. Jahrhundert – Jahrhundert der Frauen – Strategien und Visionen (2002), Gleichberechtigung – (k)ein Thema für Männer?! (2003), Europa ist eine Frau – von Europa lernen (2004), Frauen planen Hamburg (2005), Frauen können alles, wenn man(n) sie lässt (2006), Trendsetter Frau: Frauen gestalten den Wandel (2007), Die Zukunft ist weiblich (2008)

AG LISA Frauen AG der Partei DIE LINKE

Akademikerinnenbund Hamburg e. V.
www.abh-ev.blogspot.com

American Women's Club Hamburg e. V.
www.awchamburg.org

Arbeiterwohlfahrt, LV Hamburg e. V.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen – AsF Hamburg
www.spd-hamburg.de/AsF/

Beratungsstelle NOTRUF für vergewaltigte Frauen und Mädchen e. V.
www.frauennotruf-hamburg.de

biff Eimsbüttel/Altona
www.bifff.de

BPW Business and Professional Women Germany – Club Hamburg e. V.
www.bpw-hh.de

Bündnis 90/ Die Grünen, GAL Hamburg, LAG Frauenpolitik
www.hamburg.gruene.de

Bundesverband der Frau in Business und Management e. V., Regionalgruppe Hamburg
www.bfbm.de

dbb-hamburg, Landesfrauenvertretung
www.dbb-hamburg.de und www.dbb-hamburg.de/gruppen/frauen.htm

Deutscher Ärztinnenbund, Gruppe Hamburg
www.aerztinnenbund.de

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe, Landesverband Bremen, Hamburg, Schlesw.-Holst. e. V.
www.dbfk.de/bhs

Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V.
www.dbsh.de

Deutscher Frauenring e. V., LV Hamburger Frauenring e. V.
www.frauenring-dfr.de

Deutscher Gewerkschaftsbund Hamburg
www.dgb.de

Deutscher Hausfrauen-Bund BV der Haushaltsführenden, LV Hamburg e. V.
www.hausfrauenbund.de

deutscher ingenieurinnen bund dib
www.dibev.de

Deutscher Juristinnenbund e. V., Landesgruppe Hamburg
www.djb.de

Deutscher Verband technischer Assistenten in der Medizin e. V.
www.dvta.de

Die Frauen des Blinden- und Sehbehindertenvereins Hamburg e. V.

EWMD Deutschland e. V. (European Women´s Management Development Deutschland)
www.ewmd.org

Familienplanungszentrum
www.familienplanungszentrum.de

Feministisches Rechtsinstitut e. V.
www.feministisches-rechtsinstitut.de

Frauen lernen gemeinsam e. V. (DENKTRÄUME Hamburger Frauenbibliothek)
www.denktraeume.de

frauenmusikzentrum e. V. fm:z
www.frauenmusikzentrum.de

Frauen Union der CDU Hamburg
www.fu-hh.de

Frauenwerk der evangelisch-methodistischen Kirche
www.emk-frauenwerk.de

GEDOK

Guttempler in Hamburg
www.guttempler.de

Hamburger Sportbund
www.hamburger-sportbund.de

Hebammen Verband Hamburg e. V.
www.midwife.de

International Women's Club of Hamburg e. V.
www.iwchh.com

Internationaler Lyceum Club Hamburg e. V.
www.lyceumclub-hamburg.de

Journalistinnenbund e. V., Regionalgruppe Hamburg
www.journalistinnenbund.de

Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands e. V., Region Hamburg – Stadtverband

Katholischer Deutscher Frauenbund e. V.

Landfrauenverband Hamburg e. V.
www.landfrauen-hamburg.de

Liberale Frauen Hamburg
www.fdp-hh.de/frauen

Marie-Schlei-Verein e. V.
www.marie-schlei-verein.de

Meisterfrauen/LV Unternehmerfrauen im Handwerk Hamburg e. V.

Nordelbisches Frauenwerk, Arbeitsstelle Hamburg
www.ne-fw.de

PROFAMILIA LV Hamburg e. V.
www.profamilia-hamburg.de

Soroptimist International Club Hamburg
www.soroptimist.de

SoVD Sozialverband Deutschland e. V., LV Hamburg
www.sozialverband-hh.de

Sozialdienst katholischer Frauen e. V.

Sozialverband VdK LV Hamburg e. V.
www.vdk.de

Terre des Femmes Städtegruppe Hamburg
www.terre-des-femmes.de

Verband alleinerziehender Mütter und Väter LV Hamburg e. V.

Verband medizinischer Fachberufe e. V.
www.vmf-online.de

Vereinigung für Frauen im Management e. V.
www.fim.de

Zonta Club Hamburg Hanse

Zonta International/Zonta-Club-Hamburg

Zonta International/Zonta-Club-Hamburg-Elbufer

Zusätzliche Links:

Landesfrauenrat Hamburg e. V.
www.landesfrauenrat-hamburg.de

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
www.bmfsfj.de

Rat und Hilfe für Frauen – Stadt Hamburg
http://www.hamburg.de/content-blob/118204/data/rat-u-hilfe.pdf

Der Landesfrauenrat Hamburg

Der Landesfrauenrat Hamburg e. V. (LFR) ist die unabhängige, überparteiliche und überkonfessionelle Dachorganisation von ca. 50 Frauenverbänden. Er repräsentiert etwa 300 000 Hamburgerinnen und ist damit die größte Frauenlobby Hamburgs. Diese Frauen engagieren sich in den verschiedensten gesellschaftlichen Frauenorganisationen, nämlich in Kirche, Bildung, Partei, Sport, Gewerkschaft, Kultur, Berufs-, Interessen- und Wohlfahrtsverbänden.

Schon 1916 taten sich Frauen zum „Stadtbund Hamburgischer Frauenvereine“ zusammen mit dem Ziel, die Frauen politisch zu interessieren und zur Wahrung ihrer Rechte aufzufordern. 1933 löste sich der Stadtbund aufgrund der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten selbst auf.

1949 gründete sich der LFR als „Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen“ (ahf) neu und nennt sich seit 1987 Landesfrauenrat. Seit Bestehen gibt der LFR ein Beispiel für Zusammengehörigkeit und gegenseitige Toleranz. Trotz der Unterschiedlichkeit der Mitgliederverbände setzt sich der LFR geschlossen, beharrlich und erfolgreich für frauenpolitische Interessen ein.

Ziele des Landesfrauenrates

Gemeinsames Ziel aller Mitgliederverbände ist die Verwirklichung des Artikels 3 des Grundgesetzes. Darin ist die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen verankert.

Deshalb fordern wir:

- Frauen und Männern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen
- Den Frauenanteil in öffentlichen Gremien auf 50% zu erhöhen
- Familienarbeit der Berufsarbeit gleichzustellen
- Frauen und Männer an allen gesellschaftlichen Entscheidungen zu beteiligen
- Für alle Frauen eine eigenständige soziale Sicherung zu schaffen

Als Frauenlobby will der Landesfrauenrat politisch und gesellschaftlich Einfluss nehmen.

Prof. Dr. h. c. Christa Randzio-Plath, 1. Vorsitzende
Ilse Behrens, 2. Vorsitzende
Heidemarie Thiele, 3. Vorsitzende
Britta Mayr, Schatzmeisterin
Petra Matthies, stellvertretende Schatzmeisterin
Elvira Barkow, Beisitzerin
Ute Frank, Beisitzerin
Frauke Lenz, Beisitzerin
Nicole Sieling, Beisitzerin
Helga Diercks-Norden, Ehrenvorsitzende

© Kirsten Haamann, Hamburg

Landesfrauenrat Hamburg e.V.

Landesfrauenrat Hamburg e.V.
Grindelallee 43 • 20146 Hamburg
Fon (040) 4226070 • Fax (040) 4226080

landesfrauenrat@onlinehome.de
www.landesfrauenrat-hamburg.de